

II Hintergrundinformationen

II HINTERGRUNDINFORMATIONEN

1 Ideologien

1.1 Definition Extremismus

Der Begriff Extremismus bezeichnet kein einheitliches Phänomen, sondern ist vielmehr eine „Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen [...], die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen“.²⁴⁴

Die verfassungsmäßige Grenze des politischen Handelns ist in der Bundesrepublik Deutschland jedoch eindeutig festgelegt. Anlässlich des Verbots der „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) bestimmte das Bundesverfassungsgericht 1952 den Kern des demokratischen Verfassungsstaates, die freiheitliche demokratische Grundordnung. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind zu rechnen:

- die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, vor allem des Rechtes der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung,
- die Volkssouveränität,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip,
- die Chancengleichheit aller politischen Parteien,
- das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.²⁴⁵

Die Verfassungsschutzbehörden verwenden den Extremismusbegriff seit Anfang der 70er Jahre in Abgrenzung zu dem oftmals synonym gebrauchten Begriff des Radikalismus. Während extremistische Positionen die Grenze der verfassungsmäßigen Ordnung überschreiten, bezeichnet der Radikalismus Auffassungen, die zwar grundlegende systemoppositionelle Positionen ver-

²⁴⁴ Uwe Backes/Eckhard Jesse: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. 4. Aufl. Bonn 1996, S. 45.

²⁴⁵ Vgl. BVerfGE 2, 1 ff; BVerfGE 5, 85 ff.; VSG Bln, § 6.

treten, sich mit ihrer fundamentalen Kritik aber innerhalb der Grenzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bewegen.

1.2 Ideologie des Rechtsextremismus

Mit der Sammelbezeichnung Rechtsextremismus verbindet sich keine geschlossene politische Ideologie. Der Begriff umschreibt vielmehr eine vielschichtige politische und soziale Gedankenwelt und ein Handlungssystem, das in der Gesamtheit seiner Einstellungen und Verhaltensweisen auf die Beseitigung oder nachhaltige Beeinträchtigung demokratischer Rechte, Strukturen und Prozesse gerichtet ist.

Rechtsextremistischen Strömungen sind in jeweils unterschiedlichen Gewichtungen und Ausprägungen folgende Inhalte gemeinsam:²⁴⁶

► **Ablehnung des Gleichheitsprinzips:**

Die Ideologie der Ungleichheit äußert sich in der gesellschaftlichen Diskriminierung bestimmter Menschen und Gruppen aufgrund ethnischer, körperlicher und geistiger Unterschiede.

► **Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit:**

Die eigene „Nation“ oder „Rasse“ wird zum obersten Kriterium der Identität erhoben. Ihr wird ein höherwertiger Status zugeschrieben, was die Abwertung und Geringschätzung von nicht zur eigenen „Nation“ oder „Rasse“ gehörenden Menschen und Gruppen zur Folge hat.

► **Antipluralismus:**

Der pluralistische Interessen- und Meinungsstreit wird als die Homogenität der Gemeinschaft zersetzend angesehen. Rechtsextremisten streben eine geschlossene Gesellschaft an, in der Volk und Führung eine Einheit bilden.

► **Autoritarismus:**

In demokratischen Ordnungssystemen ist der Staat ein Instrument der Selbstorganisation der Gesellschaft, das Wechselbeziehungen zwischen Staat und Gesellschaft vorsieht. Im autoritären Staatsverständnis steht der Staat in einem einseitig dominierenden Verhältnis über der Gesellschaft.

Im Bereich des Rechtsextremismus treten zahlreiche ideologische Überschneidungen und Mischformen auf. Die Überbewertung der eigenen Nation im Vergleich zu anderen Nationen wird als Nationalismus bezeichnet. Der

²⁴⁶ Vgl. Armin Pfahl-Traugber: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. 2. Aufl. München 2000, S. 11 - 16.

Rassismus behauptet die Ungleichwertigkeit von „Menschenrassen“ aufgrund ihrer unveränderlichen biologischen und sozialen Anlagen. Rassistische Ideologien leiten daraus ein „naturegegebenes“ Recht zur Ausgrenzung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen ab. Eine besondere Form des Rassismus ist der Antisemitismus. Darunter versteht man die Feindschaft gegenüber den Juden als Gesamtheit aufgrund stereotypischer rassistischer, sozialer, politischer und/oder religiöser Vorurteile. Ein weiteres Element des Rechtsextremismus ist der Neonazismus, der durch seinen Bezug zum historischen Phänomen des Nationalsozialismus gekennzeichnet ist. Wenn eine rechtsextreme Ideologie an den historischen Nationalsozialismus anknüpft, wird sie als neonazistisch bezeichnet.

1.3 Ideologie des Linksextremismus

Die Utopie linksextremistischer Ideologien ist auf ein herrschaftsfreies, mit politischer, sozialer und ökonomischer Freiheit (Befreiung von unterdrückenden Machtstrukturen) ausgestattetes Gemeinwesen gleicher Menschen ausgerichtet: die so genannte herrschaftsfreie Ordnung.²⁴⁷ Sie reicht weit über das in demokratischen Verfassungsstaaten akzeptierte Prinzip der menschlichen Fundamentalgleichheit hinaus und kann direkt oder über Zwischenstufen wie etwa im Marxismus-Leninismus (Diktatur des Proletariats / Sozialismus) erreicht werden. Ziel ist, die herrschende, als imperialistisch oder kapitalistisch diffamierte Staatsordnung durch einen revolutionären Akt zu überwinden,²⁴⁸ da ihr unterstellt wird, sie diene ausschließlich der Unterdrückung der Massen bei gleichzeitiger Maskierung der Herrschaftssicherung der gesellschaftlichen Elite.²⁴⁹

Trotz der Gemeinsamkeiten in der Umschreibung eines letzten utopischen Ziels unterscheiden sich die Ansätze bezüglich dessen Umsetzung stark voneinander.

► **Anarchisten**

Anarchisten etwa erwarten eine spontane Bewusstseinsänderung, die – gegebenenfalls auch unter Anwendung von Gewalt – zur Auflösung sämtlicher

²⁴⁷ Vgl. etwa Uwe Backes; Eckard Jesse: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1996, S. 60.

²⁴⁸ Vgl. Ernesto Che Guevara: Guerilla – Theorie und Methode, Berlin 1968, S. 7: „Wir diskutieren das Problem des friedlichen Übergangs zum Sozialismus nicht als ein theoretisches Problem [...] Darum sagen wir [...], dass der Weg zur Befreiung der Völker, der nur der Weg des Sozialismus sein kann, in fast allen Ländern durch die Kugel erkämpft werden wird.“

²⁴⁹ Der Linksextremismus bildet aktuell vor allem die Gegensatzpaare Neoliberalismus versus Antikapitalismus, Faschismus versus Sozialismus, Herrschaft versus Anarchismus aus und diskreditiert das in Deutschland herrschende System der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

staatlicher Institutionen führen werde. Diese seien durch dezentrale Selbstverwaltungseinheiten zu ersetzen.

„Es kann auf keinen Fall der Zweck der anarchischen Aktion sein, auf die Eroberung der Macht oder die Verwaltung des Bestehenden auszugehen. [...] Die Arbeiter brauchen keine Vermittler, um an ihrer Stelle ihre Forderungen auszudrücken oder einen Kampf zu führen, sondern sie können und müssen es direkt selbst machen. Die Libertären [Anarchisten] denken, dass die Praxis der direkten Aktion, und des Streiks im besonderen, auch das bestmögliche und wirksamste Kampfmittel in den Händen der Arbeiter ist [...] Die Libertären haben sich immer jedem Versuch der Unterwerfung der revolutionären Bewegung oder der Arbeiterbewegung entgegengesetzt, und sie befürworten die Selbstorganisation, die kollektive und autonome Aktion der Arbeiter.“²⁵⁰

► **Autonome**

Ebenso wie Anarchisten haben auch Autonome kein zentrales Theoriegebäude ausgebildet. Sie wenden sich vor allem aktionsorientiert gegen einen staatlichen „Repressionsapparat“, sind ideologisch stark zerstritten, richten sich jedoch diskontinuierlich an polarisierenden Themen aus. Thematischer Minimalkonsens der autonomen Szene sind neben der Akzeptanz von Gewalt gegen Menschen und Sachen die Schlüsselbegriffe Faschismus, Kapitalismus, Imperialismus, Militarismus, Rassismus und Sexismus, die als wesentliche Bestandteile des herrschenden politischen Systems angesehen und jeweils als „Anti-“ (faschismus, -kapitalismus etc.) die linksextremistischen Aktionsschwerpunkte bestimmen.

„Zuerst möchte ich sagen, dass ich grundsätzlich gegen Gewalt bin. Aber in manchen Situationen glaube ich nicht, dass ich etwas ohne Gewalt ändern kann. Und dieses System baut ja selbst seit jeher auf Gewalt auf.“²⁵¹

Versierter umschreibt die Gewaltoption ein Vordenker der autonomen Szene:

„[...] wo Menschen anfangen die politischen, moralischen, technischen Herrschaftsstrukturen zu sabotieren, zu verändern, ist es ein Schritt zum selbstbestimmten Leben.“²⁵²

► **Kommunisten**

Orthodoxer in der Lehre, strategischer bei der Wahl der thematisierten Politikfelder und organisierter in der Betreuung seiner Anhänger ist der Kommunismus. In unterschiedlichen Ausprägungen strebt er eine klassenlose Gesellschaft an. Dabei fordert er zunächst eine völlige Unterordnung des Individuums unter die revolutionären Ziele und die diese anstrebenden Organisa-

²⁵⁰ I-AFD [Initiative für eine anarchistische Föderation in Deutschland] – IFA [Internationale der anarchistischen Föderation]: Was ist Anarchismus. Krefeld 1993, S. 4 f.

²⁵¹ Antifaschistische Aktion Berlin: Bravo Antifa 1. Ausgabe, 12.1996, S. 8.

²⁵² Zitiert nach Geronimo: Feuer und Flamme, Edition ID-Archiv, Berlin 1990, S. 103 f.

tionen. Über Revolutionen, in deren Verlauf das Proletariat die herrschende Elite stürzen solle, und interrevolutionäre Zwischenstufen sei die klassenlose Gesellschaft erreichbar.

- „1. Der Faschismus ist [...] notwendige Tendenz der kapitalistischen Gesellschaft.
2. Daher gibt es keinen Kampf gegen den Faschismus, es sei denn den Kampf für die Vernichtung des Kapitalismus durch die proletarische Revolution und Diktatur.
3. Denn jeder Aufruf, die Demokratie zu verteidigen, jeder Versuch den Faschismus auf Grund der Demokratie zu bekämpfen, jedes Bündnis mit ‚demokratischen‘ Parteien und Klassen führt zur Zerstörung der proletarischen Bewegung und bahnt dem Faschismus den Weg.“²⁵³

Von der Ideologie des Kommunismus als klassenloser Gesellschaft ist der real existierende Sozialismus als Übergangsphase vom Kapitalismus zum klassenlosen Gemeinwesen (Kommunismus) zu unterscheiden. Der Begriff des real existierenden Sozialismus stellt keine eigenständige ideologische Variante dar, er beschreibt vielmehr die gesellschaftlichen Gegebenheiten sozialistischer Staaten. Protagonisten derartiger Regimes finden sich vor allem in der ehemaligen politischen Elite der DDR, die sich selbst ebenfalls dem Kommunismus zurechnet.

„Kommunist zu sein heißt [...] für die Einheit und Reinheit des Marxismus-Leninismus zu kämpfen und gemäß der Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin gegen alle Angriffe der bürgerlichen Ideologie und des Revisionismus und Reformismus innerhalb der Arbeiterklasse mit allen Mitteln zu verteidigen und zu vertreten, sich zur proletarischen Revolution, zur Diktatur des Proletariats und zum proletarischen Internationalismus zu bekennen.“²⁵⁴

Gemeinsam ist den unterschiedlichen linksextremistischen Bestrebungen, dass sie eine andere gesellschaftliche Ordnung zu errichten trachten. Ferner stimmen sie trotz aller Differenzen in den Zielrichtungen bei der Wahl ihrer Mittel überein: Sie sehen Militanz gegen den Staat und seine gesellschaftliche Ordnung als probates Mittel der politischen Auseinandersetzung an:

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, dass ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu

²⁵³ Internationale Revolution Nr. 3, 12.1969, S. 1, dok. in: Internetauftritt „sinistra“.

²⁵⁴ Internetauftritt der KPD, Stand 10.9.2002.

verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“²⁵⁵

1.4 Ausländerextremistische Ideologien

Ausländische Organisationen werden als extremistisch bewertet, wenn sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten und die Durchsetzung ihrer Weltanschauung in Deutschland anstreben. Als extremistisch werden aber auch ausländische Organisationen eingestuft, die eine gewaltsame Veränderung der politischen Verhältnisse in den Heimatländern anstreben. Sie gefährden durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland. Ausländische Organisationen werden schließlich als extremistisch bewertet, wenn ihre Tätigkeit gegen das friedliche Zusammenleben der Völker (Art. 21 Abs. 1 des Grundgesetzes) gerichtet ist. Organisationen, die sich gegen das friedliche Zusammenleben der Völker richten, bedeuten eine erhebliche Gefahr für die innere Sicherheit. Sie bilden den Nährboden für die Entstehung extremistischer Auffassungen und schüren Hass, der auch vor Anwendung terroristischer Gewaltanwendung nicht zurück schreckt. In den meisten Fällen werden die Aktivitäten ausländerextremistischer Organisationen von den politischen Verhältnissen in ihren Herkunftsländern bestimmt. Einige der in Deutschland ansässigen Organisationen lassen inzwischen jedoch Tendenzen zu eigenständigem Handeln erkennen.

► *Linksextremistische Gruppierungen*

Bei ausländerextremistischen Organisationen lassen sich linksextremistische, nationalistisch orientierte und islamistische Gruppierungen unterscheiden. Linksextremistische Organisationen folgen weitgehend der Ideologie des Marxismus-Leninismus und streben die Etablierung eines sozialistischen bzw. kommunistischen Systems in ihren Heimatländern an. Zur Durchsetzung ihrer Ziele befürworten sie grundsätzlich die Anwendung von Gewalt. In letzter Zeit sind die Gewalttaten stark zurückgegangen.

► *Nationalistische Gruppen*

Nationalistische Ausländerorganisationen kennzeichnet ein auf ethnische, kulturelle und politisch-territoriale Unterschiede gegründeter Überlegenheitsanspruch der eigenen Nation sowie die Negierung der Rechte anderer Ethnien. In Deutschland spielen sie derzeit nur eine untergeordnete Rolle.

²⁵⁵ Internetauftritt der KPD, Stand 17.12.2002, Parteiprogramm vom 7.10.1999.

► **Islamistische Gruppierungen**

Die größte Gruppe innerhalb der extremistischen Ausländerorganisationen bilden die islamistischen Gruppierungen. Der „Islamismus“ ist nicht gleichbedeutend mit der islamischen Religion. Vielmehr stellt der „Islamismus“ eine politische Ideologie der Gegenwart dar, die sich primär gegen die Herrschaftsverhältnisse in den Heimatländern wendet und den „Islam“ weltweit als ein alternatives Gesellschaftssystem propagiert. Der gesetzliche Beobachtungsauftrag des Verfassungsschutzes richtet sich weder auf die islamische Religion als solche noch auf die hier lebenden Muslime, von denen die Mehrheit unsere Rechtsordnung achtet. Dem Verfassungsschutz geht es um Bestrebungen, die auf die Durchsetzung der islamistischen Weltanschauung in Deutschland oder die gewaltsame Veränderung der politischen Verhältnisse in den Heimatländern abzielen. Was charakterisiert nun die Ideologie des Islamismus und wie ist das Phänomen eines transnationalen islamistischen Terrorismus einzuordnen?

Die Herausbildung islamistischer Bewegungen

Im Gegensatz zur islamischen Religion, die im siebten Jahrhundert auf der arabischen Halbinsel entstand und der mehr als eine Milliarde Muslime angehören, stellt der Islamismus eine politische Ideologie der Gegenwart dar. Islamismus bezeichnet den Versuch einzelner Gruppen, den „Islam“ zu ideologisieren und ein als „islamisch“ deklariertes Herrschaftssystem zu errichten. Islamisten verkörpern weder per se eine anti-modernistische, rückwärtsgewandte Bewegung, noch rekrutieren sie sich mehrheitlich aus Modernisierungsverlierern. Vielmehr bilden sie eine breite, bis in die Mitte der Gesellschaft reichende Strömung. Ihnen geht es darum, den Islam zur Grundlage und Richtschnur allen Denkens und Handelns zu machen und Politik und Gesellschaft auf den Islam – so wie sie ihn verstehen – zu gründen. Der Islamismus stellt kein einheitliches Konzept dar, sondern umfasst höchst unterschiedliche Vorstellungen, die wiederum von den divergierenden historischen und gesellschaftlichen Bedingungen der Herkunftsländer bestimmt sind. Insofern gibt es weder einen „Einheits-Islamismus“ noch eine „islamistische Internationale“. Richtiger ist es, von islamistischen Bewegungen und Grundzügen islamistischer Ideologie zu sprechen.

Historisch geht islamistisches Denken auf die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert zurück. Angesichts des Bedeutungsverlusts, den die islamische Religion in der muslimischen Welt infolge der Kolonisierung erlitten hatte, hatten sich religiöse Reformer für die Erneuerung von Religion und Gesellschaft durch die „Rückkehr zu den reinen Ursprüngen des Islam“ aus-

gesprochen. Reform und Erneuerung des Islam sowie anti-koloniale – und damit auch anti-westliche – Motive bestimmten in der Folge das Entstehen islamistischer Bewegungen – so etwa der 1928 in Ägypten gegründeten Muslimbruderschaft (⇒).²⁵⁶ Große Anziehungskraft entfaltete islamistisches Denken nach dem Zweiten Weltkrieg, als in den dann unabhängigen arabischen Nationalstaaten nacheinander die Konzepte des Nationalismus, des Pan-Arabismus und des Sozialismus scheiterten. Ab den späten 1970er Jahren gelang es Islamisten, dieses entstandene ideologische Vakuum zu füllen und den „Islam“ als ein alternatives politisches und gesellschaftliches Modell zu präsentieren. Gefördert wurde das Erstarken islamistischer Bewegungen durch die iranische Revolution 1979. In der Folge etablierte sich der Iran als ein staatlicher Träger islamistischer Ideologie und suchte diese neue Weltanschauung durch den Export seiner Revolution zu verbreiten. Seit Ende der siebziger Jahre wurden islamistische Bewegungen auch von Saudi-Arabien unterstützt, das finanziell und ideologisch die Ausbreitung einer nicht minder fundamentalistischen islamischen Strömung, des Wahhabismus, über seine Landesgrenzen hinaus verfolgte. Eine entscheidende Rolle – insbesondere für die Herausbildung des Phänomens des islamistischen Terrorismus – spielte auch die Tatsache, dass ab 1979 Kämpfer (Mujahidin) in Afghanistan Krieg gegen die sowjetische Besatzung führten, der zehn Jahre später mit dem Rückzug der sowjetischen Truppen endete. Diese regionalpolitischen Entwicklungen erleichterten es Islamisten in den 1980er Jahren, die scheinbare Überlegenheit eines „islamischen“ Gesellschaftssystems gegenüber dem kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaftssystem zu propagieren. Hierzu prägten sie vor allem das Schlagwort „Der Islam ist die Lösung“.

Ideologische Grundzüge des Islamismus

Wichtigstes gemeinsames Kennzeichen islamistischer Ideologie ist der Anspruch, dass der Islam stets zugleich „Religion“ und „Politik“ verkörpert habe – ein Anspruch, den die Islamisten als eine für die islamische Geschichte geltende historische Tatsache darstellen. Die Behauptung, dass es sich beim Islam um eine unteilbare Einheit von Religion und Politik handle, ist allerdings ein nicht mehr als 100 Jahre altes Ideologem. Islamisten verstehen Religion nicht als Glaube und Ethik, sondern als vollkommene Lebensform und Weltanschauung. So propagierte etwa der Chefideologe der pakistanischen „Jamaat-i Islami“-Partei, Abul Ala AL-MAUDUDI (1903 - 1979), eine „Ordnung des Islam“ (nizam al-islam), die alle Lebensbereiche zu regeln im-

²⁵⁶ Ausführliche Informationen zur Muslimbruderschaft, vgl. S. 215 ff.

stande sei und die es anzuwenden gelte. Methodisch orientieren sich Islamisten bevorzugt am Wortlaut des Koran, den sie als ein „für alle Orte und Zeiten gültiges Gesetz“ betrachten, und an der Sunna, den in „Berichten“ (Hadithen) schriftlich festgehaltenen Worten und Taten des Propheten Muhammad. Beide, Koran und Sunna, haben nach islamistischer Auffassung eine Vorbildfunktion für politisches Handeln in einem künftigen „islamischen Staat“.

Islamisten idealisieren das erste muslimische Staatswesen, die vor 1400 Jahren gegründete „Gemeinde von Medina“ sowie die Periode der „Vier Rechtgeleiteten Kalifen“, die als direkte Nachfolger (Kalifen) des Propheten Muhammad eine „gerechte Kalifatsherrschaft“ ausgeübt haben. Ein Idealbild haben Islamisten auch von der Scharia, die sie nicht allein als ein Recht betrachten, sondern als ein politisches und gesellschaftliches Ordnungsprinzip. Mit dem Schlagwort der „Anwendung der Scharia“ („*tatbiq ash-sharia*“) plädieren sie für eine vollständige Umsetzung der Bestimmungen des islamischen Rechts. Islamisten sind davon überzeugt, dass das islamische Recht lediglich angewandt werden müsse, um sämtliche politischen und sozialen Probleme zu bewältigen. Konkret betrachtet beinhaltet ihre Forderung nach „Anwendung der Scharia“ allerdings nur die Anwendung islamischer Strafrechtsbestimmungen und Elemente einer „islamischen Wirtschaftsordnung“.

Auffällig ist der Versuch von Islamisten, politische Herrschaft mit vermeintlich religiösen Grundlagen zu legitimieren. So ist bei ihnen häufig von der „Gottesherrschaft“ (*hakimiyat Allah*) die Rede, die impliziert, dass politische Herrschaft nicht den Menschen zustehe. Diese Formel steht für das Ziel der Gründung eines religiösen „islamischen Staates“, wobei unklar bleibt, wer darin zur politischen Führung befugt und wie dieser Staat zu organisieren sei. Das Konzept der „Gottesherrschaft“ geht zurück auf Abul Ala AL-MAUDUDI und Sayyid QUTB (1906 - 1966), den 1966 hingerichteten Chefideologen der ägyptischen Muslimbruderschaft. Beide definierten die gesamte Welt, einschließlich des Westens und der islamischen Hemisphäre, als in einem Zustand der „heidnischen Unwissenheit“ befindlich und forderten die Bekämpfung nicht-glaubenskonformer Muslime und so genannter „Ungläubiger“ mit Hilfe des Jihad (Kampf). Den „Jihad um Gottes Willen“ verstehen Islamisten nicht – wie in der klassischen islamischen Rechtstheorie definiert – als eine ausschließlich zum Zwecke der Verteidigung des Islam zulässige Methode. Der Jihad ist für sie vielmehr eine offensive und militante Aktionsform, die sie zudem zur individuellen Pflicht eines jeden Muslims erheben. Wie weit ein derartiges Verständnis des Jihad gehen kann, zeigte der von Usama BIN LADIN im Februar 1998 verfasste Aufruf der „Islamischen Weltfront für den Jihad gegen Juden und Kreuzzügler“. Hierin hatte er u. a. die Tötung von

Amerikanern zur individuellen Pflicht eines jeden Muslims erklärt und zugleich behauptet, sich in einem gerechten Verteidigungskampf gegen einen überlegenen Gegner zu befinden.

Gemeinsam ist den islamistischen Bewegungen, dass sie die politischen Verhältnisse ihrer Heimatländer radikal in Frage stellen. Dies betrifft vor allem die Regierungen in Ägypten, Syrien, Jordanien, Algerien, Tunesien, Marokko, im Irak, sowie die Palästinensische Autonomiebehörde. Ziel der islamistischen Bewegungen ist es bis heute, die autokratischen Herrschaftssysteme in den muslimischen Ländern zu beseitigen, der islamischen Religion größeren Einfluss zu verschaffen und dort möglichst einen - wie auch immer gearteten - „islamischen Staat“ zu errichten. Die Tatsache, dass die islamistischen Bewegungen eine gegen Monarchien, Militärdiktaturen und Einparteienherrschaften gerichtete Opposition darstellen, hat zur Konsequenz, dass die Regierungen dieser Staaten sie seit Jahrzehnten massiv bekämpfen; hierzu gehören auch langjährige Haftstrafen, die Anwendung von Folter und die Verhängung der Todesstrafe.

Zusammen mit dem Anspruch auf absolute Wahrheit finden sich bei Islamisten ferner heftige Polemiken gegen das Prinzip des Säkularismus, der Trennung von Religion und Politik. Die Polemiken sind vor allem gegen die herrschenden politischen Systeme der Herkunftsländer gerichtet, zielen aber auch gegen westliche Demokratiemodelle, die als vermeintlich „un-islamisch“ abgelehnt werden. In dieser Hinsicht haben sich einige der islamistischen Gruppen nicht allein zu einer Bedrohung für die muslimischen Heimatländer, sondern auch für die internationale Staatengemeinschaft entwickelt. Dies gilt seit den Anschlägen vom 11. September 2001 im besonderen für den islamistischen Terrorismus, der sich einer ähnlichen Argumentation bedient. Den Boden für die zunehmende Militanz bereiten vor allem verbale Angriffe, die in der Mehrzahl gegen Israel und die USA gerichtet sind. Da hierbei selten zwischen staatlicher Politik und den Bewohnern eines Landes differenziert wird, entwerfen einige islamistische Gruppierungen drastische Feindbilder von „Juden“ und „Christen“.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Großteil des ideologischen Gemeinguts islamistischer Gruppierungen unvereinbar mit den im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerten Prinzipien der Demokratie, des Rechtsstaats und der Menschenwürde ist. Die Unvereinbarkeit mit der Verfassung betrifft zum einen das Politikverständnis, das in der Forderung nach Schaffung einer „islamischen Ordnung“ zum Ausdruck kommt und das die Errichtung eines religiösen Staates, die Anwendung des islamischen

Rechts sowie den Anspruch auf Besitz einer absoluten Wahrheit umfasst. Dies gilt zum anderen für die gesellschaftspolitischen Vorstellungen – etwa in der Frage der Gleichberechtigung der Frau –, welche gleichfalls nicht mit unserem pluralistischen System vereinbar sind.

2 Rechtsextremismus

2.1 Aktionsorientierter Rechtsextremismus

2.1.1 „Aktionsbüro Mitteldeutschland – Nationaler Widerstand Berlin / Brandenburg“ (NWBB)

Beim „Aktionsbüro Mitteldeutschland – Nationaler Widerstand Berlin / Brandenburg“ (NWBB) handelt es sich um ein Projekt der neonazistischen Kameradschaftsszene (\Rightarrow), das ausschließlich im Internet auftritt. Hinter dem Projekt stehen zwei bekannte Neonazis aus Berlin und Brandenburg. Das „Aktionsbüro“ versteht sich als Informationsportal und Sprachrohr der neonazistischen Kameradschaftsszene in Berlin und Brandenburg. Es veröffentlicht Termine und Berichte rechtsextremistischer Veranstaltungen und wirbt für Demonstrationen.

Darüber hinaus wird in „Pressemitteilungen“ und Propagandaschriften das neonazistische Weltbild der Betreiber transportiert. Inhaltlich konzentrieren sich die Texte auf die Agitation gegen den „amerikanischen Imperialismus“ und auf die Verbreitung von Verschwörungstheorien. So werden Globalisierungsprozesse als „Weltherrschaftspläne einer kleinen Globalisierungsclique, angeführt von den Schurken aus der Wallstreet“, dargestellt.²⁵⁷

Durch Verweise zu den Web-Seiten anderer „Aktionsbüros“ in ganz Deutschland versuchen die Betreiber zur Mobilisierung und Vernetzung der rechtsextremistischen Szene in Deutschland beizutragen. Die Reichweite des Aktionsbüros ist allerdings gering. Es gelang ihm in der Vergangenheit nicht, den Diskurs innerhalb des aktionsorientierten Rechtsextremismus maßgeblich zu beeinflussen.

2.1.2 „Anti-Antifa“

Als Reaktion auf die linksextremistische „Antifa“²⁵⁸ entwickelten gewaltbereite, ideologisch gefestigte aktionsorientierte Rechtsextremisten das Konzept der „Anti-Antifa“. Die „Anti-Antifa“-Aktivisten sind bestrebt, Informationen und persönliche Daten über Personen, die sie als politische Gegner ansehen, zu sammeln und im Internet oder in Publikationen zu veröffentlichen. Zu diesem Personenkreis gehören Repräsentanten des Staates (wie Politiker, Polizeibe-

²⁵⁷ „Aufstehen gegen Oneworldterror aus Amerika – aber wann?“ Internetauftritt des NWBB, Aufruf am 26.9.2003.

²⁵⁸ Vgl. S. 92 ff.

amate, Richter, Staatsanwälte), Repräsentanten jüdischer Organisationen sowie Personen, die durch ihr Verhalten von den Neonazis als „Linke“ wahrgenommen werden. Diese Veröffentlichungen sollen den politischen Gegner verunsichern und eine Drohkulisse aufbauen.

In Umkehrung der Realität wird die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland als Diktatur und „Unrechtsregime“ verunglimpft, in der nationalsozialistische Meinungen und Handlungen unterdrückt würden. Diese Sichtweise dient den Neonazis (⇒) zur Rechtfertigung von Gewaltanwendung.

In Berlin spielt die „Anti-Antifa“ als Organisationszusammenhang eine untergeordnete Rolle. Einzig die „Autonomen Nationalisten Berlin“ (⇒), die sich aus der Kameradschaftsszene rekrutieren, beziehen sich als Gruppe auf die „Anti-Antifa“-Programmatik.²⁵⁹ Auf der Homepage des „Aktionsbüro Mitteldeutschland – Nationaler Widerstand Berlin / Brandenburg“ (⇒) wird – neben einem Hinweis auf die ANB - regelmäßig Propagandamaterial veröffentlicht, das die „Anti-Antifa“-Thematik aufgreift.

2.1.3 „Autonome Nationalisten Berlin“ (ANB)

Seit Mitte 2002 existiert in Berlin ein Projekt führender Kameradschaftsaktivisten mit dem Namen „Autonome Nationalisten Berlin“ (ANB). Von ihnen wird vor allem der Kampf gegen die „Antifa“ thematisiert und zu einem gewaltsamen Vorgehen gegen politische Gegner aufgefordert. Mit den Drohungen gegen namentlich genannte politische Gegner ist beabsichtigt, ein Klima der Einschüchterung und der Angst zu erzeugen. Auch vor konkreter Gewaltanwendung gegen den politischen Gegner schrecken die ANB nicht zurück.²⁶⁰ Trotz zunehmender Propagandatätigkeit der ANB in der ersten Jahreshälfte 2003 ist bisher nicht erkennbar, dass der Versuch, aktionsorientierte Jugendliche zu mobilisieren und an die rechtsextremistische Szene zu binden, zu nachhaltigen Erfolgen geführt hat. Vielmehr speist sich das Projekt weiterhin aus einer kleineren Anzahl Kameradschaftsaktivisten.

2.1.4 „Blood & Honour“ (B&H)

Die in Deutschland verbotene neonazistische Skinhead-Organisation „Blood & Honour“ (B&H) ist neben den „Hammerskins“ (⇒) eines der international agierenden rechtsextremistischen Skinhead-Netzwerke (⇒ Skinheads). Gegründet

²⁵⁹ Vgl. S. 38.

²⁶⁰ Ebenda.

wurde B&H 1986 von Ian Stuart DONALDSON in Großbritannien und etablierte sich im Laufe der 90er Jahre in vielen europäischen Ländern und den USA. Dem B&H-Netzwerk gehörten bundesweit rund 200 Personen an, die sich in 15 Sektionen organisierten. Die Sektion Berlin bestand aus ca. 30 fest eingebundenen Mitgliedern, das Aktivierungspotenzial der Organisation lag jedoch deutlich höher. B&H wird in Szenekreisen mit der Zahl „28“ abgekürzt (nach dem zweiten und achten Buchstaben des Alphabets).

B&H begreift sich ausdrücklich als neonazistische Organisation und ist Kommunikationsplattform ideologisch gefestigter, rechtsextremistischer Skinheads. Ziel der Organisation ist die Verbesserung der scene-internen Kommunikation sowie die Verbreitung der rechtsextremistischen Ideologie über das Medium der Musik (⇒ Rechtsextremistische Musik). Im Gegensatz zu den Parteien wurde die Organisation von der rechtsextremistischen Skinhead-Szene als authentisch akzeptiert und gewann vor allem durch die Veranstaltung von Konzerten und die Produktion rechtsextremistischer CDs an Bedeutung. Da sich die Vereinigung gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung richtet, verbot der Bundesminister des Innern die Organisation im September 2000.

Im Ausland ist „Blood & Honour“ nicht verboten. Dort finden weiterhin von „Blood & Honour“ organisierte Konzerte und Treffen statt. Ein Großteil der ehemaligen Berliner Aktivisten ist weiterhin in der rechtsextremistischen Musikszene aktiv und nimmt an Treffen von B&H im Ausland teil. In Berlin gelang es den ehemaligen „Blood & Honour“-Aktivisten nach dem Verbot nicht, den organisatorischen Zusammenhalt aufrecht zu erhalten und Konzerte zu veranstalten.²⁶¹

2.1.5 „Hammerskins“ (HS)



Organisationsstruktur:	internationale Organisation / regional untergliedert in Divisionen, Sektionen und Chapter
Entstehung/Gründung:	in Deutschland seit 1995
Mitgliederzahl:	100 bundesweit (2002: 100), ca. 15 in Berlin (2002: 15)
Sitz:	bundesweit

Die „Hammerskins“ (HS) sind neben „Blood & Honour“ (⇒ B&H) die zweite international tätige rechtsextremistische Skinhead-Organisation (⇒ Skinheads). Die HS wurden Mitte der 80er Jahre als neonazistische „Elite“-Organisation in den USA gegründet. Die Bemühungen um eine länderübergreifende Zusammenarbeit leiten sich aus einem rassistischen Weltbild ab. Ziel der HS ist die

²⁶¹ Vgl. S. 45 ff.

Vereinigung aller weißen Skinheads über Ländergrenzen hinweg in einer „Hammerskin-Nation“.

In Deutschland bildeten sich ab etwa Mitte der 90er Jahre regionale Zusammenschlüsse („Sektionen“). Aufgrund mangelnder Organisationsstrukturen und einer fehlenden Führungspersönlichkeit in ihren Reihen konnten die HS aber weder in Konkurrenz zu B&H treten, noch ihr Selbstbild als Elite der rechtsextremistischen Skinhead-Szene durchsetzen. Angesichts des postulierten Ziels einer „Hammerskin Nation“ fällt die Konzeptionslosigkeit der Organisation auf. Eine Strategie zur Umsetzung ihres Ziels ist nicht erkennbar. Überregionale Koordinierungstreffen finden zwar regelmäßig statt, konzeptionelle Impulse gehen von diesen Treffen bislang jedoch nicht aus.²⁶²

Die Berliner Sektion gründete sich 1994. Sie umfasste in der Folgezeit bei geringer Fluktuation nie mehr als 30 Mitglieder. Gemessen an dem von den „Hammerskins“ formulierten Anspruch, geht von der Berliner Sektion keine nennenswerte Außenwirkung aus.

Das Symbol der HS sind zwei gekreuzte Zimmermannshämmer, die auf die Wurzeln der Skinhead-Subkultur im Arbeitermilieu hinweisen und dessen Kraft und Stärke symbolisieren sollen.

2.1.6 Kameradschaften

Organisationsstruktur:	hierarchisch gegliederte, informelle Gruppen
Entstehung/Gründung:	seit 1995
Mitgliederzahl:	k. A. bundesweit (2002: k. A.), 40 bis 60 in Berlin (2002: 40)
Sitz:	bundesweit 160 Kameradschaften, davon 5 in Berlin
Publikationen:	Flugblätter

Kameradschaften (KS) sind Zusammenschlüsse von Neonazis (\Rightarrow) mit einer mindestens rudimentären Struktur und Selbstorganisation. Diese Gruppen sind hierarchisch gegliedert und bestehen in der Regel aus einem autoritär agierenden Kameradschaftsführer, einem Stellvertreter und meist jugendlichen Mitgliedern, die sich regelmäßig zu so genannten Kameradschaftsabenden treffen. Maßgeblich für die Definition einer Gruppe als Kameradschaft ist die Bereitschaft zur gemeinsamen politischen Arbeit und die Verbreitung neonazistischer Gedankenguts. Dies geschieht z. B. durch geschlossene Teilnahme an Demonstrationen, Erstellung und Verbreitung von Flugblättern, Internetauftritte oder politische Schulungen.

²⁶² Vgl. S. 52.

Kameradschaften entstanden als Reaktion der rechtsextremistischen Szene auf die zahlreichen Organisationsverbote in den 1990er Jahren. Anstelle der zerschlagenen überregionalen Strukturen sollten kleinere, autonome Einheiten treten, die aufgrund ihres informellen Charakters weniger Angriffspunkte für staatliches Vorgehen bieten sollten. Nach einer Hochphase im Jahr 1997, in dem in Berlin 13 Kameradschaften mit einem Potenzial von ca. 120 Personen existierten, verloren die Berliner Kameradschaften zunehmend an Bindungswirkung. Das Kameradschaftsmodell konnte sich in Berlin nicht als bestimmendes Organisationsprinzip im aktionsorientierten Rechtsextremismus durchsetzen, da Koordinierungsschwächen deutlich wurden. Derzeit existieren in Berlin fünf Kameradschaften, von denen jedoch nur zwei – „Kameradschaft Tor Berlin“ und „Berliner Alternative Süd-Ost“ – im Jahr 2003 öffentlich in Erscheinung getreten sind.

Neonazi-Cliquen, bei denen der politisch-ideologischen Arbeit nur sekundäre Bedeutung zukommt und die sich mitunter selbst als Kameradschaft bezeichnen, werden vom Verfassungsschutz nicht als Kameradschaften definiert. Bei diesen Cliquen stehen ein gemeinschaftliches Auftreten und gemeinsame Freizeitaktivitäten auf Basis einer neonazistischen Grundorientierung im Vordergrund.

2.1.7 „Lichtenberg 35“

Organisationsstruktur:	informelle Gruppe
Entstehung/Gründung:	vermutlich 2000
Mitgliederzahl:	10
Sitz:	Berlin

Die Gruppierung „Lichtenberg 35“ wurde vermutlich im Jahr 2000 gegründet und besteht derzeit aus ca. zehn ideologisch gefestigten, gewaltbereiten Neonazis (⇒). Der Name der Organisation bezieht sich auf den in den 30er Jahren insbesondere im Raum Lichtenberg aktiven SA-Sturm „35“. Die Gruppierung demonstriert damit ihre Verbundenheit zur SA und glorifiziert den Nationalsozialismus.

Der überwiegende Teil der Mitglieder gehört der rechtsextremistischen Musikszene (⇒) in Berlin an. Die Gruppierung hat darüber hinaus enge Kontakte zu den „Vandalen“ (⇒).²⁶³

Bei den Mitgliedern von „Lichtenberg 35“ handelt es sich um langjährige Mitglieder der aktionsorientierten Szene in Berlin, die enge Kontakte untereinander haben. Die Zugehörigkeit zur Gruppe wird nach außen durch das Tragen

²⁶³ Vgl. S. 43 ff.

von T-Shirts mit dem Logo „35“ vor dem Hintergrund einer schwarz-weiß-roten Fahne demonstriert.

2.1.8 Neonazis

Neonationalsozialisten (Neonazis) orientieren sich ideologisch am historischen Phänomen des Nationalsozialismus (NS) der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ (NSDAP). Wie in der NSDAP sind auch in der Neonazi-Szene unterschiedliche ideologische Strömungen festzustellen. So gibt es Bezüge zum sozialrevolutionären Flügel innerhalb des NS und dem damit verbundenen Antikapitalismus Ernst RÖHMs und der Gebrüder STRASSER. Allen Versionen des Neonationalsozialismus gemeinsam ist die Glorifizierung der Führungspersonen des NS-Regimes und die Verharmlosung der NS-Verbrechen.

Der Neonationalsozialismus ist wie die rechtsextremistische Skinhead-Szene (⇒) dem aktionsorientierten Rechtsextremismus zuzurechnen. Die ursprünglich subkulturell geprägte rechtsextremistische Skinhead-Szene und die „klassische“ Neonazi-Szene, die u. a. an dem an NS-Uniformen orientierten Kleidungsstil erkennbar ist (braune oder weiße Hemden, schwarze Krawatten, breite Ledergürtel), vermischten sich in den letzten Jahren zunehmend.²⁶⁴

Nur ein Teil der Neonazi-Szene ist in festen Strukturen organisiert: Neonazistische Organisationen wie die so genannten Freien Kameradschaften (⇒) oder die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG) binden in Berlin etwa ein Drittel der Neonazi-Szene an sich, zwei Drittel hingegen bewegen sich in losen Gruppierungen, die unregelmäßig an politischen Aktionen wie NPD-Demonstrationen (⇒ NPD) teilnehmen. 80 Prozent der ideologisch gefestigten Berliner Neonazis wohnen in den östlichen Bezirken, bei den ideologisch gefestigten und gewaltbereiten Neonazis ergibt sich sogar ein Anteil von 85 Prozent. Geographisch ersichtliche Schwerpunkte der Neonazi-Szene sind die Bezirke Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Pankow und Treptow-Köpenick. Allein in diesen vier Bezirken leben 75 Prozent der ideologisch gefestigten Neonazis und befinden sich 80 Prozent der von der Neonazi-Szene genutzten Trefforte.

Eine besondere „Hochburg“ stellt die Gegend um den Bahnhof Lichtenberg dar. In den unmittelbar an dem Bahnhof gelegenen südöstlichen und nordwestlichen Wohngebieten lebt jeder sechste (16 Prozent) ideologisch gefestigte Berliner Neonazi mit steigender Tendenz. Weitere „Hochburgen“ sind

²⁶⁴ Vgl. S. 43 ff.

Marzahn-Nord, Hellersdorf-Nord, Weißensee, Prenzlauer Berg-Nord sowie die Treptower Ortsteile Oberschöneweide und Johannisthal.

2.1.9 Rechtsextremistische Musik

Unter rechtsextremistischer Musik versteht man die Kombination rechtsextremistischer Texte mit verschiedenen Musikstilen (u. a. Rock/Hardrock, Liedermacher, Gothic, Dark Wave, Schlager, Rockabilly, Volkslieder).²⁶⁵ Die Musik-Szene ist seit Mitte der 90er Jahre einer der dynamischsten Bereiche des Rechtsextremismus.²⁶⁶ Im strukturarmen aktionsorientierten Rechtsextremismus stellt die Musik-Szene – und hier besonders die Konzerte – eine wichtige Kommunikationsplattform dar. Gleichzeitig bietet die Mitgliedschaft in einer Band die Möglichkeit, sich innerhalb der Szene zu profilieren – je menschenverachtender die Texte einer Band, desto größer das Ansehen unter den Szene-Angehörigen. Der Musikbereich erlangte auch finanzielle Bedeutung für den aktionsorientierten Rechtsextremismus. Seit Mitte der 90er Jahre etablierten sich professionelle Händler, welche die Szene mit Tonträgern und sonstigem Szenebedarf (vor allem Kleidung) versorgen.

Berlin hat eine äußerst aktive rechtsextremistische Musikszene, die überregionale Bedeutung hat. Die Bands „Landser“, „Deutsch Stolz Treue“ (D.S.T.), „Legion of Thor“ (LOT) und „Spreegeschwader“ sind in der rechtsextremistischen Musikszene beliebt; insbesondere „Landser“ wird in der Szene verehrt.

Durch das konsequente Vorgehen der Sicherheitsbehörden in Berlin konnte die Szene stark verunsichert werden. Die Mitglieder von „Landser“ – die sich als „Terroristen mit E-Gitarre“ bezeichnen - wurden nach Anklageerhebung durch den Generalbundesanwalt vom Kammergericht im Dezember verurteilt. Erstmals wurde eine rechtsextremistische Band als kriminelle Vereinigung qualifiziert.²⁶⁷ Nach Hinweisen des Verfassungsschutzes gelang der Berliner Polizei im April 2002 der Zugriff auf die aktiven Mitglieder der Band „D.S.T.“ und die am CD-Vertrieb beteiligten Personen. Anlass für diese Maßnahme war die Produktion der neuen CD „Ave et Victoria“, deren Texte die Straftatbestände des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86a Strafgesetzbuch) und der Volksverhetzung (§ 130 Strafgesetz-

²⁶⁵ Oft verwendete Schlagwörter wie „Rechtsrock“ oder „Skinhead-Musik“ sind unpräzise, da sie entweder nur einen kleinen Teil rechtsextremistischer Musik bezeichnen (Rechtsrock) oder aber mit ihr nicht deckungsgleich sind. So spielen in der Skinhead-Subkultur Musikrichtungen wie Ska, 2Tone oder Oil-Punk eine wichtige Rolle. Diese Musikstile werden in der Regel nicht mit rechtsextremistischen Texten versehen. Vgl. Senatsverwaltung für Inneres: Rechtsextremistische Skinheads. Berlin 2003, S. 56 ff.

²⁶⁶ Vgl. S. 45 ff.

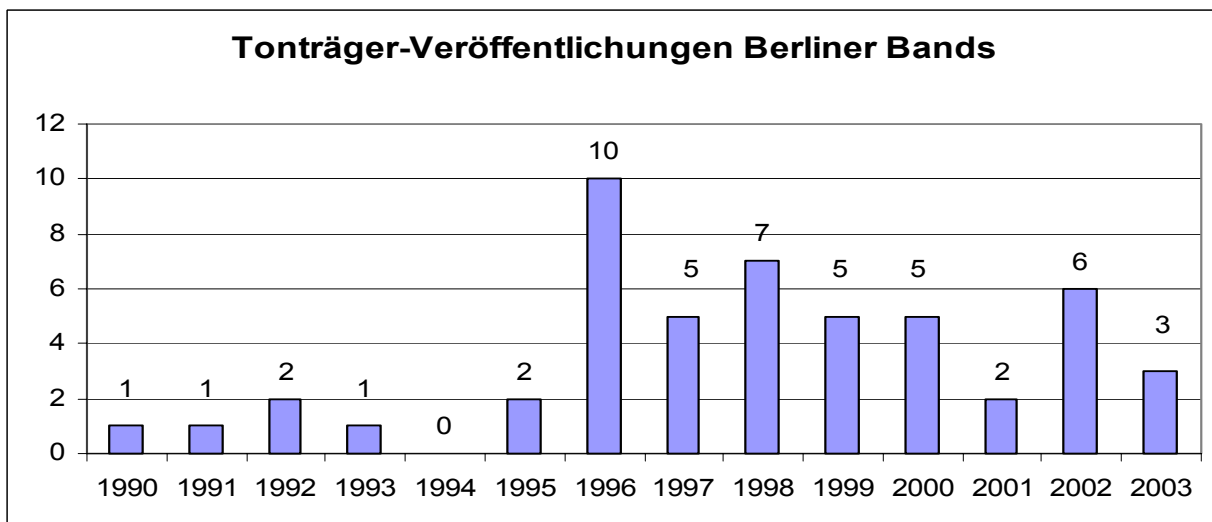
²⁶⁷ KG Berlin (2) 3 StE 2/02-5(1) (2/02) vom 23. Dezember 2003.

buch) verwirklichen. Ein Großteil der hergestellten CDs konnte von der Polizei sichergestellt werden.

Gegen „White Aryan Rebels (WAR)“ führte die Berliner Polizei im Juli 2002 wegen der CD „Noten des Hasses“ ebenfalls Exekutivmaßnahmen durch: Ein von einem Berliner Neonazi betriebener Musik-Club in Marzahn wurde durchsucht und der Betreiber sowie weitere Personen festgenommen.

Aufgrund dieser Maßnahmen sind derzeit nur noch die Bands „LOT“ und „Spreegeschwader“ aktiv. Sie nehmen an Konzerten im Bundesgebiet und im Ausland teil und geben strafrechtlich nicht relevante Tonträger heraus .

Eng mit dem Bedeutungszuwachs der Musikszene ist der Aufstieg der „Blood & Honour“-Organisation (⇒) verbunden. Strategisch denkende Köpfe wie der B&H-Gründer Ian Stuart DONALDSON versuchten, die Musik als Mittel der ideologischen Beeinflussung und Rekrutierung einzusetzen. Diese Strategie war nur begrenzt erfolgreich – eine Rekrutierung für die Szene erfolgt selten über das alleinige Hören rechtsextremistischer Musik. Für die Gewinnung Außenstehender ist der persönliche Kontakt mit der Szene, der auch auf Konzerten zustande kommt, wichtiger.²⁶⁸ Ihren Höhepunkt erreichte die Musikszene Mitte der 90er Jahre, bevor sie gegen Ende der 90er Jahre unter erheblichen Druck durch das Vorgehen der Sicherheitsbehörden geriet. Die Berliner Konzertszene kam in den letzten Jahren aufgrund des konsequenten Vorgehens der Sicherheitsbehörden weitgehend zum Erliegen.



Quelle: Deutscher Bundestag: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS (Drucksache 123/8337, 2002): Rechtsextremistische Skinhead-Musik im Jahr 2001 (Drucksache 14/8474, 2002), S. 1.

²⁶⁸ Vgl. Rainer Dollase: Welche Wirkung hat der Rock von Rechts? In: Dieter Baacke / Klaus Farin / Jürgen Lauffer (Hg.): Rock von Rechts. Milieus, Hintergründe und Materialien. Bielefeld 1999, S. 106 – 117.

2.1.10 Skinheads

Die Subkultur der Skinheads²⁶⁹ wird oft mit jugendlichem Rechtsextremismus gleichgesetzt. Dies ist eine unzutreffende Verkürzung, da die Skinheads zunächst eine jugendliche Subkultur wie die der Punks, Hippies oder Raver darstellen. Die Skinhead-Subkultur entstand in den 60er Jahren in Großbritannien und orientierte sich hinsichtlich ihrer Werte und ihres „Outfits“ an der Arbeiterklasse. In Deutschland gibt es Skinheads seit Anfang der 80er Jahre, die größten Szenen entwickelten sich in Hamburg und Berlin.

Erst im Laufe der Zeit driftete ein Teil der Skinhead-Szene in den Rechtsextremismus ab. Zum einen bestanden Abgrenzungsbestrebungen gegenüber den „linken“ Punks, zum anderen bekam die Szene Zulauf aus dem neonazistischen Lager, nachdem die Skinheads aufgrund der Provokation mit rechtsextremistischen Zeichen in der Öffentlichkeit zum Symbol des Rechtsextremismus schlechthin wurden.²⁷⁰

Das Thema Rechtsextremismus spaltet die Skinhead-Szene. Viele Skinheads – wie zum Beispiel die sich selbst als unpolitisch bezeichnenden „Oi!-Skins“ oder politisch links orientierte Skinheads („Redskins“) – wehren sich gegen die Vereinnahmung der Szene. Wissenschaftler schätzen, dass etwa zwischen 30 und 60 Prozent der Skinhead-Szene rechtsextremistisch eingestellt sind.²⁷¹ Es handelt sich dabei allerdings nicht ausschließlich um fanatisierte Neonationalsozialisten. Obwohl es auch überzeugte, ideologisch gefestigte rechtsextremistische Skinheads gibt (so genannte Neonazi-Skins), hat ein großer Teil nur ein diffuses rechtsextremistisches Weltbild.

Rechtsextremistische Skinheads sind dem aktionsorientierten Rechtsextremismus zuzuordnen. Sie sind zum großen Teil organisationsfeindlich eingestellt und lehnen eine Einbindung in feste (Partei-)Strukturen ab. Versuche rechtsextremistischer Parteien, das Skinhead-Potenzial dauerhaft an sich zu binden (zum Beispiel durch die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ Anfang der 80er Jahre, die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ Mitte der 80er Jahre oder die „Nationale Alternative“ Anfang der 90er Jahre), scheiterten. Den jüngsten Versuch machte die NPD mit ihrem „Drei-Säulen-Konzept“ (⇒ NPD). Im

²⁶⁹ Für eine ausführliche Darstellung vgl. Senatsverwaltung für Inneres: Rechtsextremistische Skinheads. Berlin 2003.

²⁷⁰ Vgl. Christian Menhorn: Skinheads: Portrait einer Subkultur, Baden-Baden 2001, S. 149 ff. Vgl. a., ebenda, S. 24.

²⁷¹ Farin geht von ca. 30 %, Menhorn von einem höheren Anteil aus (über 50 %). Weltzer schätzt die Zahl in den alten Bundesländern auf 30 bis 50 %, in den neuen Ländern liege der Anteil wesentlich höher. Vgl. Klaus Farin: Interview. In: „Jungle World“ Nr. 51, 17.12.1997; Jörg Weltzer: Skinheads, Nazi-Skins und rechte Subkultur. In: Jens Mecklenburg (Hg.): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus. Berlin 1996, S. 782 - 791, hier: S. 785.

Gegensatz zu den Parteien, die von den rechtsextremistischen Skinheads überwiegend als szenefremd wahrgenommen werden, konnten sich in Deutschland seit Anfang der 90er Jahre zwei rechtsextremistische Skinhead-Organisationen etablieren: „Blood & Honour“ (⇒) und die „Hammerskins“ (⇒).

Die Sozialstruktur der rechtsextremistischen Skinhead-Szene ist von einer starken Dominanz junger Männer geprägt. Der Frauenanteil der Szene in Berlin liegt bei knapp 20 Prozent. Die Berliner Skinheads rekrutieren sich zum überwiegenden Teil aus den Jahrgängen 1968 bis 1982 (ca. 85 Prozent). Besonders stark vertreten sind die heute 20 bis 28-Jährigen – diese Altersgruppe macht mehr als die Hälfte aller rechtsextremistischen Skinheads aus (ca. 55 Prozent).²⁷²

Entgegen einem verbreiteten Vorurteil entspricht das formale Bildungsniveau der (gesamten) Skinhead-Szene dem gesellschaftlichen Durchschnitt. Gleiches gilt für die Arbeitslosenquote – sie liegt in der deutschen Skinhead-Szene etwa bei neun Prozent.²⁷³

Den geografischen Schwerpunkt hat die rechtsextremistische Skinhead-Szene Berlins im Ostteil der Stadt (über 80 Prozent). Besonders stark repräsentiert ist sie in den Stadtteilen Marzahn, Lichtenberg, Pankow, Hellersdorf und Köpenick.

2.1.11 „Vandalen – Ariogermanische Kampfgemeinschaft“

Organisationsstruktur:	hierarchisch gegliederte Gruppe
Mitgliederzahl:	10
Entstehung/Gründung:	1982
Sitz:	Berlin

Die „Vandalen – Ariogermanische Kampfgemeinschaft“ sind eine Gruppe ideologisch-gefestigter Neonazis (⇒), die sich entweder subkulturelle Codes der „Rocker“ oder der „Skinheads“ (⇒) zu eigen machen. Durch das uniforme Tragen einer „Kutte“ verdeutlichen sie ihren Gruppenzusammenhalt. Die Gruppe wurde 1982 in Ost-Berlin gegründet und zählt derzeit zehn feste Mitglieder. Im Zentrum ihrer Ideologie steht ein neonazistisches Weltbild in Verbindung mit einem völkischen Germanenkult. Die Mitglieder der „Vandalen“ sind äußerst gewaltbereit, stark waffeninteressiert und begehen seit Anfang der 90er Jahre regelmäßig Straftaten (u. a. Körperverletzungen und Propagandadelikte). Ein Mitglied der „Vandalen“ wurde im Jahr 2000 wegen

²⁷² Vgl. Senatsverwaltung für Inneres: Rechtsextremistische Skinheads. Berlin 2003, S. 30 f.

²⁷³ Vgl. Helmut Heitmann: Die Skinhead-Studie. In: Klaus Farin (Hg.): Die Skins. Mythos und Realität. Berlin 1997, S. 69 - 95.

eines Verstoßes gegen das Waffengesetz zu einer Freiheitsstrafe von zehn Monaten auf Bewährung verurteilt. Der Verurteilte versuchte, ein Präzisionsgewehr inklusive Schalldämpfer und Zielfernrohr mit passender Munition zu verkaufen.

Die „Vandalen“ üben innerhalb der neonazistischen Szene Berlins eine Wortführerschaft aus und genießen szeneeinterne Autorität. Das Clubhaus der „Vandalen“ in Berlin-Hohenschönhausen ist Zentrum und Treffort der neonazistischen Protagonisten Berlins. Zum engen Umfeld der Vandalen gehören vor allem Angehörige der rechtsextremistischen Musikszene und ehemalige „Blood & Honour“-Aktivisten (⇒). Die „Vandalen“ nehmen verstärkt eine überregional koordinierende Rolle in der rechtsextremistischen Musikszene ein.²⁷⁴ Darüber hinaus unterhält die Gruppe weit reichende Kontakte zu zahlreichen rechtsextremistischen Organisationen, Parteien und Einzelpersonen im In- und Ausland. Die herausgehobene Stellung resultiert auch aus der personellen Überschneidung der „Vandalen“ mit der Neonazi-Band „Landser“. Der „Vandalen“-Anführer ist Initiator und Sänger der Band „Landser“. Er hatte die weiteren Bandmitglieder rekrutiert, darunter Mitglieder der „Vandalen“ (⇒ Rechtsextremistische Musik). Die Bandmitglieder wurden inzwischen durch das Kammergericht wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung verurteilt.²⁷⁵

2.2 Parlamentsorientierter Rechtsextremismus

2.2.1 „Deutsche Volksunion“ (DVU)

Organisationsstruktur:	Partei	
Entstehung/Gründung:	1987	
Mitgliederzahl:	11 500 bundesweit (2002: 13 000) 480 in Berlin (2002: 620)	
Sitz:	München	
Publikation:	„National-Zeitung / Deutsche Wochen-Zeitung“ (NZ) (überregional, wöchentlich, Auflage: ca. 41 000 Herausgeber: Dr. Gerhard FREY)	

Die „Deutsche Volksunion“ (DVU) wurde 1987 auf Initiative des Münchner Geschäftsmannes und Verlegers Dr. Gerhard FREY mit Unterstützung der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (⇒ NPD) als „Deutsche Volksunion – Liste D“ gegründet. 1991 vollzog FREY mit der Streichung des Namensbestandteils „Liste D“ die Trennung von der NPD. Das Organisationsgeflecht rund um die DVU umfasst den 1971 gegründeten Verein DVU e. V. sowie die drei so genannten Aktionsgemeinschaften „Initiative für Ausländer-

²⁷⁴ Vgl. S. 52.

²⁷⁵ Vgl. S. 46 ff.

begrenzung“ (I.f.A.), „Ehrenbund Rudel“ und „Aktion Oder-Neiße“ (AKON). Darüber hinaus betreibt FREY den „DSZ Druckschriften- und Zeitungs-Verlag GmbH“ (DSZ-Verlag) mit der „National-Zeitung / Deutsche Wochen-Zeitung“ (NZ) und den „FZ Freiheitlicher Buch- und Zeitschriften-Verlag GmbH“ (FZ-Verlag) als Buch- und Devotionalienversand. Die DVU ist mit 16 Landesverbänden im gesamten Bundesgebiet vertreten und die mitgliederstärkste rechtsextremistische Partei.

In ihrem Parteiprogramm bekennt sich die DVU formal zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. In der praktischen Arbeit der Partei spielt die Programmatik allerdings kaum eine Rolle. Deutlicher spiegelt sich ihr politisch-ideologischer Standpunkt in der Agitation der NZ wider. Die NZ ist die auflagenstärkste rechtsextremistische Wochenzeitung in Deutschland. Aufgrund der Rolle FREYs als Herausgeber der NZ und Bundesvorsitzender der DVU kann sie als Presseorgan der Partei bezeichnet werden.

Mit Ausnahme der Herausgabe der NZ ist die DVU im öffentlichen Raum allerdings kaum präsent. Bei Wahlen tritt die Partei auf Landesebene in loser Folge mit zumeist geringem Erfolg in den nord- und ostdeutschen Bundesländern an. Derzeit ist sie in der Bremischen Bürgerschaft sowie im Brandenburger Landtag vertreten. Politische Gestaltungserfolge konnten ihre Mandats-träger bislang jedoch nicht erzielen. Die einzige öffentlichkeitswirksame Veranstaltung für Mitglieder und Sympathisanten der DVU stellte die jährliche „Großkundgebung der National-Freiheitlichen“ in der Passauer Nibelungenhalle dar. Die Veranstaltung diente in der Vergangenheit vor allem der Selbstdarstellung FREYs und der Vermittlung eines sinnstiftenden Gemeinschaftsgefühls. Allerdings waren die Besucherzahlen zuletzt rückläufig. In den Jahren 2002 und 2003 fiel die Veranstaltung ohne Angabe von Gründen aus.

Die DVU stagniert seit längerem in ihrer Entwicklung. Die Mitgliederzahlen gehen zurück und die Partei überaltert zunehmend. Obwohl sie nach wie vor die mitgliederstärkste rechtsextremistische Partei in Deutschland ist, findet ein Parteileben nur in geringem Umfang statt. Die Mitglieder beschränken sich im Wesentlichen auf das Lesen der NZ. Der Grund für die mangelnde inhaltliche und strukturelle Dynamik der DVU liegt in ihrer besonderen Führungsstruktur. Die Partei wird von ihrem Gründer und Vorsitzenden autokratisch geleitet. Sie ist hochverschuldet und finanziell von dem privat vermögenden FREY abhängig. Die Kontrolle über die Parteifinanzen ermöglicht ihm die weitgehende Steuerung der gesamten Parteiarbeit. Gelegentliche Bemühungen um eine Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Parteien scheitern immer wieder an seinem unbedingten Führungsanspruch.

Auch der Landesverband Berlin ist seit Jahren durch die Passivität seiner Mitglieder geprägt. Er verfügt über kein eigenständiges politisches Profil und agiert lediglich in enger Anlehnung an die Bundeszentrale der DVU. Auf einem Landesparteitag im Februar 2003 wurde der Landesvorstand weitgehend in seinem Amt bestätigt.

2.2.2 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)



Organisationsstruktur:	Partei
Entstehung/Gründung:	1964
Mitgliederzahl:	5 000 bundesweit (2002: 6 100), 180 in Berlin (2002: 240)
Sitz:	Berlin
Publikationen:	„Deutsche Stimme“ (überregional, monatlich, Auflage: 10 000); „ZÜNDSTOFF – Deutsche Stimme für Berlin und Brandenburg“ (vierteljährlich, Auflage: 200)

Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) ging 1964 aus der rechtsextremistischen „Deutschen Reichspartei“ (DRP) hervor. Der Vorsitzende der DRP, Adolf von THADDEN, war Initiator der NPD-Gründung und von 1967 bis 1971 deren Vorsitzender. Die NPD verfügt mit den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) über eine Jugendorganisation mit einem gemeinsamen Landesverband Berlin-Brandenburg und einem Regionalverband Berlin. Darüber hinaus existiert der „Nationaldemokratische Hochschulbund e. V.“ (NHB) als Studentenvereinigung. Als Parteizeitung vertreibt die NPD die Monatsschrift „Deutsche Stimme“ (DS). Die NPD, deren Bundesgeschäftsstelle sich seit dem Jahr 2000 in Berlin befindet, ist im gesamten Bundesgebiet mit 16 Landesverbänden vertreten. Nach Trennung des gemeinsamen Landesverbandes Berlin-Brandenburg am 12. April berichtet das nunmehr vom „NPD-Ausschuss für Pressearbeit in Berlin und Brandenburg“ vierteljährlich herausgegebene Mitteilungsblatt „Zündstoff – Deutsche Stimme für Berlin und Brandenburg“ weiterhin über die politische Arbeit in beiden Bundesländern.

Die NPD vertritt fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Positionen und versteht sich als Fundamentalopposition zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Als „sozialrevolutionäre Erneuerungsbewegung“ strebt sie in aggressiver Weise die grundsätzliche Neuordnung des Staatsaufbaus an. Ziel ist die Beseitigung des derzeitigen politischen Systems und die Errichtung eines „neuen deutschen Reichs“:

„Konsequenterweise erheben wir den Anspruch darauf, daß es nach einer nationalen Neuordnung in Deutschland keine Arbeitslosen, Ausgebeuteten und Hoffnungslosen mehr geben wird. Wir erstreben ein Deutschland, das aus dem Wesen unseres Volkstums seine kulturelle und soziale Ordnung schafft. Wir haben die Vision von einem neuen, besseren Deutschland. Wir wissen

außerdem, daß unsere Ziele im Grunde von fast allen Deutschen geteilt werden [...] Weil wir wissen, daß wir Recht haben, setzen wir den politischen Kampf um die Macht in unserem Lande fort [...]"²⁷⁶

Die NPD richtet sich gegen die „Systemparteien“ als Träger der rechtsstaatlichen Ordnung und gegen demokratische Prinzipien wie den Pluralismus. Sie agitiert auf der Grundlage eines anti-individualistischen Menschenbildes und eines völkischen Kollektivismus. Freiheits- und Gleichheitsrechte lehnt die NPD mit dem Hinweis auf die Gefahr der „Umvolkung“ Deutschlands (gemeint ist die Verdrängung der originär deutschen Wohnbevölkerung durch den Zuzug von Ausländern) ab. Das Ziel der NPD ist die Schaffung einer „ethnisch homogenen Volksgemeinschaft“:

„Wenn die Politik der Kartellparteien ihr Ziel erreicht hat und die Bevölkerung der BRD ein zusammengestückeltes, wirres Sammelsurium von egoistischen Individuen ist, die kein natürliches Zusammengehörigkeitsgefühl mehr verbindet, [...] können sie folglich keine gemeinsamen Werte entwickeln und keine Gemeinschaft mehr bilden. Dann ist das Endstadium der Gemeinschaftszerstörung und der Entkulturalisierung erreicht.“²⁷⁷

Eine Wesensverwandtschaft ihrer Positionen mit der nationalsozialistischen Ideologie und eine Verharmlosung ihrer menschenverachtenden Folgen wird in der Wahl der Begriffe deutlich. Hinzu kommt die Heroisierung führender Repräsentanten und Institutionen des NS-Regimes. So berichtet die DS über die Demonstration zum 16. Todestag von Rudolf HESS in Wunsiedel. Danach wies der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Holger APFEL in seiner Grußansprache darauf hin,

„daß Heß stellvertretend für das seit über 50 Jahren geknechtete deutsche Volk ein Martyrium erlitten habe und heute wie kein anderer die Generation von Deutschen verkörpere, die ihr Vaterland in den europäischen Bruderkriegen des 20. Jahrhunderts mit dem Einsatz ihres Lebens verteidigten.“

Wenige Jahre nach ihrer Gründung verzeichnete die NPD mit dem Einzug in mehrere Landesparlamente ihre ersten Erfolge. Ihren Höhepunkt erlebte die NPD im Jahr 1969, als sie bei der Bundestagswahl mit 4,3 Prozent der Stimmen nur knapp den Einzug in den Deutschen Bundestag verpasste. Danach kam es aufgrund innerparteilicher Querelen zu einem Bedeutungsverlust der Partei.

Der seit 1996 amtierende Parteivorsitzende Udo VOIGT versucht mit einem „Drei-Säulen-Konzept“ eine strategische Neuausrichtung und Wiederbelebung

²⁷⁶ Bundeswahlprogramm 2002 der NPD, S. 7.

²⁷⁷ Holger Apfel: Weder Recht noch Menschlichkeit, „Deutsche Stimme“ Nr. 9, vom September 2003.

der Partei zu erreichen.²⁷⁸ Danach konzentriert sich die Arbeit der Partei auf drei strategische Ebenen: den „Kampf um die Straße“, den „Kampf um die Köpfe“ und den „Kampf um die Parlamente“. Das Konzept formuliert das Ziel, die NPD nicht nur als Wahlpartei zu etablieren („Kampf um die Parlamente“), sondern auch Einfluss auf intellektuelle Diskurse zu nehmen („Kampf um die Köpfe“) und durch provokante Aktionen und Demonstrationen die Basis ihrer Anhängerschaft zu verbreitern („Kampf um die Straße“).

Der forcierte „Kampf um die Straße“ führte in den letzten Jahren zu einer Öffnung der Partei. Um ihre Präsenz in der Öffentlichkeit zu erhöhen und politischen Druck auszuüben, sucht die NPD den Anschluss an den parteiungebundenen, aktionsorientierten Rechtsextremismus. Während der aktionsorientierte Rechtsextremismus für die NPD ein Mobilisierungspotenzial darstellt, bietet die NPD der Szene unter dem Dach des Parteienprivilegs eine Plattform für ihre politisch-ideologische Arbeit. Zur Rekrutierung neuer Mitglieder griff die NPD in der Vergangenheit auch auf die JN als größte rechtsextremistische Jugendorganisation in der Bundesrepublik Deutschland zurück. Im Zuge des Öffnungsprozesses der Gesamtpartei verloren die JN jedoch an Bedeutung und orientierten sich zunehmend an der Mutterpartei. Eigenständige Aktivitäten der JN sind kaum noch zu verzeichnen. Die JN beschränkten sich vorwiegend auf die unregelmäßige Herausgabe der Publikation „Jugendwacht – Die Zeitschrift für die nationalistische Jugendbewegung“.

Mit dem „Drei-Säulen-Konzept“ konnte die NPD einerseits insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern kurzfristig neue, überwiegend jüngere Mitglieder gewinnen. Andererseits war mit der konzeptionellen Neuausrichtung auch eine Radikalisierung der Partei verbunden, die im Jahr 2000 Anlass für die Einleitung eines Parteiverbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht war. Das beantragte Verfahren zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der NPD und Auflösung ihrer Parteiorganisation wurde mit Entscheidung des Zweiten Senats vom 18. März 2003 eingestellt.²⁷⁹

Bei der Bundestagswahl im September 2002 errang die NPD in Berlin 0,6 Prozent der gültigen Zweitstimmen. Sie blieb damit auf vergleichbar niedrigem Niveau wie bei der Bundestagswahl 1998 als sie 0,4 Prozent erhielt.

²⁷⁸ Vgl. Holger Apfel: 35 Jahre NPD – Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer großen Partei. Stuttgart 1999.

²⁷⁹ Vgl. S. 53 ff.

2.2.3 „Die Republikaner“ (REP)



Organisationsstruktur:	Partei
Entstehung/Gründung:	1983; Landesverband Berlin 1987
Mitgliederzahl:	8 000 bundesweit (2002: 9 000) 550 in Berlin (2002: 630)
Sitz:	Berlin
Publikationen:	„Der Republikaner“ (überregional, zweimonatliche Doppelausgabe, Auflage: 12 000)

Die Partei „Die Republikaner“ (REP) wurde 1983 in München von den ehemaligen CSU-Bundestagsabgeordneten Franz HANDLOS und Ekkehard VOIGT sowie dem Fernsehjournalisten Franz SCHÖNHUBER gegründet. SCHÖNHUBER hatte den Parteivorsitz bis 1994 inne. Nach innerparteilichen Auseinandersetzungen aufgrund seiner Kontakte zum Vorsitzenden der „Deutschen Volksunion“ (⇒ DVU) Dr. Gerhard FREY und der damit verbundenen Aufgabe der Abgrenzungsstrategie zu anderen rechtsextremistischen Parteien trat er 1995 aus der Partei aus. Seit 1994 bekleidet der Rechtsanwalt Dr. Rolf SCHLIERER das Amt des Parteivorsitzenden. Die REP unterhalten mehrere zielgruppenorientierte Unterorganisationen: die „Republikanische Jugend“ (RJ), den „Republikanischen Bund der Frauen“ (RBF), den „Republikanischen Bund der öffentlich Bediensteten“ (RepBB) sowie den „Republikanischen Hochschulverband“ (RHV). Bundesweites Presseorgan der Partei ist die zweimonatlich als Doppelausgabe erscheinende Zeitung „Der Republikaner“. Die REP sind in allen Bundesländern mit einem Landesverband präsent, so auch in Berlin.

Unter ihrem Vorsitzenden SCHLIERER sind die REP bemüht, sich das Profil einer rechtskonservativen, oppositionellen Kraft innerhalb des demokratischen Parteienspektrums zu geben.

Trotz des formalen Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung handelt es sich bei den REP um eine rechtsextremistische Partei. Die verfassungsfeindlichen Tendenzen ergeben sich insbesondere aus ihrer fremdenfeindlichen Ausrichtung. Die REP sprechen unter Missachtung zentraler Verfassungsgrundsätze Ausländern und Menschen nicht weißer Hautfarbe das gleichwertige Lebensrecht in der staatlichen Lebensgemeinschaft ab und behandeln sie als minderwertige Wesen.²⁸⁰

Die Partei schürt so Überfremdungsängste und baut Bedrohungsszenarien auf. Für gesellschaftliche und soziale Missstände werden pauschal die auslän-

²⁸⁰ Vgl. VG Bln Beschluss vom 28.6.2001, VG 2 A 85.01.

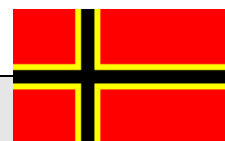
dischen Mitbürger verantwortlich gemacht und der „Untergang Deutschlands“ wird als zwangsläufige Folge der Überfremdung prophezeit.²⁸¹

Die REP sind nach der DVU die zweitgrößte rechtsextremistische Partei in der Bundesrepublik Deutschland. Der Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit liegt in Süddeutschland, insbesondere in Baden-Württemberg. Dort waren sie von 1992 bis 2001 im Landtag vertreten. Ihre größten Erfolge verzeichneten die REP 1989 bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus (7,5 Prozent) und zum Europaparlament (7,1 Prozent). Seit dem Ausscheiden SCHÖNHUBERS Mitte der 90er Jahre prägen zahlreiche Wahlniederlagen und interne Streitigkeiten das Bild der REP. Eine wichtige Konfliktlinie ist die Frage der Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Parteien.

Die Parteiaustritte der im Machtkampf unterlegenen Gruppierungen lähmen die Fortentwicklung der REP. Der bundesweite Niedergang der REP spiegelt sich in Rücktritten einzelner Landesvorsitzender wieder.²⁸² Im gesamten Bundesverband überwiegt die politische Resignation. Kontinuierliche Mitgliederverluste und ein massiver Wählerschwund lähmen das innerparteiliche Leben. Neben ihren Veranstaltungen in Wahlkämpfen treten sie kaum öffentlich in Erscheinung. Bei der Bundestagswahl am 22. September 2002 erzielten die REP in Berlin lediglich 0,7 Prozent der Zweitstimmen und mussten damit im Vergleich zu den Bundestagswahlen 1998 einen Stimmenverlust von 1,7 Prozentpunkten hinnehmen. Die REP stellten sich mit einer Landesliste sowie zwei Direktmandaten in den Wahlkreisen Mitte und Spandau-Charlottenburg/Nord zur Wahl. Bei den Bundestagswahlen 1998 konnten sie noch in allen Wahlkreisen mit Direktkandidaten antreten.

2.3 Diskursorientierter Rechtsextremismus

2.3.1 „Deutsches Kolleg“ (DK)



Organisationsstruktur:	Schulungsorganisation
Mitgliederzahl:	Einzelpersonen
Entstehung/Gründung:	1994
Sitz:	Kontaktadresse Würzburg

Das „Deutsche Kolleg“ (DK) wurde 1994 als Nachfolgeorganisation des Berliner Leserkreises der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ gegründet. Das DK versteht sich als „Denkorgan des Deutschen Reiches“. Es erarbeitet theoretische Konzepte für ein völkisch geprägtes Deutsches Reich, anhand derer die „nationale Intelligenz“ geschult werden soll. Die geistige Führung übernahm

²⁸¹ Vgl. „Der Republikaner“ Nr. 7 - 8, 2002.

²⁸² Vgl. S. 63 f.

zunächst Dr. Reinhold OBERLERCHER. 1999 stießen Horst MAHLER und Uwe MEENEN zum DK. Seitdem intensiviert das DK die Arbeit an seinen programmatischen Ausarbeitungen und Schulungen. Sowohl MAHLER als auch OBERLERCHER waren bereits in der 68er-Bewegung aktiv. OBERLERCHER hatte nach eigenen Angaben eine führende Position in der „nationalen Fraktion“ des „Sozialistischen Studentenbund“ (SDS) inne und bezeichnet sich heute als „völkisch-germanischen Nationalmarxisten“. Das ehemalige RAF-Mitglied Horst MAHLER war NPD-Mitglied und Prozessbevollmächtigter der Partei im NPD-Verbotsverfahren. Kurz nach der Urteilsverkündung des Bundesverfassungsgerichts trat er öffentlichkeitswirksam aus der Partei aus. Beide sehen in ihrer nationalrevolutionären Programmatik die konsequente Fortführung der Ideologie der 68er-Bewegung.²⁸³

Das DK vertritt eine nationalrevolutionäre Ideologie, die Antiliberalismus, Antikapitalismus, Rassismus und Antisemitismus verbindet. Die Völker bestehen für das DK aus verschiedenen Rassen, die je ein geistiges Prinzip vertreten und sich damit feindlich gegenüber stehen. Während die Westmächte Frankreich und England für Liberalismus und Individualismus stünden, sei dem deutschen Volk die „Aufhebung des Gegensatzes zwischen dem einzelnen und dem Gemeinwesen in der selbstbewussten Volksgemeinschaft“ als Prinzip eigen.²⁸⁴ Die Siegermächte des 2. Weltkrieges hätten jedoch versucht, das deutsche Volk durch ein „System von Fremdherrschaft und Kollaboration“²⁸⁵ – gemeint ist die Bundesrepublik Deutschland – systematisch „umzuerziehen“:

„Die tiefste Mißachtung widerfährt uns darin, daß die Sieger die Seele unseres Volkes mit der Lüge morden und uns ein politisches System aufzwingen, in dem jene über uns bestimmen, die gar nicht mehr wissen, daß wir eine Seele haben.“²⁸⁶

Der Kampf gegen diesen „Seelenmord“ ist eines der wichtigsten Anliegen dieser rechtsextremistischen Gruppierung. Der innerlichen Reinhaltung des deutschen „Volksgeistes“ entspricht im Denken des DK die „rassisch reine“ Volksgemeinschaft. Die Orientierung an der Rasse müsse die zentrale Kategorie der Völker und Nationen werden.

²⁸³ „In der ersten Hälfte der 90er Jahre brachte der Theorie-SDS in die erwachende Nationalbewegung ein Programm und eine Strategie ein, die auf der vollendeten 68er Theorie gründete. Der Theorie-SDS rekonstruierte sich 1995 als „Deutsches Kolleg“ ... Aus: „Die Zukunft der 68er Idee“. Internetauftritt des DK, eingestellt am 1.3.2001.

²⁸⁴ Horst Mahler: Zur heilsgeschichtlichen Lage des Deutschen Reiches, Art. 69. Internetauftritt des DK, eingestellt am 15.6.2002.

²⁸⁵ DK-Flugblatt. Internetauftritt des DK, Aufruf am 25.9.2003.

²⁸⁶ Horst Mahler: Zur heilsgeschichtlichen Lage des Deutschen Reiches, Art. 177. Internetauftritt des DK, eingestellt am 15.6.2002.

„Der Neger ist dem Neger schön, das Schlitzauge dem Schlitzauge sympathisch, der Weiße dem Weißen anziehend. Dem Neger aber ist der Weiße ein Greuel, dem Weißen das Schlitzauge unheimlich. Der Itzig hält den Goy für ein Tier. Warum soll es unschicklich sein, darüber zu reden?“²⁸⁷

Gegenwärtig sei das deutsche Volk jedoch in seiner „nihilistischen und atomistischen Zersetzung“ durch massenhafte Einwanderung bedroht.²⁸⁸ Das DK hält einen Aufstand gegen diese Zustände für notwendig. „Nur ein Volk, das sich der Fremden erwehrt, bewahrt sein eigenes Leben.“²⁸⁹

Das staatspolitische Ziel des DK ist die Wiederherstellung des Deutschen Reiches unter der Führung der deutschen Fürsten. Nach Meinung der Denker des DK sei das Reich nicht untergegangen, sondern lebe fort „im Willen der Deutschen, die es noch sein wollen“.²⁹⁰ Für das künftig wiedererstehende Reich entwarf OBERLERCHER bereits eine Verfassung. In typisch national-revolutionärer Weise sieht er darin ein nach Gauen, Stämmen und Herzogtümern sowie nach Ständen gegliedertes Reich vor, das monarchische und militaristische mit autoritären und „sozialistischen“ Komponenten verbindet.

Antisemitismus nimmt in der Ideologie des DK eine zunehmend zentrale Rolle ein. Juden sind für das DK als „Anti-Volk“ „unser ewiger Feind“.²⁹¹ In gängiger antisemitischer Weise behaupten die Theoretiker des DK, „die Juden“ versuchten, aus Geld- und Machtgier die Welt mithilfe der liberalen kapitalistischen Ordnung unter ihre Herrschaft zu bringen. Ihr Ziel sei „die unangefochtene jüdische Weltherrschaft.“²⁹² Auch die oben genannte „Umerziehung“ sei ein Werk der Juden, um das deutsche Volk niederzuhalten.²⁹³ Es existiert für das DK nur eine Lösungsmöglichkeit:

„Die Judenemanzipation in ihrer letzten Bedeutung ist die Emanzipation der Menschheit vom Judentum.“ (Marx) Diese Erkenntnis – so fremd sie heute klingen mag – ist das A und O der Deutschen Revolution.“²⁹⁴

Diese Überlegungen des DK münden in einen offenen Revisionismus. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung werden geleugnet und antisemitische und volksverhetzende Ansichten verbreitet. In einer Erklärung des DK zum 20. Juli 2003 heißt es:

²⁸⁷ Ebenda, Art. 40.

²⁸⁸ Ebenda, Art. 47.

²⁸⁹ Ebenda, Art. 38.

²⁹⁰ Ebenda, Vorwort.

²⁹¹ Ebenda, Art. 18.

²⁹² „Terrorwarnung!“ Internetauftritt des DK, eingestellt am 10.7.2002.

²⁹³ Ebenda, Art. 207.

²⁹⁴ Ebenda, Art. 198 f.

„HITLER hatte recht, denn in der heroischen Niederlage, im Kampf bis zum bitteren Ende, erwarb das Deutsche Reich den geschichtlichen Anspruch einer ruhmvollen Wiederauferstehung. (...) Als Frevler gegen den Weltgeist haben sie [Anm.: die Verschwörer des 20. Juli 1944] Schande auf sich geladen (...). Verehrungswürdige Helden sind sie nur für die Kollaborateure, die sich mit den Feinden des Reiches gemein gemacht haben. (...) Das absehbare Ende des judäo-amerikanischen Imperiums wird die Wiederauferstehung der Idee der Volksgemeinschaft und des Deutschen Reiches mit sich bringen.“²⁹⁵

Die Schuld am Ersten und Zweiten Weltkrieg weist das DK allein den Westmächten zu, die Deutschland angegriffen hätten, da sie dessen geistige Führerschaft befürchteten. Das DK behauptet,

„... daß der von dem jüdischen Weltkongreß schon im März 1933 dem Deutschen Reich erklärte Krieg mit den mehr als 60 Millionen Kriegstoten einzig und allein zur Verteidigung der Weltmacht des Geldes, also der Welt Herrschaft der Juden, mit dem Ziel der totalen Vernichtung des Deutschen Reiches angezettelt worden“ sei.²⁹⁶

Die antidemokratischen Überlegungen des DK lehnen sich weitgehend an die der Nationalrevolutionäre um Ernst Jünger aus der zweiten Hälfte der 1920er Jahre an. Sie übernehmen deren Idee der Völker als Verbindung von „Rasse“ und „Geist“ und die Konzeption eines militärisch-autoritär gegliederten Staates auf der Basis der Volksgemeinschaft. Diese Theorien entwickeln sie mit der Behauptung des „Seelenmordes“ der „Umerziehung“ und des daraus folgenden notwendigen historischen Revisionismus fort.

Seine eigene Aufgabe sieht das DK darin, durch „Theorien, Schulungen, Programme, Erklärungen und Wortergreifungen“ die „nationale Intelligenz“ zu schulen. Es möchte damit einen „Beitrag zur Wiederherstellung der vollen Handlungsfähigkeit des Deutschen Volkes als Deutsches Reich“ leisten. Bevor es zum tatsächlichen Umsturz des politischen Systems kommen könne, müsse der Zeitgeist vom Liberalismus befreit und im „nationalen“ Sinne geprägt werden. Dabei will das DK die Führungsrolle übernehmen.

Das DK verbreitet die Texte MAHLERs und OBERLERCHERs hauptsächlich über das Internet. Eine weitere Aktionsform des DK sind die regelmäßig durchgeführten Schulungsseminare zu Themen der Wirtschaft, der Geschichte und der Philosophie. Die Seminare finden hauptsächlich in Thüringen statt.

Obwohl mit MAHLER einer der bekanntesten intellektuellen Rechtsextremisten Deutschlands beim DK mitwirkt, ist sowohl die gesamtgesellschaftliche als auch die scene-interne Wirkung des DK beschränkt. Die Konzeptionen des

²⁹⁵ Der 20. Juli als Tag des Gedenkens, Internetauftritt des DK.

²⁹⁶ Ebenda, Art. 113.

DK werden im diskursorientierten Rechtsextremismus zwar stark rezipiert, stoßen allerdings wegen ihres hohen Abstraktionsgrades und schweren Verständlichkeit oft auf Ablehnung.

Aufgrund des Artikels „Ausrufung des Aufstandes der Anständigen“ erhob die Staatsanwaltschaft Berlin Ende 2002 Anklage gegen die führenden Köpfe des DK wegen des Verdachts der Volksverhetzung.

2.3.2 „Freiheitlich-Unabhängig-National“ (FUN)

Organisationsstruktur:	Internetprojekt
Entstehung/Gründung:	2000, Ausschluss 2003

Die „FUN-Partei“ (FUN) wurde im Jahr 2000 im Rahmen der Internet-Politiksimulation „Democracy Online Today“ (dol2day) gegründet. Die Abkürzung FUN stand für „Freiheitlich-Unabhängig-National“. Die FUN war keine politische Partei im Sinne des Parteiengesetzes, sondern eine virtuelle Partei. Sie beschrieb sich als „Gemeinschaft deutscher Patrioten, eine freiheitliche und nationale Partei mit sozialer und ökologischer Gesinnung“.²⁹⁷ Sie wurde im Jahr 2003 von den „dol2day“-Betreibern aus der Simulation ausgeschlossen und hörte damit de facto auf zu existieren. Es entsprach verbreiteten Gepflogenheiten der virtuellen Politiksimulation, dass die Funktionäre der FUN-Partei unter Pseudonymen („Nicknames“) agierten.

„Dol2day“ ist ein Internetforum, in dem sich virtuelle Internet-Parteien in einem simulierten politischen Wettstreit miteinander befinden. Die meisten dieser Parteien sind nicht extremistisch, in einigen Fällen spiegeln sie sogar das reale Parteienspektrum wider. Neben dem virtuellen Wahlkampf um die Besetzung der Posten einer „Internetregierung“ bietet „dol2day“ offene Diskussionsforen für politische Themen. Jedes Mitglied kann Fragen zu politischen und gesellschaftlichen Themen zur Abstimmung stellen.

Die in der FUN organisierten Rechtsextremisten²⁹⁸ nutzten die Offenheit der virtuellen Politiksimulation dazu, ihre gesellschaftliche Isolation in der Anonymität des Internets zu durchbrechen. In ihrem Programm forderte die Partei „die friedliche Vollendung der Einheit Deutschlands im Einklang mit der Charta der Heimatvertriebenen und das Recht auf Heimat für alle Deutschen“. Ihre Website diente den Mitgliedern als „Kommunikations- und Informationsplattform“, von der aus rechtsextremistisches Gedankengut in Abstimmungen und Kampagnen verbreitet werden sollte. FUN-Mitglieder initiierten in der

²⁹⁷ Parteiprogramm. Internetauftritt der FUN, Aufruf am 21.2.2001.

²⁹⁸ Die FUN bestand nicht ausschließlich aus Extremisten.

Vergangenheit zahlreiche Abstimmungen über suggestive Fragen wie z. B. „Sind die derzeitigen Verfolgungsmaßnahmen gegen Nationale Vorboten einer neuen Gesinnungsdiktatur?“

Darüber hinaus suchte die FUN Kontakte zu diversen rechtsextremistischen Organisationen. So traf sich 2001 eine Delegation der FUN mit der Brandenburger Landtagsfraktion der „Deutschen Volksunion“ (⇒ DVU), mit der eine weitere Zusammenarbeit verabredet wurde.

2.3.3 „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS)

Organisationsstruktur:	regionale Stützpunkte, koordiniert durch Bundesleitung
Mitgliederzahl:	50 bundesweit
Entstehung/Gründung:	1999
Sitz:	Berlin
Publikationen:	„Gegenangriff“ (unregelmäßiges Erscheinen); „Wetterleuchten“ (meist jährlich)

Der „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS) ist eine der heterogensten Organisationen des deutschen Rechtsextremismus. In ihm vereinen sich aktionsorientierte und diskursorientierte Rechtsextremisten. Während die aktionsorientierten Rechtsextremisten meist eine neonazistische Ideologie vertreten, sind die diskursorientierten eher nationalrevolutionär ausgerichtet. Eine funktionierende hierarchische Gliederung hat der am 1. Mai 1999 gegründete KDS nur in Ansätzen. Er besteht aus einer Vielzahl von Gauen, Sektionen und Bezirken, über denen offiziell eine vierköpfige Führungsgruppe angesiedelt ist. Das offizielle Organ des KDS ist der „Gegenangriff“. Als „Theorieorgan“ fungiert die Zeitschrift „Wetterleuchten“. Beide werden vor allem im Internet verbreitet. Daneben existiert eine Anzahl kleinerer KDS-Publikationen.

Der KDS in seiner Gesamtheit vertritt weder ein einheitliches Programm noch eine einheitliche Ideologie. Er bezeichnet sich selbst als „partei- und organisationsunabhängige(n) Zusammenschluss auf der Basis des Bekenntnisses zu Volk und Heimat“.²⁹⁹ Als programmatische Grundlage dient die „Langener Erklärung“. Dieses Gründungsmanifest enthält jedoch weniger eine ausgearbeitete Programmatik als vielmehr einen allgemein gehaltenen Aufruf zur Mitarbeit.

Einig sind sich die Mitglieder des KDS in der Betonung des Nationalstaats und der Ablehnung aller „internationalen“ Tendenzen. Jedes Volk habe das Recht auf Selbstbestimmung. Diese sei durch „internationalistische“ Bestrebungen

²⁹⁹ Internetauftritt des KDS, Aufruf am 4.3.2003.

wie Imperialismus, Kapitalismus, Liberalismus und Globalisierung bedroht („One-World-Terror“). Dem setzt der KDS die nationalrevolutionäre Idee einer friedlichen Völkergemeinschaft selbstbestimmter, autoritär regierter Nationalstaaten mit je unterschiedlich ausgeprägter „sozialistischer“ Wirtschaftsform entgegen. Sozialismus bedeutet hier, den Nationalstaat als „sozialen Schutzraum zu erhalten“ vor dem „internationalen Kapital“. Als Triebkräfte der Globalisierung und des Imperialismus klagt der KDS vor allem die USA und Israel an. Auf diesem Wege mischen sich auch antisemitische Töne und Parolen in Aussagen des KDS. Seine Ziele fasst der KDS zusammen in dem Aufruf: „Gegen ‚One-World-Gesellschaft‘ und gegen die Diktatur des Kapitals! Für das Selbstbestimmungsrecht der Völker!“³⁰⁰ Dieses knappe Programm ermöglicht es dem KDS, sich zugleich auf Joseph GOEBBELS, Friedrich ENGELS und Ernst THÄLMANN zu berufen und in Jassir ARAFAT, Slobodan MILOSEVIC, KIM Jong Il und Saddam HUSSEIN zeitgenössische Vorbilder im Befreiungskampf gegen „US-Imperialisten“ zu sehen.

Die Berliner Organisationseinheit des KDS ist nationalrevolutionär bis nationalbolschewistisch geprägt und beinahe ausschließlich diskursorientiert. Sie nimmt im KDS eine gewisse Sonderrolle ein. Während vor allem in westdeutschen Organisationseinheiten des KDS in Anlehnung an die ehemalige ANS/NA des Michael KÜHNEN die NS-Verherrlichung dominiert, vertritt der Berliner KDS mit der Verehrung ehemaliger SED-Größen eine „linke“ Position im KDS.

Die stärker antikapitalistische Ausrichtung der Berliner KDS-Abteilung wird unter anderem in der von ihr herausgegebenen Publikation „Wetterleuchten“ deutlich. Über mehrere Ausgaben hinweg werden hier sieben „Grundsätze eines Sozialistischen Nationalismus“ abgehandelt. Diese haben stets einen theoretisch und kulturkritisch begründeten, antisemitisch und antiamerikanisch aufgeladenen Antikapitalismus und Antiliberalismus zum Inhalt. In eher links-extremistischer Diktion lautet der 4. Grundsatz: „Der internationale Kapitalismus ist der Hauptfeind aller schaffenden Völker.“³⁰¹ Der darauf folgende 5. Grundsatz stellt jedoch klar, dass der Marxismus ebenso wie der Kapitalismus zu verurteilen ist. „Der internationale Sozialismus marxistischer Prägung ist der Komplize des internationalen Kapitals.“³⁰²

Der KDS versteht sich als „Diskussions- und Kampfforum“. Sein Ziel, ein politischer Faktor im Land zu werden, möchte der KDS über eine „Annäherung

³⁰⁰ „Langener Erklärung“. Internetauftritt des KDS, Aufruf am 4.3.2003.

³⁰¹ „Wetterleuchten“, Nr. 5. Internetauftritt des KDS, Aufruf am 5.3.2003.

³⁰² „Wetterleuchten“, Nr. 6. Internetauftritt des KDS, Aufruf am 23.4.2003.

‚rechter‘ und ‚linker‘ Sozialisten“ erreichen. Daher wird die „Zusammenarbeit aller gutwilligen und der deutschen Sache verschriebenen revolutionären Kräfte“ angemahnt.³⁰³ Bundesweit erzielt der KDS jedoch nur eine geringe Resonanz. Den KDS-Funktionären gelingt es nicht, die umworbenen extremistischen Kräfte unter ihrer Führung zusammen zu fassen. Dies verhindert auch die unorthodoxe Mischung von links- und rechtsextremistischen Ideologieelementen.

Der Berliner KDS fällt in der Öffentlichkeit meist nur durch unerwartete symbolische Aktionen wie einer Grußadresse an Saddam HUSSEIN auf. Seine Aktivitäten beschränken sich beinahe ausschließlich auf interne Schulungsveranstaltungen und vereinsähnliche Treffen. Aufsehen erregte der KDS vor allem, als einzelne Mitglieder im Jahr 2002 wiederholt in der irakischen Botschaft empfangen wurden. Von dem Ziel, ein politischer Faktor im Land zu werden, ist der gesamte KDS ebenso wie die Berliner Organisationseinheit weit entfernt.

2.3.4 „Nation & Europa – Deutsche Monatshefte“

Organisationsstruktur:	Zeitschrift
Sitz:	Nation Europa Verlag GmbH, Coburg
Herausgeber:	Peter DEHOUST
Entstehung/Gründung:	1951
Auflage:	überregional, monatlich 14 500 (2002: 14 500)

Die Zeitschrift „Nation & Europa – Deutsche Monatshefte“ wurde 1951 von dem ehemaligen SS-Sturmbannführer Arthur EHRHARDT gegründet. Sie erschien unter wechselnden Titeln, zuletzt bis 1990 als „Nation Europa – Deutsche Rundschau“. Herausgegeben wird die Zeitschrift monatlich (gelegentlich zweimonatlich) von Peter DEHOUST und Harald NEUBAUER. DEHOUST war Funktionär der NPD, der „Gesellschaft für freie Publizistik“ und der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH). NEUBAUER trat als Funktionär der NPD (⇒), als Redakteur im DSZ-Verlag Gerhard FREYs (⇒ DVU), als Funktionär der Partei „Die Republikaner“ (⇒) und der DLVH in Erscheinung. Zeitweilig trat auch Adolf von THADDEN (Vorsitzender der NPD von 1967 - 1971) als Mitherausgeber auf. Zur Redaktionsgemeinschaft gehört außerdem Karl RICHTER. RICHTER ist ebenfalls Vorstandsmitglied der „Gesellschaft für freie Publizistik“ und Mitarbeiter im rechtsextremistischen Grabert-Verlag. Der zugehörigen „Nation Europa Verlags GmbH“ ist ein Versandbuchhandel mit einem umfangreichen Angebot rechtsextremistischer Literatur angegliedert.

³⁰³ „Langener Erklärung“. Internetauftritt des KDS, Aufruf am 4.3.2003. Dieses Konzept wird meist als „Querfront“-Strategie bezeichnet.

„Nation & Europa“ versteht sich als überparteiliches Theorie- und Strategieorgan. Laut ihrer Web-Seite ergreift die Zeitschrift allerdings Partei „[f]ür ein einiges Deutschland in einem Europa freier Völker und für den Nationalstaat als bewährtes Ordnungsprinzip.“ Sie agitiert gegen einen „EU-Vielvölkerstaat“, den „Ausverkauf nationaler Lebensinteressen“ und die „multikulturelle Zerstörung der Volksidentität durch Masseneinwanderung und Asylmissbrauch“.³⁰⁴ Sie besetzt damit traditionelle rechtsextremistische Themenfelder und verbreitet Überfremdungsängste im Zusammenhang mit der europäischen Einigung und der Globalisierung.

Die Zeitschrift bemüht sich um eine intellektuelle Vernetzung europäischer Rechtsextremisten. Die organisationsübergreifende Bedeutung und die weitreichenden Verbindungen der Zeitschrift werden an den Gastbeiträgen in- und ausländischer Autoren deutlich. Diese finden in „Nation & Europa“ ein Diskussionsforum und eine Plattform zur Verbreitung ihres Gedankenguts.

2.3.5 Revisionismus

Revisionismus ist eine Sammelbezeichnung für „politisch motivierte Umdeutungen durch einseitige, leugnende, relativierende oder verharmlosende Darstellungen der Zeit des Dritten Reiches“.³⁰⁵ Revisionisten benutzen pseudowissenschaftliche Argumente, um ihre rechtsextremistischen Positionen zu rechtfertigen und moralisch zu entlasten. Typische Argumente der Revisionisten sind:

- die Leugnung der Kriegsschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg,
- die Umdeutung des Angriffskrieges Adolf HITLERs gegen die Sowjetunion als notwendigen Präventivkrieg gegen die „bolschewistische Expansion“,
- die Leugnung der Existenz oder des Umfangs des Holocaust,
- das „Aufrechnen“ der NS-Verbrechen mit den alliierten Bombenangriffen gegen deutsche Städte oder den Vertreibungen von „Volksdeutschen“ nach Ende des Zweiten Weltkrieges,
- die Betonung vermeintlich positiver Leistungen des NS-Regimes („Autobahn-Bau“, „Arbeitslosigkeit gesenkt“) oder die Argumentation, der Nationalsozialismus sei eigentlich eine gute Idee gewesen, die nur schlecht ausgeführt worden sei.

³⁰⁴ Internetauftritt von N&E, Aufruf am 25.9.2003.

³⁰⁵ Armin Pfahl-Traugher: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. 2. Aufl. München 2000, S. 47.

Die Veröffentlichung revisionistischer Literatur setzte in den 50er Jahren ein. Bekannt wurden Autoren wie Peter KLEIST („Auch Du warst dabei“), David HOGGAN („Der erzwungene Krieg. Die Ursachen und Urheber des Zweiten Weltkriegs“) und Udo WALENDY („Wahrheit für Deutschland. Die Schuldfrage des zweiten Weltkriegs“). Der Revisionismus ist kein Phänomen, das auf Deutschland beschränkt ist, sondern spielt vor allem in den USA³⁰⁶ aber auch im europäischen Ausland eine Rolle.³⁰⁷

Da die Leugnung des Holocaust in Deutschland strafbar ist (§ 130 Abs. 3 StGB), agierten die Propagandisten der „Auschwitz-Lüge“ vor allem vom Ausland aus, so bis zu seinem Tod Thies CHRISTOPHERSEN („Die Auschwitz-Lüge“) und Ernst ZÜNDEL. Von besonderer Bedeutung sind der „Leuchter-Report“, der im Zusammenhang mit dem Prozess gegen den in Kanada lebenden ZÜNDEL verfasst wurde, und das „Rudolf-Gutachten“ des deutschen Rechtsextremisten Gernar RUDOLF. Hier wird mit pseudo-naturwissenschaftlichen Methoden versucht, die Massenermordung in Auschwitz als technisch unmöglich darzustellen.³⁰⁸

³⁰⁶ „Institute for Historical Review“ in Kalifornien.

³⁰⁷ „Vrij Historisch Onderzoek“ in Belgien, Paul Rassinier und Robert Faurisson in Frankreich, David Irving in Großbritannien.

³⁰⁸ Vgl. S. 70 ff.

3 Linksextremismus

3.1 Linksextremistische Parteien

3.1.1 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)



Organisationsstruktur:	Partei
Entstehung/Gründung:	25. September 1968
Mitgliederzahl:	4 500 bundesweit (2002: 4 500), 130 in Berlin (2002: 140)
Sitz:	Essen
Publikation:	„Unsere Zeit“ (UZ / wöchentlich)

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) wurde am 25. September 1968 von früheren Funktionären der 1956 verbotenen „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) gegründet. Der Aufbau einer Parteiorganisation in Berlin begann 1990.³⁰⁹

In einem Leitantrag vom 15. Parteitag (Juni 2000) hält die Partei am Marxismus-Leninismus fest und bekennt sich zur revolutionären Überwindung der bestehenden Gesellschaftsordnung in Deutschland.

„Das Ziel der DKP ist der Sozialismus als erste Stufe auf dem Weg zur klassenlosen Gesellschaft. Sie strebt den grundlegenden Bruch mit den kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen an, orientiert auf die Arbeiterklasse als entscheidende gesellschaftsverändernde Kraft. Grundlage ihres Handelns ist die wissenschaftliche Theorie von Marx, Engels und Lenin, die sie entsprechend ihrer Möglichkeiten weiterentwickelt.“³¹⁰

Eine davon abweichende Programmvorlage für den 16. Parteitag vom 30. November bis 1. Dezember 2002 wurde nicht beschlossen.

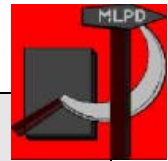
Die DKP ist als Partei weitgehend bedeutungslos: bei der Bundestagswahl 2002 trat sie mit zwei Direktkandidaten an und errang in Berlin mit einem örtlichen Mitgliederpotenzial von ca. 130 Personen 538 Stimmen (0,02 Prozent). Mitglieder der DKP wirkten 2003 in starkem Umfang bei der Organisation der „Anti-Kriegs-Demo“ am 15. Februar sowie bei weiteren Anti-Irak-Kriegs-Aktionen unter Beteiligung anderer extremistischer Organisationen mit. Stark

³⁰⁹ Während der Teilung Deutschlands gab es aufgrund von Chruschtschows „Drei-Staaten-Theorie“ (Deutschland zerfalle in drei Staaten: BRD, DDR, Berlin) in Berlin keinen Landesverband der DKP. Statt dessen gründete sich die „Sozialistische Einheitspartei Westberlins“ (SEW), die ebenso wie die DKP massiv durch die DDR unterstützt wurde. Nachfolgerin der SEW wurde 1990 die „Sozialistische Initiative“ (SI), welche sich 1991 schon wieder auflöste. Sie propagierte einen Erneuerungsprozess hin zu einem „zutiefst demokratischen Sozialismus“ (Leitgedanken für Grundsätze und Ziele der SI, in: Verfassungsschutzbericht Berlin 1990, S. 64). Noch im gleichen Jahr haben „SEW- und SI-Mitglieder, die in der Wandlung der SEW zur SI eine Abkehr von der Klassenpartei sahen, einen DKP-Gruppe Berlin gegründet“, ebenda, S. 66.

³¹⁰ Die DKP – Partei der Arbeiterklasse – Ihr politischer Platz heute, in: DKP-Informationen Nr. 3/2000 vom 15.6.2000, S. 24.

engagiert und beteiligt war die DKP in Berlin auch bei der Organisation und Durchführung der Luxemburg-Liebkecht (LL)-Demonstration am 11. Januar.

3.1.2 „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)



Organisationsstruktur:	Partei
Entstehung/Gründung:	Juni 1982
Mitgliederzahl:	2 000 bundesweit (2002: 2 000), 80 in Berlin (2002: 100)
Sitz:	Gelsenkirchen
Publikationen:	„Rote Fahne“ (wöchentlich); „Lernen und Kämpfen“ (mehrmals jährlich); „REBELL“ (Magazin des Jugendverbandes „Rebell“ / monatlich)

Die 1982 in Bochum gegründete „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) bekennt sich zur Theorie des Marxismus-Leninismus in der Interpretation durch Stalin und Mao ZEDONG. Sie ist hervorgegangen aus dem „Kommunistischen Arbeiterverband Deutschlands“ (KABD)³¹¹ und rechtfertigt ihre Existenz aus dem ihrer Meinung nach „Versagen“ der 1956 durch das Bundesverfassungsgericht verbotenen KPD als revolutionäre Vorhut der deutschen Arbeiterklasse. Die kommunistischen Parteien in Deutschland hätten sich der Entwicklung nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 angeschlossen, in dessen Folge sowohl in der UdSSR als auch in der DDR eine „kleinbürgerliche Bürokratie [...] zu einer bürokratischen Kapitalistenklasse neuen Typs“³¹² entartet sei. Infolge dessen sei der Aufbau einer Partei neuen Typs unausweichlich gewesen, um die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Der VI. Parteitag 1999 definierte als Ziel den Übergang zum Sozialismus, der durch Klassenkampf auf unterschiedlichen Ebenen erreicht werde:

„Der Übergang zur Arbeiteroffensive, der Übergang zur akut revolutionären Situation, der Übergang zur Partei der Massen und von der Partei der Massen zur revolutionären Massenpartei, der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, vom Sturz der Diktatur der Monopole zur Errichtung der Diktatur des Proletariats.“³¹³

Damit steht die Partei im Gegensatz zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Der politische Einfluss der Partei ist gering. Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 2001 erhielt die MLPD lediglich 1 191 Stimmen. An der Bundestagswahl 2002 nahm die Partei nicht teil.

³¹¹ Der Zusammenschluss besteht seit 1972 aus der „Kommunistischen Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten (Revolutionärer Weg)“ und dem „Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands (Marxisten-Leninisten)“.

³¹² Internetauftritt der Partei.

³¹³ Internetauftritt der Partei.

Die öffentlichen Aktivitäten der MLPD beschränkten sich 2003 im Wesentlichen auf die Teilnahme und Durchführung von Demonstrationen. Eigene Veranstaltungen waren beispielsweise eine eigene Kundgebung im Rahmen des Stillen Luxemburg-Liebknecht-Gedenkens in Lichtenberg am 12. Januar sowie mehrere Protestaufmärsche in Neukölln gegen den Irakkrieg.

3.2 Aktions- und strategieorientierter Linksextremismus

3.2.1 „Antifaschistische Aktion Berlin“ (AAB)

Organisationsstruktur:	Gruppe mit fester Struktur
Entstehung/Gründung:	1993 bis 2003 in Berlin
Mitgliederzahl:	zuletzt 70 in Berlin (2002: 30)
Sitz:	Berlin
Publikation:	Flug- und Faltblätter



Die „Antifaschistische Aktion Berlin“ (AAB) wurde Mitte 1993 in Berlin von militanten Autonomen aus Passau – zunächst unter der Bezeichnung „Antifa A+P (Agitation und Praxis)“ - gegründet. Sie war bis zu ihrer Auflösung eine der mitgliederstärksten und politisch aktivsten autonomen „Antifa“-Gruppen in Berlin.

Auf ihrer professionell gestalteten Internet-Homepage bot sie neben grundlegenden Ausführungen - etwa zum praktizierten Antifaschismus - Diskussionsforen, aktuelle Informationen zu Aktionsschwerpunkten und Kampagnen sowie überregionalen Aktivitäten. Die AAB war aufgrund ihres bundesweiten Bekanntheitsgrades in der Lage, zu Großereignissen mehrere hundert Sympathisanten zu mobilisieren.

Ihr vorrangiges Ziel war der Aufbau verbindlicher „Antifa“-Strukturen in Berlin und Umgebung. Hierzu zählten formelle Aufnahmekriterien für neue Mitglieder sowie funktionierende Kommunikationsformen und -wege. Die Gruppe propagierte einen militanten Antifaschismus, der sich direkt gegen tatsächliche und vermeintliche „Nazis“ richtete. Darüber hinaus begriff die AAB den Kampf gegen „faschistische Umtriebe“ auch als Kampf gegen die in der Bundesrepublik herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen. Sie sah die tieferliegenden Ursachen dieses „Faschismus“ in den postulierten Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrukturen des herrschenden Gesellschaftssystems:

„Die bürgerliche Gesellschaft beruht nicht nur auf einem gewalttätigen Gründungsakt (ursprüngliche Akkumulation, Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln, Kolonialismus etc.), sie hat darüber hinaus auch eine gewalttätige und kriegerische Durchsetzungsgeschichte. [...] In dem Maße, wie die Selbstlegitimierung der bürgerlichen Gesellschaft Gewalt ausgrenzt,

schafft sie sich einen Gegenstand der Begierde – die faschistische Versuchung.³¹⁴

Die AAB war der im Jahre 2001 aufgelösten „Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation“ (AA/BO) angeschlossen und nahm regelmäßig an deren Treffen teil. Aus dieser Zeit verfügte sie bundesweit über Kontakte zu weiteren autonomen Gruppen.³¹⁵

Nach eigener Darstellung hat sich die AAB am 13. Februar 2003 „aufgelöst“ und in zwei etwa gleich starke Gruppen – die „Antifaschistische Linke Berlin“ (⇒ ALB) und die Gruppe „Kritik & Praxis B3rlin“ (⇒ KP) - gespalten.³¹⁶

„Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB)

Organisationsstruktur:	Gruppe mit fester Struktur
Entstehung/Gründung:	2003 in Berlin
Mitgliederzahl:	30
Sitz:	Berlin
Publikation:	Flug- und Faltblätter

Dieser aktionsbezogenere Teil der ehemaligen AAB trat ab März 2003 als „Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB) öffentlich in Erscheinung.

Die Veröffentlichungen und Positionserklärungen der ALB machen deutlich, dass sie die Nachfolgeorganisation der AAB ist. Das maßgebliche Personenpotenzial der ehemaligen AAB führt politische Absichten und praktische Aktionsformen als ALB fort.

Sie verfolgt Ziele, die gegen den Bestand der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtet sind. So propagierte die ALB mit ihrem Aufruf zu Protesten gegen den Irak-Krieg weitergehende Ziele: „NO NATION – NO WAR – NO CAPITALISM! - WE WILL STOP YOU!“ und verwendete Slogans wie „SMASH CAPITALISM!“

³¹⁴ Internetauftritt der „Antifaschistischen Aktion Berlin“: Gewalt in der bürgerlichen Gesellschaft, 11.6.2002.

³¹⁵ Landesamt für Verfassungsschutz Berlin: Antifa heißt Angriff – Durchblicke Nr. 10, Berlin 1999.

³¹⁶ Vgl. S. 97 ff.

„Kritik & Praxis B3rlin“ (KP)

Organisationsstruktur:	Gruppe mit fester Struktur
Entstehung/Gründung:	2003 in Berlin
Mitgliederzahl:	30 in Berlin
Sitz:	Berlin
Publikation:	Flug- und Faltblätter

„Kritik & Praxis B3rlin“ (KP) versteht sich als den Flügel der ehemaligen „Antifaschistischen Aktion Berlin“ (⇒ AAB), der durch fundierte Theoriearbeit eine Langzeitperspektive für die Systemüberwindung entwickeln möchte und weniger aktionsbezogen agiert.

Eine verstärkte Erarbeitung inhaltlicher Standpunkte und einer fundierten Kapitalismuskritik sei angesichts der Orientierungslosigkeit der [extremen] Linken erforderlich. Hierzu sei eine einigende, strömungsübergreifende Ausrichtung fehl am Platz, weil gerade die Bereitschaft zur offensiven Auseinandersetzung mit anderen Positionen notwendig sei. Dementsprechend werde künftig Antifaschismus nicht mehr der Dreh- und Angelpunkt der Argumentation der KP sein.

In Ablösung von der dominierenden antifaschistischen Ausrichtung der AAB orientiert sich KP nunmehr stärker auf das Themenfeld ‚Antikapitalismus‘. In einer Selbstdarstellung bezeichnet sich KP als „ein antikapitalistisches Projekt [...], das versucht theoretisch fundierte Positionen zu erarbeiten und mit praktisch eingreifender Politik zu verbinden.“³¹⁷ Als Ziel verfolgt KP hierbei den Kommunismus als „ein Projekt der Negation des Kapitalismus“³¹⁸:

„Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. [...] Die Bewegung aber ist nicht abstrakt, sondern erscheint in verschiedenen politischen Bewegungen. Es gilt zu sichten, welche Theorie sich selbst als „eingreifende“ zur Aufhebung des Bestehenden, sich selbst als Teil der Praxis der Subversion versteht und welche Argumente sie anführt, zentrale Bestimmungen des herrschenden Kapitalismus zu treffen.“³¹⁹

Ogleich die Gruppe KP im Berichtsjahr durch zahlreiche Demonstrationsanmeldungen und Aktionen in Erscheinung getreten ist, betont sie dennoch ihre von der ALB abweichende Position, wonach der Schwerpunkt der politischen Arbeit in einer theoretischen Fundierung liegt:

„Marx hat wenig über Kommunismus und viel über Kapitalismus geschrieben, was als Fingerzeig gelesen werden kann, auf welchem Feld die Schlacht um den Kommunismus als Negation des Status Quo geschlagen wird. Die

³¹⁷ Internetauftritt von KP, Veröffentlichung zum internationalen Kongress „Interdeterminante Kommunismus“ vom 7. - 9.11.2003 in Frankfurt.

³¹⁸ Ebenda.

³¹⁹ Ebenda.

Aufhebung des jetzigen Zustands ist für keine Bewegung ohne dessen Analyse zu haben.³²⁰

KP verdeutlicht mit dieser Äußerung, dass die Gruppe mit ihrer marxistischen Orientierung gegen den Fortbestand einer freiheitlichen demokratischen Gesellschaftsordnung gerichtet ist:

„Kommunismus verstehen wir dabei als ein Projekt der Negation des Kapitalismus: Als Herausforderung an politische Praxis, die im Bestehenden ansetzen, sich aber beständig fragen muss, welche Dimension dieser grundsätzlichen Ablehnung ihre Praxis von der Affirmation unterscheidet“³²¹

3.2.2 Autonome

Entstehung/Gründung:	ab 1980
Mitgliederzahl:	5 000 bundesweit (2002: 5 000), 1 080 in Berlin (2001: 1 040)

Berlin bildet einen regionalen Schwerpunkt der autonomen Szene in Deutschland.

Die Anfänge der autonomen Szene reichen zurück bis zum Beginn der 80er Jahre. Aus Kreisen weder organisationsgebundener noch im traditionellen Sinne ideologisch festgelegter, so genannter undogmatischer Linksextremisten erschienen damals Thesen und Diskussionspapiere, deren Verfasser sich als „autonom“ bezeichneten. Sie sprachen von einer „neuen autonomen Protestbewegung“, die den „Koloss Staat“ mit dezentralen Aktionen, mit „Phantasie und Flexibilität“, mit „vielfältigen Widerstandsformen auf allen Ebenen“ angreifen müsse. Es gelte, „den bürgerlichen Staat zu zerschlagen“.

Der Einsatz von „befreiender Gewalt“ – sowohl gegen Menschen als auch gegen Objekte – als politisches Mittel gegen die „strukturelle Gewalt“ der Gesellschaft und des Staates,³²² stellt für die autonome Szene ein unverzichtbares Element ihrer „revolutionären Politik“ dar.³²³ Während sie ihren unversöhnlichen Hass auf das politische und gesellschaftliche System durch gezielte

³²⁰ Internetauftritt von KP.

³²¹ Internetveröffentlichung vom 15.12.2003.

³²² Vgl. Fridolin: Wo ist Behle? (Es handelt sich um ein unter Pseudonym geschriebenes Papier, das sich mit strategischen Fragen, auch dem Einsatz von Gewalt, auseinandersetzt und im März 1998 im „INTERIM“-Sonderheft „Bewegung – Militanz – Kampagne“ veröffentlicht wurde.)

³²³ Die Bandbreite an Aktionsformen reicht von Demonstrationen, Informations- bzw. Diskussionsveranstaltungen, Vorträgen, Ausstellungen, der Herausgabe von Steckbriefen über politische Gegner, Flugblättern und Broschüren über Störaktionen, Blockaden, Brandanschläge und andere Sachbeschädigungen bis hin zu Überfällen auf tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten, wobei im Extremfall der Tod des Opfers billigend in Kauf genommen wird.

militante, bisweilen terroristische Aktionen zum Ausdruck bringt, lehnt sie zugleich das staatliche Gewaltmonopol kategorisch ab:

„Manche werfen ihren ersten Stein als offensiven Akt der Befreiung, andere aus Notwehr gegen die Bullen. Aber allen ist gemeinsam, dass die Militanz zum identitätsstiftenden, prägenden Bestandteil der Bewegungserfahrung wird.“³²⁴

Ihre Aktionsfelder beziehen sich auf Themen, die in hohem Maße polarisieren: Faschismus, Imperialismus, Kapitalismus, Militarismus, Rassismus, Sexismus werden als wesentliche Bestandteile des herrschenden politischen Systems betrachtet, das es abzuschaffen gilt. Die Autonomen diffamieren den Verfassungsstaat, lehnen das parlamentarische System ab und vertreten Versatzstücke kommunistischen und anarchistischen Gedankenguts. Das Ziel besteht darin, eine „unterdrückungsfreie Gesellschaftsordnung“ zu erkämpfen. Ihre Ziele versuchen die Autonomen regelmäßig mittels Anschlägen zumeist gegen Firmen oder staatliche Stellen, die in ihren Augen das System repräsentieren, der Öffentlichkeit zu vermitteln.³²⁵

Die Auseinandersetzung mit den Themen Antifaschismus, Antimilitarismus, Antiimperialismus, Antisexismus, Antikapitalismus und Antirassismus verläuft dabei nicht in geraden Linien: Zum einen ist eine geschlossene theoretische Fundierung vielen Anhängern verdächtig, da sie ihrem Anspruch, autonom zu leben, widerspricht. Zum anderen suchen sie, Protestbewegungen zu instrumentalisieren, um über sie – mit unterschiedlichem Erfolg – ihre Ideologie zu vermitteln. Das Verhältnis zur Theorie ist bei den einzelnen Gruppierungen der Autonomen unterschiedlich. Zu nennen sind zum einen die so genannten Altautonomen, die sich der autonomen Szene seit deren Entstehung³²⁶ bis Mitte der 80er Jahre anschlossen. Sie suchten die Vernetzung mit Hausbesetzern und bürgerlichen Protestbewegungen wie AKW-Kritikern, Startbahn-West-Gegnern und der Friedensbewegung.³²⁷ In ihrer Selbstsicht verstehen sie sich als gesellschaftliche Avantgarde.³²⁸

³²⁴ Mehr als nur eine kämpferische Haltung: Autonome Militanz: In: Autorenkollektiv AG Grauwacke: Autonome in Bewegung. Berlin 2003, S. 141 - 160, hier S. 142.

³²⁵ Vgl. S. 81 ff.

³²⁶ Die öffentliche Rekrutenvereidigung in Bremen am 6.5.1980, die zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten führte, gilt als die Geburtsstunde der autonomen Szene in Deutschland. Die Gewaltwelle der Jahre 1980/81 blieb bisher der quantitative Höhepunkt dieser Szene. Vgl. Verfassungsschutzbericht Berlin 1995, S. 14 ff.

³²⁷ Bürgerinitiativen, die sich in den benannten Bereichen engagiert haben, sind nicht Gegenstand der Beobachtung des Verfassungsschutzes. Jedoch haben Vertreter des autonomen Spektrums häufig versucht, Protestbewegungen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Dies gelang in unterschiedlicher Intensität und mit wechselnder Nachhaltigkeit.

³²⁸ Fridolin: Wo ist Behle? S. 24 (Internet-Ausgabe).

„Unser Problem besteht vielmehr darin, es mit einer Bevölkerung zu tun zu haben, die zum überwiegend großen Teil mit den hier herrschenden Verhältnissen identifiziert ist, und zwar unabhängig davon, inwieweit diese ihr zum Vorteil gereichen oder nicht.“

Die Altautonomen gehören einem zahlenmäßig kleinen, ideologisch gefestigten und besonders theoretisch fundierten Kreis mit engen persönlichen Verbindungen an, der über sceneinterne Autorität verfügt und vorwiegend klandestin, abseits vom Tagesgeschehen operiert.

Von diesen Autonomen der ersten Generation sind jene zu unterscheiden, die ebenfalls stark motiviert sind, allerdings erst ab den späten 80er Jahren zur Szene stießen. Sie bilden gegenwärtig den harten Kern und sind federführend bei der Organisation von Veranstaltungen, Protestaktionen und Anschlägen. Sie sind ideologisch gefestigt, verfügen jedoch nur selten über ein ähnlich theoretisch fundiertes Wissen wie die Altautonomen.³²⁹

Aufgrund ihrer aktionistisch ausgerichteten Vorgehensweise binden und rekrutieren sie Autonome der jungen Generation. Deren Mitglieder fluktuieren stark, sind zumeist im Ausbildungsalter und haben oft lediglich vage linksextremistische Vorstellungen.³³⁰ Sie haben ein hohes Aggressionspotenzial, das sich ein Ventil im Hass auf das politische und gesellschaftliche System sucht.

Verbindendes Element zwischen den Generationen der Autonomen ist die in Teilen hasserfüllte Ablehnung der bestehenden staatlichen Ordnung. Im Unterschied zu den Altautonomen und denen der zweiten Generation verfügen die Jugendlichen jedoch zumeist nicht über konkrete politische Vorstellungen, wie eine Gesellschaftsordnung nach der beabsichtigten Zerschlagung des bestehenden demokratischen Verfassungsstaates aussehen soll. Dieses jugendliche Mobilisierungspotenzial instrumentalisieren die in ihrer Weltanschauung gefestigten Autonomen zur Umsetzung ihrer Aktionen.³³¹

Mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus Ende der 80er Jahre begann auch eine Erosion der linksextremistischen autonomen Szene. Die Staaten, die sich als Gegenmodell zur marktwirtschaftlich organisierten Welt verstanden, übernahmen sukzessive das von den Autonomen bekämpfte „kapitali-

³²⁹ Vgl. „INTERIM“ Nr. 475, 22.4.1999, S. 26 ff. Die Ästhetik des Widerstands: „Soziale Bewegungen und als ein Teil davon die Autonomen waren ein ernstzunehmender Faktor der Gesellschaft. Dies hat sich seit Ende der 80er Jahre geändert. Wenn man nur noch eine x-beliebige Subkultur in einer beliebigen Gesellschaft ist, hat das keine Sprengkraft mehr.“

³³⁰ Vgl. Matthias Mletzko: Merkmale politisch motivierter Gewalttaten von militanten autonomen Gruppen, S. 12: „Die schwammige Vorstellung einer unterdrückungsfreien Gesellschaftsordnung erschöpft sich meistens in Forderungen nach ‚grundsätzlicher Gleichheit der Menschen, nach Selbstbestimmung und menschenwürdigen Lebensbedingungen‘.“

³³¹ Vgl. S. 87 ff.

stische“ System. Nennenswerte Gegengewichte zur „kapitalistischen Verwertungslogik“ (Szenejargon) gab es kaum noch. Ideologische Konzeptionslosigkeit und Legitimationsdefizite gegenüber der Bevölkerung im eigenen Land sorgten für einen kontinuierlichen zahlenmäßigen Rückgang der Autonomen.

Seit Beginn der 90er Jahre verstärkte sich aufgrund einer wachsenden Kritik an der Unverbindlichkeit autonomer Strukturen die Tendenz, auch innerhalb des autonomen Lagers Organisationsmodelle zu erproben, um zu einer dauerhaften Umsetzung von Theorie in Praxis zu gelangen. Insbesondere im Bereich des Antifaschismus (\Rightarrow AAB) wurden Vorstöße unternommen, die allerdings nur einen Teil der Szene erfassten und sich als nicht beständig erwiesen. Die Autonomen sind zunehmend zerstritten. Individuelle und gruppenegoistische Interessen beeinträchtigten sie in ihrer Handlungsfähigkeit. Die früher feststellbare „Kiezbezogenheit“ sowie die hohe Mobilisierungskraft der 80er Jahre gingen weitgehend verloren.³³²

Wenn auch das empirische Wissen zur autonomen Szene gering ist, lassen sich doch einige Feststellungen treffen: Die Angehörigen der autonomen Szene, deren Alter in der Regel zwischen dem 16. und 28. Lebensjahr liegt, wobei ein Anstieg des Eintrittsalters feststellbar ist, sind zumeist deutsche Staatsbürger – in Teilen aus bürgerlichen Elternhäusern³³³. Zu einem hohen Prozentsatz befinden sie sich in Ausbildung oder Studium, teils sind sie ohne festes Einkommen. Der überwiegende Teil der autonomen Szene ist organisatorisch nicht gebunden. Dies drückt sich einerseits in der hohen Fluktuation der Gruppen, andererseits in deren zumeist geringer „Lebensdauer“ aus. Gleichwohl existieren Organisationsnetzwerke, die sich in der Regel mit Einzelthemen aktionistisch auseinandersetzen (in Berlin z. B. B.A.N.G., „Rote Aktion Berlin“). Bundesweit organisierte und kontinuierliche Zusammenarbeit gibt es seit dem Auseinanderbrechen der AA/BO jedoch nicht mehr.

Als Gründe für die hohe Fluktuation innerhalb der autonomen Szene werden von ehemaligen Angehörigen angegeben: Die selbstgewählte gesellschaftliche Isolation, die Auseinandersetzungen mit Altautonomen oder zwischen Frauen und Männern sowie ständige ergebnislose Diskussionen.³³⁴

³³² Vgl. „INTERIM“, Nr. 475, 22.4.1999, S. 26 ff. Die Ästhetik des Widerstands: „[...] daß die bisherigen politischen Konzepte der Autonomen in dieser veränderten Welt seit Jahren nicht mehr greifen, streitet doch heute kaum noch jemand ab.“

³³³ Helmut Willems betont die heterogene sozio-demografische Struktur militant Autonome. Vgl. ders.: Jugendunruhen und Protestbewegungen, Opladen 1997, S. 455 – 459.

³³⁴ Vgl. Hugo Häberle: Sechs Anmerkungen zum Autonomie-Kongreß. In: „INTERIM“ Nr. 329, 27.4.1995, S. 3. „Fertig macht mich, wenn alle paar Jahre das Rad neu erfunden werden muss [wegen Brüchen in der Diskussionskontinuität durch hohe Fluktuation]. Da wird über die Fragen von Internationalismus und nationale Befreiungsbewegungen geredet [...], da wird über die Widersprüche zwischen Mann und Frau diskutiert, als wäre es die neuste Erkenntnis. Wieso sind

3.2.3 „INTERIM“



Entstehung/Gründung:	April 1988
Mitgliederzahl:	verschiedene Redaktionskollektive
Sitz:	Berlin
Publikation:	„INTERIM“ (14-tägig, Auflage: 1 000)

Die „INTERIM“ ist eine Publikation der Berliner autonomen Szene mit bundesweiter Bedeutung. Sie wird seit April 1988 konspirativ hergestellt und verbreitet. Derzeit erscheint sie im zweiwöchigen Rhythmus jeweils donnerstags mit einer geschätzten Auflage von 1 000 Stück und wird hauptsächlich über Infoläden vertrieben.

Innerhalb der fast fünfzehn Jahre ihres Bestehens entwickelte sich die „INTERIM“ zu einer Publikation mit institutionellem Charakter und zum Sprachrohr der militanten linksextremen Szene für Berlin und nahezu das gesamte Bundesgebiet. Veröffentlicht werden Beiträge, die als Diskussionsgrundlage für szenerelevante Themen angesehen werden, z. B. die von der „militanten gruppe (mg)“ initiierte Militanzdebatte.³³⁵ Darüber hinaus beinhaltet die „INTERIM“ Aufrufe zu Demonstrationen und Szeneveranstaltungen, Anleitungen zu Sachbeschädigungen wie zum „Strommastenfällen“ oder für „Brandsätze mit Zeitverzögerung“. Ebenso werden Selbstbezeichnungen von Gruppen, die Anschläge begangen haben, veröffentlicht und zum Teil kommentiert.

3.2.4 Israel-Palästina-Debatte

Innerhalb der linksextremistischen Szene entzündete sich eine Kontroverse um die Bewertung des Nahostkonflikts seit Ausbruch der „Al-Aqsa-Intifada“ im Jahr 2000.

Es lassen sich grob zwei Lager unterscheiden:

- Die Israel-Unterstützer (Szenejargon: „Zionisten“ oder auch „Anti-Palis“) und
- die Unterstützer der Palästinenser (Szenejargon: „Pro-Palis“ oder „Anti-zionisten“), die verschiedene Vorstellungen von Art und Umfang der Solidarität mit den Palästinensern haben.

Die Auseinandersetzung wird derart emotional geführt, dass sie einer der Gründe für die derzeitige Spaltung der linksextremistischen Szene in Berlin ist.

wir nicht in der Lage, unsere Erfahrungen und erarbeiteten Positionen so weiterzugeben, daß sie eine Grundlage bilden, auf der weiterdiskutiert wird?“

³³⁵ Vgl. S. 81 ff.

Um eine größtmögliche Wirkung zu erzielen, wird seitens der in der Minderheit befindlichen Israelunterstützer eines der linksextremistischen Dogmen gebrochen, nach dem die Anerkennung von ethnisch begründeten Nationalstaaten als Legitimationsgrundlage für die Ausübung staatlicher Herrschaft abgelehnt wird. Auch die vorbehaltlose Unterstützung Israels, das innerhalb der Szene als „kapitalistische Speerspitze des US-Imperialismus“ im Nahen Osten gilt,³³⁶ ist in dieser Form neu und hat seit dem Beginn der Debatte Kontinuität gewonnen.

Zudem wird ein Antisemitismus-Vorwurf an die Adresse der linksextremistischen Pro-Palästina-Fraktion erhoben, der mit folgendem argumentativen Konstrukt begründet wird:

Wer für ein Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge nach Palästina (definiert als das heutige Israel und die palästinensischen Gebiete) plädiere, negiere das Existenzrecht Israels oder stelle es zumindest in Frage. Da die Gründung des jüdischen Israel in erster Linie auf den Massenmord an den europäischen Juden zurückgehe, verberge sich hinter dieser Art der Unterstützung des palästinensischen Volkes unverhohlener Antisemitismus. Der Begriff Antizionismus wird hierbei synonym für Antisemitismus gebraucht:

„Wer schreibt: ‚Wir stellen das Existenzrecht Israels nicht in Frage, aber wir lassen uns auch nicht von irgendwem die Solidarität mit antikolonialen Befreiungsbewegungen verbieten‘, der geht vor der Antisemitismuskeule in Deckung, nur um noch unverfrorener die palästinensischen Judenmörder unterstützen zu können.“³³⁷

Von der „Pro-Pali“-Seite wird der Antisemitismusvorwurf zurückgewiesen. Hinter der Ablehnung der derzeitigen Besatzungs- und Militärpolitik Israels verberge sich keine generelle Judenfeindlichkeit und das Existenzrecht Israels werde nicht in Frage gestellt. In einigen linksextremistischen Gruppierungen wird darauf hingewiesen, dass Israel nicht abgelehnt werde, weil es sich um den „Staat der Juden“ handele, sondern weil staatliche Strukturen generell Unterdrückungsinstrumente seien.

Eine andere Strömung diskutiert, ob eine Befriedung der Situation im Nahen Osten nur durch eine Zwei-Staaten-Lösung erfolgen könne, weswegen zu-

³³⁶ „[Israel] war mit Unterstützung der großen imperialistischen Staaten auf gestohlenem Land entstanden. Bei der Staatsgründung vertrieben israelische Terrormilizen rund 800 000 Araber und verübten dabei Massaker an Tausenden Zivilisten. [...] So stand Israel von Anfang an im Konflikt mit den antiimperialistischen Bewegungen, die sich auch gegen die USA richten.“ Quelle: „Nahost: Warum es keinen Frieden gibt“. In: Linksruck Nr. 147 vom 11.2.2003.

³³⁷ Anonymes Flugblatt, verteilt auf der Demonstration am 9.11.2003: „1938-2003 / 65. Jahrestag der Reichspogromnacht. Gegen Antisemitismus und Rassismus“ bzw. „65 Jahre Reichspogromnacht - Kein Vergessen - Kein Vergeben“ mit anschließender Demonstration und Kranzniederlegung anlässlich des 65. Jahrestages der so genannten „Reichskristallnacht“.

nächst trotz allgemeiner Bedenken staatliche Strukturen nicht abgelehnt werden dürften.

3.2.5 „Linksruck“



Organisationsstruktur:	Gruppe
Entstehung:	1993/94
Mitgliederzahl:	k. A. bundesweit (2002: 2 000), 100 in Berlin (2002: 100)
Sitz:	Berlin
Publikation:	„Linksruck“ (14-tägig)

Die 1996 aufgelöste trotzkistische „Sozialistische Arbeitergruppe“ (SAG) gründete 1993/1994 das „Linksruck-Netzwerk“ (jetzt „Linksruck“). „Linksruck“ ist die deutsche Sektion des internationalen trotzkistischen Dachverbands „International Socialists“ (IS) und strebt über Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit den Aufbau einer revolutionären kommunistischen Partei unter Führung von Arbeiterräten an. Fernziel der Gruppe ist der Aufbau einer Partei Leninschen Typs als offizielle deutsche Sektion der um die britische „Socialist Workers Party“ gruppierten „International Socialist Tendency“.

Seit 1993 setzt eine Bundeskoordination die von London vorgegebenen Aktivitäten um und gibt die Zeitschrift „Linksruck“ heraus. „Linksruck“ finanziert sich über Mitgliedsbeiträge, Spenden und durch Zeitschriften- und Publikationsverkauf. Im April 2001 verlegte „Linksruck“ seine Bundeskoordination von Hamburg nach Berlin. Hier hat „Linksruck“ ca. 100 Mitglieder, die von einigen „Altkadern“ autoritär geführt werden. Es herrscht eine hohe Fluktuation. Den Schwerpunkt von „Linksruck“ bildeten 2003 die Proteste gegen den Irak-Krieg sowie gegen den „Sozialabbau“. „Linksruck“-Mitglieder engagieren sich offen oder verdeckt im globalisierungskritischen Netzwerk ATTAC. Verdecktes Engagement fällt unter die von Trotzkisten häufig betriebene Entrismus-Strategie. Nach dieser Strategie versuchen Trotzkisten, größere Organisationen zu unterwandern, für ihre Zwecke zu nutzen und zu radikalieren.

3.2.6 „militante gruppe (mg)“

Die „militante gruppe (mg)“ ist erstmals im Sommer 2001 in Aktion getreten, als sie Patronen an den damaligen Regierungsbeauftragten für die Entschädigung der Zwangsarbeiter Otto Graf LAMBSDORFF und an zwei Mitglieder der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft schickte. Ihre militanten Aktionen haben sich seitdem im Wesentlichen gegen Autos und Gebäude von Behörden gerichtet. Begründet hat die „militante gruppe (mg)“ ihre Anschläge bisher vor allem mit den Themengebieten Zwangsarbeiterentschädigung, Sozialabbau und Antiimperialismus. Bis zum Jahreswechsel

2003/2004 hat die „militante gruppe (mg)“ sich zu acht Brandanschlägen selbst bezichtigt. Der Generalbundesanwalt führt gegen die Gruppierung ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung.

Im Zusammenhang mit den Brandanschlägen versucht die „militante gruppe (mg)“, mit anderen militanten Gruppierungen eine Diskussion über die Zukunft der Anschlagaktivitäten zu führen. Ziel dieser so genannten Militanzdebatte, die über das autonome Szeneblatt „INTERIM“ geführt wird, ist die Vernetzung der verschiedenen Gruppierungen. Im vergangenen Jahr hat sich neben der „militanten gruppe (mg)“ lediglich noch eine „Militante Antiimperialistische Gruppe – Aktionszelle Pierre Overney“ an der Militanzdebatte beteiligt. Andere Gruppierungen wie z. B. die „revolutionäre aktion carlo giuliani“ oder die „autonome miliz“, die noch 2002 teilnahmen, traten nicht mehr in Erscheinung.

3.2.7 Neue Medien (Internet)

Seit Mitte der 90er Jahre wird das Internet zunehmend auch von linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen genutzt. Von besonderer Relevanz ist der ortsungebundene aktuelle Austausch von Informationen und die Möglichkeit zur anonymisierten Kommunikation. Das Internet ermöglicht es, Informationen aller Art bereit zu stellen und weltweit abrufen zu können:

„Langsam, aber stetig reift die Einsicht heran, dass Computernetze zwar im Kapitalismus entstanden sind, aber vielleicht doch nicht ausschließlich kapitalistischen Interessen dienen müssen. Schließlich sind auch Hammer und Sichel oder, wahlweise, Maschinengewehre vorsozialistische Werkzeuge.“³³⁸

In der linksextremistischen Szene werden diese Informationen von einschlägigen Foren angeboten, wobei diese ihren Provider häufig im Ausland haben, um einer strafrechtlichen Verfolgung zu entgehen. Auf zahlreichen extremistischen Homepages befinden sich technische und logistische Tipps für die Produktion und den Einsatz von Sprengstoffen oder die Sabotage an Strommasten und Gleisanlagen.

Ein bekanntes linksextremistisches Internetportal ist „nadir“. Populäre Internetangebote mit überwiegend linksextremistischen Bezügen sind „indymedia“ und „linkeseite“. Über die Internetportale werden zumeist einschlägige Termine, Hinweise, Aufrufe, aber auch Links zu Archiven und Datenbanken sowie Adressen von Ansprechpartnern ins Netz gestellt. Dabei gibt es – besonders im Bereich des anonymen Postings - nicht selten Überschneidungen mit

³³⁸ Archiv der Kommunikationsguerilla: Ein Asyl für deutsche Linke, S. 1.

Themenbereichen von allgemeinem gesellschaftlichen Interesse, etwa Kampf gegen Umweltzerstörung oder Rechtsextremismus, Kampf für Menschenrechte oder Abrüstung. Eine Instrumentalisierung dieser Themengebiete und ihrer Interessenten wird durch die linksextremistische Szene auch im Internet verfolgt.

Von Bedeutung für den Berliner Raum ist „stressfaktor“, dessen Betreiber sich als ein „Berliner Terminkalender für linke Subkultur und Politik“ versteht. Dort werden Informationen zu Aktivitäten von Linksextremisten zentral gesammelt und zum Abruf bereitgestellt. Es veröffentlicht neben aktuellen Terminen Kurzstatements zu für die Szene relevanten Themen und bietet eine Reihe von Verknüpfungen zu anderen linksextremistischen Internetportalen.



Deutliche Berlinbezüge weist auch „kanalB“ auf. Auf dieser Internetseite werden Videosequenzen zum Herunterladen zur Verfügung gestellt, in denen auch linksextremistische Veranstaltungen dargestellt werden und entsprechend motivierte Straftaten dokumentiert sind. Die Betreiber achten hierbei darauf, dass die abgebildeten Personen nicht identifizierbar sind.

Die Kommunikation innerhalb dieser Netzwerke erfolgt häufig über verschlüsselte E-Mails und zugangsbeschränkte Chatrooms. In den offenen Diskussionsforen lassen sich die oft widersprüchlichen Positionen innerhalb der linksextremistischen Szene verfolgen. So werden bei der Antisemitismus-Debatte häufig aggressive und verunglimpfende Ansichten thematisiert, die die Zerstrittenheit der Szene widerspiegeln und die mitunter zur Löschung einzelner Beiträge durch die Internet-Redaktion führen.

Eine Zurechenbarkeit und objektive Bewertung mancher Beiträge ist kaum möglich. Wird zum Beispiel zu Störaktivitäten aufgerufen, kann daraus zwar geschlossen werden, dass ein Anlass in linksextremistischen Kreisen bekannt ist; ob und ggf. in welchem Maße es daraufhin aber tatsächlich zu einer Mobilisierung kommen wird, lässt sich daraus alleine jedoch nicht ableiten.

3.2.8 „Sozialistische Alternative Voran“ (SAV)

Organisationsstruktur:	Verein
Entstehung:	1994 entstanden aus „VORAN zur sozialistischen Demokratie e. V.“

Mitgliederzahl:	350 bundesweit (2002: 350), 50 in Berlin (2002: 40)
Sitz:	London
Publikation:	„Solidarität – Sozialistische Zeitung“ (monatlich)

Die „Sozialistische Alternative Voran“ (SAV) ist die deutsche Sektion des in London ansässigen trotzkistischen Dachverbands „Committee for a Workers International“ (CWI). Wie bei der ebenfalls trotzkistischen Gruppe „Linksruck“ (⇒) bildete die Beeinflussung der Anti-Globalisierungs- und Anti-Kriegsbewegung den Aktionsschwerpunkt der SAV.

Perspektivisches Ziel der SAV ist laut Programm zur Bundestagswahl 2002 der Aufbau einer Arbeiterpartei als einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Damit solle der Kapitalismus abgeschafft und durch ein sozialistisches System verbunden mit der Aufhebung des Mehrparteienstaates ersetzt werden.

Die SAV lehnt die parlamentarische Demokratie ab. Dies brachte die SAV-Direktkandidatin für den Wahlkreis Weißensee / Prenzlauer Berg / Pankow im Bundestagswahlkampf 2002 zum Ausdruck, als sie sagte, dass die SAV zwar mit der stalinistisch-bürokratischen Cliquenwirtschaft der DDR nichts gemeinsam habe, mit dem Parlamentarismus allerdings auch nicht.³³⁹

³³⁹ Vgl. Internetseite tagesschau.de „Bundestagswahl-Spezial“.

4 Ausländerextremismus

4.1 Araber

4.1.1 „Hizb Allah“ („Partei Gottes“)

Organisationsstruktur:	informell
Entstehung/Gründung:	1982
Mitgliederzahl:	800 bundesweit (2002: 800), 150 in Berlin (2002: 150)
Sitz im Ausland:	Beirut
Publikationen:	„al-Ahd“ („Die Verpflichtung“), „al-Intiqad“ („Die Kritik“) erscheinen wöchentlich

Die schiitisch-islamistische „Hizb Allah“ wurde im Sommer 1982 nach dem Einmarsch israelischer Truppen in den Libanon gegründet und agierte im 15-jährigen libanesischen Bürgerkrieg zusammen mit der AMAL-Miliz als eine der beiden schiitischen Milizen. Aus ideologischen und regionalpolitischen Motiven heraus wird die hierarchisch strukturierte Bewegung vom Iran und von Syrien, die ihr auch die politische Linie vorgeben, finanziell und militärisch unterstützt. So negiert die „Hizb Allah“ seit ihrer Gründung das Existenzrecht Israels und propagiert den auch mit terroristischen Mitteln geführten Kampf gegen Israel, den sie als „legitimen Widerstand“ bezeichnet. Im Libanon operierte ihr bewaffneter Arm, die Miliz des „Islamischen Widerstands“ („al-Muqawama al-Islamiya“), jahrelang mit militärischen und terroristischen Mitteln gegen Armeeeinrichtungen und Soldaten Israels. Hierzu gehörten neben Anschlägen auch Selbstmordattentate gegen israelische Soldaten. Innenpolitisch hat sich die „Hizb Allah“ dagegen als eine parteiähnliche politische Bewegung konstituiert. Sie ist seit 1992 im libanesischen Parlament vertreten und findet unter der schiitischen Bevölkerung des Libanon wegen ihrer sozialen Aktivitäten gesellschaftlichen Rückhalt.

Den im Mai 2000 erfolgten Rückzug der israelischen Truppen aus der so genannten „Sicherheitszone“ im Südlibanon feierte die „Hizb Allah“ als einen bedeutenden Sieg, der Vorbildcharakter für die „Lösung“ des Palästina-Konflikts haben soll. Gleichzeitig sah sich die Organisation der Forderung gegenüber, sich vereinbarungsgemäß aus dem Südlibanon zurückzuziehen, ihre Miliz zu entwaffnen und sich im Libanon – wie von ihr mehrfach angekündigt – ausschließlich als politische Partei zu betätigen. Diese Vereinbarung hielt die „Hizb Allah“ nicht ein. Hierbei benutzte sie den Nicht-Rückzug Israels aus den vom Libanon als sein Staatsgebiet betrachteten, von der UNO aber nicht als libanesisches Territorium anerkannten „Shebaa-Farmen“ als einen Vorwand, um im Grenzgebiet weiter militärisch und terroristisch gegen Israel vorzu-

gehen. Einen weiteren Vorwand für die Aufrechterhaltung der militärischen Option bezog die „Hizb Allah“ aus der am 28. September 2000 ausgebrochenen „Al-Aqsa-Intifada“, die sie seitdem mit massiver Propaganda unterstützt. Die in den letzten Jahren verstärkt über ihren parteieigenen TV-Sender „Al-Manar“ („Der Leuchtturm“) verbreitete Propaganda enthält alle Elemente der „Widerstandsideologie“ der „Hizb Allah“, die eine Mischung aus politischem Aktivismus und schiitischer Leidensmythologie darstellt. Hierzu gehört vor allem die Praxis der Selbstmordattentate, mit der die Organisation 1993 ins libanesisch-israelische Grenzgebiet abgeschobene palästinensische Islamisten erstmals bekannt machte. Seitdem werden Selbstmordanschläge vor allem von der HAMAS (⇒) und dem „Palästinensischen Islamischen Jihad“ (PIJ) verübt.

Die Propagierung des bewaffneten Kampfes im Rahmen der „Al-Aqsa-Intifada“ und die Popularisierung von als „Märtyrer-Operationen“ deklarierten Selbstmordanschlägen sind fester Bestandteil im Programm des – per Satellit auch in Deutschland zu empfangenden – TV-Senders „Al-Manar“, der gezielt um die Palästinenser der Westbank und des Gazastreifens wirbt, sich allerdings auch als Stimme „ganz Palästinas“ versteht und in Deutschland zur Teilnahme an einschlägigen Demonstrationen aufruft. In Filmen werden Attentäter der militärischen Flügel der HAMAS und des PIJ, der „Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden“ und der „Jerusalem-Kompanien“ („Saraya al-Quds“) glorifiziert – sei es in Form von Bekennervideos der Selbstmordattentäter oder durch zustimmende Äußerungen ihrer Freunde und Angehörigen.

Die – seit Herbst 2002 intensiviertere – anti-israelische Hetze und Propaganda des Senders zeigt etwa den Generalsekretär der „Hizb Allah“, Hassan NASRALLAH, der seinen Anhängern versichert, dass „Israel in seiner Existenz vergehen wird“. Die Propagandafilme beinhalten auch Bilder israelischer Attentatsopfer – unterlegt mit dem Text „Gewiss wird Israel verschwinden“.

Die USA stuft die „Hizb Allah“ seit Jahren aufgrund ihrer zahlreichen, hauptsächlich in den 90er Jahren verübten Anschläge als Terrororganisation ein; dies veranlasste auch die Regierung Kanadas, sie in diesem Jahr auf die kanadische Liste der Terrororganisationen zu setzen. Die britische, französische und seit Juli auch die australische Regierung stufen zwar nicht die Gesamtorganisation der „Hizb Allah“ als terroristisch ein, wohl aber den Auslandssicherheitsdienst „External Security Apparatus“ (ESA), der als integraler Bestandteil der „Hizb Allah“ gilt.


Nach dem Ende des Irak-Kriegs hat die internationale Kritik an der „Hizb Allah“ aufgrund ihrer gegen Israel gerichteten militärischen und terroristischen

Aktionen erheblich zugenommen. Dies lässt sich vor allem auf den von den USA auf Iran und Syrien ausgeübten Druck zurückführen, ihre Unterstützung für die „Hizb Allah“ einzustellen. Auch innerhalb der libanesischen Regierung gibt es eine, wenn auch nicht offiziell geäußerte Tendenz, die „Hizb Allah“ zu entwaffnen und an ihrer Stelle libanesischen Truppen an der Südgrenze zu stationieren, um nicht wiederholt Anlässe für israelische Vergeltungsmaßnahmen zu schaffen.

In Berlin agieren die Anhänger der Organisation nicht offen unter der Bezeichnung „Hizb Allah“. Andererseits werden auf Großdemonstrationen häufig „Hizb Allah“-Fahnen sowie Porträts ihres Generalsekretärs Hassan NASRALLAH gezeigt. Zu ihren Aktivitäten zählen vor allem die Vorbereitung und Beteiligung an Demonstrationen, interne Propagandaveranstaltungen und das Sammeln von Spendengeldern.

Die von schiitischen Extremisten initiierte alljährliche Demonstration zum so genannten „Al-Quds-Tag“, die an die „Befreiung“ der auch für Muslime heiligen Stadt „Al-Quds“ (Arabisch für Jerusalem) zu appellieren versucht, verlief am 22. November ohne besondere Vorkommnisse als Schweigemarsch mit etwa 1 000 Teilnehmern. Nachdem die Polizei bereits zu Beginn der Veranstaltung einige gewaltverherrlichende Transparente eingezogen hatte, wurden gegen einen Teilnehmer Strafanzeigen wegen Beleidigung und Volksverhetzung gestellt.

4.1.2 „Hizb ut-Tahrir al-islami“ (HuT / „Islamische Befreiungspartei)

Organisationsstruktur:	parteiähnliche Bewegung / die Organisation unterliegt in Deutschland seit dem 10. Januar 2003 einem vereinsrechtlichen Betätigungsverbot	
Entstehung/Gründung:	1953	
Mitgliederzahl:	150 bundesweit (2002: 150), 50 in Berlin (2002: keine gesicherten Angaben)	
Sitz im Ausland:	vermutlich Libanon	
Publikationen:	"Explizit" bis Januar 2003	

Die „Hizb ut-Tahrir al-islami“ (HuT) ist eine pan-islamistische parteiähnliche Bewegung, die 1953 von Taqi ad-Din AN-NABHANI (1909 - 1977) gegründet wurde. Erklärte Ziele der Bewegung sind die Vernichtung des Staates Israel, die „Befreiung“ der islamischen Welt von westlichen Einflüssen, die Wiederherstellung der Kalifatsherrschaft sowie die Einführung der Scharia als politisches und gesellschaftliches Ordnungsprinzip.

AN-NABHANI veröffentlichte 1953 das Buch „Die Herrschaftsordnung des Islam“ (Nizam al-Hukm fi'l-Islam). Diese bis heute wichtigste Publikation der

HuT beschreibt ein an den Vorschriften der Scharia orientiertes Herrschaftssystem mit einem Kalifen an der Spitze. AN-NABHANI zufolge sollte eine „islamische Herrschaftsordnung“ nicht allein auf die muslimischen Länder begrenzt, sondern weltweit errichtet werden. Für dieses Ziel befürwortete er auch die Anwendung von Gewalt. Die Ideologie der HuT kennzeichnet ferner ein ausgeprägter Judenhass sowie die Rechtfertigung von Gewalt durch vermeintlich authentische Bezüge auf die islamische Religion: So werden etwa Koranverse aus ihrem historischen Kontext herausgelöst und Begriffe wie „Jihad“ („Bemühen“, „Kampf“) fast durchgängig militant interpretiert.

Da die HuT zum gewaltsamen Umsturz der Regierungen im Vorderen Orient aufruft, ist sie in allen arabischen Ländern verboten. Meldungen über versuchte Staatstriebe der Organisation gibt es für Jordanien (1968) und Irak (1969) sowie für Ägypten (1974) und Syrien (1976).

Der Nachfolger AN-NABHANIs, der 1925 in Hebron geborene und am 29. April 2003 verstorbene Abdul Qadim ZALLUM, weitete Anfang der 1990er Jahre das Aktionsfeld der Bewegung erfolgreich auf Asien aus. So finden sich Organisationsstrukturen der HuT sowohl in Pakistan als auch in Indonesien. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR etablierte sich die Organisation auch in Zentralasien und im Kaukasus. Hierzu gehören insbesondere die neugeschaffenen Staaten Kirgistan, Usbekistan, Tadschikistan und Aserbaidschan.

Neuer Vorsitzender der HuT ist der am 15. Dezember 1943 im Libanon geborene Jordanier Ata Abu AL-RASHTA, dessen Aufenthaltsort derzeit im Libanon vermutet wird.

Der HuT-eigene Londoner Verlag „Al-Khilafah-Publications“ verlegt die arabischsprachige Zeitung „Al Waie“ und die englischsprachige Zeitung „Khilafah-magazine“. Beide Publikationen werden neben dem bis Januar 2003 in Deutschland produzierten Magazin „Explizit“ bundesweit vertrieben.

In Deutschland intensivierte die HuT ihre Aktivitäten ab 1990. Die Organisation verhielt sich dabei nach außen weitgehend unauffällig, so dass sie von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurde. Unter den arabischen Muslimen nahm die HuT eher eine Außenseiterposition ein. Dies ist zum einen auf die strenge interne Reglementierung ihrer Anhänger zurückzuführen, zum anderen auf ihr verbal aggressives Auftreten gegenüber anderen Muslimen.

Ins Blickfeld der Öffentlichkeit geriet die Gruppierung, als am 27. Oktober 2002 in der Berliner „Alten TU-Mensa“ eine Veranstaltung mit dem Herausgeber des Magazins „Explizit“, Shaker ASSEM, stattfand. Unter den ca. 300 Gästen befanden sich auch Horst MAHLER und der NPD-Vorsitzende Udo

VOIGT (⇒ NPD). Die Anwesenheit der beiden NPD-Funktionäre hat seinerzeit bundesweit Diskussionen über Verbindungen zwischen rechtsextremistischen und islamistischen Gruppierungen ausgelöst.

Am 10. Januar 2003 erließ der Bundesminister des Innern ein Betätigungsverbot gegen die HuT. Die HuT erhob dagegen Klage beim Bundesverwaltungsgericht.³⁴⁰

4.1.3 „Islamische Widerstandsbewegung“ (HAMAS) / „Islamischer Bund Palästina“ (IBP)

Organisationsstruktur:	informelle Gliederung
Entstehung/Gründung:	1981 in München (IBP) / 1987 in Gaza (HAMAS)
Mitgliederzahl:	bundesweit 250 (2002: 250), in Berlin 50 (2002: 50)



Die mit dem Kurzwort HAMAS³⁴¹ bezeichnete sunnitisch-islamistische „Bewegung des Islamischen Widerstands“ wurde 1987 im Gaza-Streifen von Shaikh Ahmad YASSIN in der Nachfolge eines Zweigs der „Muslimbruderschaft“ (⇒ MB) gegründet. Die Organisation verneint das Existenzrecht Israels und strebt die „Befreiung ganz Palästinas“ sowie die Gründung eines „Islamischen Staates Palästina“ durch bewaffneten Kampf an. Den 1993 begonnenen Oslo-Friedensprozess lehnt die HAMAS als „Ausverkauf palästinensischer Interessen“ ab und bestreitet gleichzeitig den Führungsanspruch der Palästinensischen Autonomiebehörde. Seit dem Ausbruch der „Al-Aqsa-Intifada“ am 28. September 2000 und der Verschärfung des Nahost-Konflikts nahmen Selbstmordanschläge der HAMAS gegen israelische Ziele erheblich zu. Diese als „Märtyrer-Operationen“ deklarierten Anschläge ihres militärischen Flügels, der „Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden“, begrenzte sie dabei nicht auf die palästinensischen Gebiete des Westjordanlands und Gaza-Streifens, sondern führte sie vor allem im israelischen Kernland durch. Die Anschläge der HAMAS zielten zudem nicht allein auf Militärpersonal, sondern gleichermaßen auch auf die israelische Zivilbevölkerung. Dieses terroristische Vorgehen wird von der HAMAS mit einem „Recht auf Selbstverteidigung“ begründet.

Theoretische Basis für die Selbstmordanschläge bildet der Begriff des Märtyrers, der von den HAMAS-Ideologen uminterpretiert wird. Galten Märtyrer im Islam bisher hauptsächlich als Menschen, die durch Außenwirkung unschuldig zu Tode kommen, steht der Begriff nun vor allem für

³⁴⁰ Vgl. S. 121 f.

³⁴¹ Arabisch „Harakat al-Muqawama al-islamiya“. Der Begriff „Hamas“ stellt zugleich ein – bereits im Koran enthaltenes – arabisches Wort dar, das „Begeisterung“, „Eifer“ und „Leidenschaft“ bedeutet. Islamisten interpretieren den Begriff als „Tapferkeit“.

Personen, die Selbstmordanschläge verüben. Islamisten definieren den Märtyrer in erster Linie als jemanden, „der sein Martyrium aktiv herbeiführt“ und popularisieren hierfür den Begriff des Istishhadi. Der Istishhadi (wörtlich „derjenige, der zum Märtyrertod bereit ist“) ist somit die islamistische Variante des – bei laizistischen Palästinensern früher als Fida'i (wörtlich „derjenige, der sich aufopfert“) und bei den Kurden als Peshmerga („derjenige, der dem Tod nahe ist“) – bezeichneten „Guerilla-Kämpfers“ – allerdings in seiner extremsten und militantesten Form. Da im Islam sowohl Mord als auch Selbstmord verboten sind, deklarieren Islamisten Selbstmordanschläge als so genannte „Märtyrer-Operationen“ (Arabisch „amaliyat istishhadiya“).

Im Juli 2003 schloss sich die HAMAS zunächst dem im Rahmen des Friedensplans „Roadmap“ ausgehandelten dreimonatigen Waffenstillstand („Hudna“) an. Dieser endete jedoch bereits im August, als ein Selbstmordattentat mit 20 israelischen Toten, zu dem sich sowohl die HAMAS als auch der „Palästinensische Islamische Jihad“ bekannt hatte, zu massiven Vergeltungsmaßnahmen Israels führte. Nachdem die „Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden“ bereits im Juni 2002 in die EU-Liste terroristischer Organisationen aufgenommen wurden, beschlossen die EU-Außenminister Anfang September 2003 auch die Gesamtorganisation der HAMAS als terroristisch einzustufen.

In Deutschland wird die Politik der HAMAS durch den „Islamischen Bund Palästina“ (IBP) vertreten. Der IBP wurde 1981 innerhalb des „Islamischen Zentrums München“ gegründet, um die Interessen religiös orientierter Palästinenser in Deutschland zu repräsentieren. Erst 1987 mit Ausbruch der ersten Intifada und Gründung der HAMAS entwickelte der IBP sein heutiges Profil als HAMAS-Vertretung in Deutschland. Der IBP organisiert Veranstaltungen und Demonstrationen gegen das Vorgehen Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten, verhält sich aber als Organisation in den letzten Jahren unauffällig, obwohl seine Anhänger nach wie vor aktiv sind. Als Spendensammelverein der HAMAS gilt der vom Bundesinnenminister mit Verfügung vom 31. Juli 2002 verbotene, in Aachen ansässige „Al-Aqsa e. V.“. Mit Beschluss vom 16. Juli hat das Bundesverwaltungsgericht die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage des Vereins angeordnet. Danach darf „Al-Aqsa e. V.“ bis zur Entscheidung im Hauptsacheverfahren mit der Maßgabe, die Verwendung der Spendengelder dem BMI nachzuweisen, weiterhin Gelder sammeln.

Als Berliner Treffpunkt der Anhänger der HAMAS gilt das „Islamische Kultur- und Erziehungszentrum Berlin e. V.“.

4.1.4 „Mujahidin-Netzwerke“

Organisationsstruktur:	grenzüberschreitende Netzwerke
Entstehung/Gründung:	Anfang der 80er Jahre in Afghanistan/Pakistan
Mitgliederzahl:	keine gesicherten Zahlen

Der Begriff „Mujahidin“ bezeichnet pan-islamisch orientierte Kämpfer unterschiedlicher ethnischer Herkunft, die an Kampfeinsätzen in Afghanistan, Bosnien, Tschetschenien oder im Kaschmir teilgenommen haben. Das Entstehen der „Mujahidin“ geht auf den Afghanistan-Krieg zurück, als sich 1979 freiwillige „Kämpfer“ (Arabisch-Persisch „Mujahidin“) dem – unter dem Motto des Jihad geführten – Krieg gegen die sowjetische Besatzung anschlossen und dafür vor allem in afghanischen und pakistanischen Militärlagern ausgebildet wurden.

Die Lage im von Krieg und Bürgerkrieg gezeichneten Afghanistan bot seinerzeit ideale Bedingungen für die ideologische Schulung und terroristische Ausbildung der „Mujahidin“. Hierzu gehörten ein weitgehend rechtsfreier Raum, Kampfgebiete sowie die Tatsache, dass sich im Bürgerkrieg 1996 die islamistischen „Taliban-Kämpfer“ durchsetzten. Die terroristischen Aktivitäten der „Mujahidin“ richteten sich ab 1992 vor allem gegen Ägypten und Algerien, nachdem sich einzelne kampferprobte „Mujahidin“ des Afghanistan-Kriegs den dortigen militanten islamistischen Gruppierungen angeschlossen hatten.

Im Zentrum der „Mujahidin“ steht die von Usama BIN LADIN Ende der 1980er Jahre gegründete Organisation „Al-Qaida“ („Die Basis“), die sich vermutlich Mitte der 1990er Jahre mit Teilen der militanten ägyptischen Gruppen „al-Jihad al-Islami“ („Der islamische Kampf“) und „al-Gamaa al-Islamiya“³⁴² („Die islamische Gemeinschaft“) zu einem transnationalen Netzwerk zusammenschloss. Als zweiter Mann hinter BIN LADIN gilt der Führer der ägyptischen Gruppe „al-Jihad al-Islami“, Aiman AL-ZAWAHIRI.

Programmatische Grundlage der internationalen Anschläge der „Al-Qaida“ war der von Usama BIN LADIN 1998 mitunterzeichnete³⁴³ Aufruf der „Islamischen Weltfront für den Jihad gegen Juden und Kreuzzügler“³⁴⁴, den die Verfasser

³⁴² Hocharabisch und in einheitlicher Schreibweise heißt es „al-Jihad al-Islami“ und „al-Jamaa al-Islamiya“. Im ägyptischen Dialekt werden die Gruppierungen phonetisch als „al-Gihad al-Islami“ und „al-Gamaa al-Islamiya“ wiedergegeben.

³⁴³ Zu den fünf Unterzeichnern gehörten Usama BIN LADIN („Al-Qaida“), Aiman AL-ZAWAHIRI („al-Jihad al-Islami“), Abu Yasir Rifa'i AHMAD TAHA („al-Gamaa al-Islamiya“), Mir HAMZA (Generalsekretär der „Jam'iyat-ul-Ulama Pakistan“) und Fazlur RAHMAN (Chef der „Jihad“-Gruppe, Bangladesch).

³⁴⁴ In der Verlautbarung hieß es: „Das Urteil, die Amerikaner und ihre Alliierten, Zivilisten und Militärs gleichermaßen zu töten, wo immer ihm dies möglich ist, ist eine individuelle Pflicht für jeden Muslim, der hierzu in der Lage ist, bis die Aqsa-Moschee [in Jerusalem] und die Heilige Moschee [in Mekka] von ihnen befreit sind und bis ihre Armeen das gesamte Territorium des Islam

als ein religiöses Rechtsgutachten (fatwa)³⁴⁵ deklarierten. Darin waren die Tötung von Amerikanern zur individuellen Pflicht eines jeden Muslims erhoben, die Stationierung von US-Truppen in Saudi-Arabien für unzulässig erklärt und als Ziel die Verdrängung der USA von der Arabischen Halbinsel genannt worden. Hierzu sollten die USA als Schutzmacht Saudi-Arabiens angegriffen und – wie bereits die Anschläge auf die amerikanischen Botschaften in Kenia und Tansania im August 1998 und auf das Marineschiff USS Cole im Oktober 2000 zeigten – möglichst viele Menschen, vor allem US-Bürger, getötet werden.

4.1.5 „Muslimbruderschaft“ (MB)

Organisationsstruktur:	informelle Gliederung / Verein in Deutschland
Entstehung/Gründung:	1928 in Ägypten / 1960 in Deutschland
Mitgliederzahl:	1 200 bundesweit (2002: 1 200); für Berlin keine gesicherten Erkenntnisse



Die 1928 in Ägypten gegründete „Muslimbruderschaft“ (MB) ist die älteste und zugleich bedeutendste arabische islamistische Gruppierung. Die pan-islamistisch orientierte Organisation ist heute, teils unter anderem Namen, in fast allen Ländern des Vorderen Orients vertreten und unterhält auch Zweige in westeuropäischen Ländern. In den meisten nahöstlichen Staaten bildet die MB eine illegale Opposition zur Regierung, wobei ihre Aktivitäten von den jeweiligen politischen Verhältnissen abhängen: Während in Syrien der Aufstand gegen die Staatsmacht 1982 gewaltsam beendet wurde, nahm die Bereitschaft der MB zur Anpassung dort zu, wo eine Einbindung in den parlamentarischen Prozess erfolgte. Dies gelang in Ägypten in den 1980er Jahren; in Jordanien ist die MB noch heute im Parlament vertreten.

Die ägyptische MB, größte der MB-Organisationen, durchlief verschiedene historische Phasen: Nach der Anfangsphase, in der die Lehre und Erziehung der Gläubigen Vorrang hatte, waren ihre Aktivitäten in den 40er und 50er Jahren von einer aggressiven Militanz geprägt, die in zahlreichen politischen

verlassen haben, geschlagen und unfähig, irgend einen Muslim noch zu bedrohen." Vgl. „Nass Bayan al-Jabha al-Islamiya al-Alamiya li-Jihad al-Jahud wa'l-Salibiyyin“ in der arabischsprachigen Zeitung „al-Quds al-Arabi“, London, 23.2.1998. Eine englische Übersetzung findet sich im Internet unter: <http://www.fas.org/irp/world/para/docs/980223-fatwa.htm>.

³⁴⁵ Diese fatwa ist aus Sicht der islamischen Theologie nicht gültig, da Usama BIN LADIN als Laie weder die theologische Qualifikation noch die religiöse Autorität zur Erstellung von Rechtsgutachten, geschweige denn zur Ausrufung des Jihad im Namen der Muslime besitze. Entsprechend wurden die Anschläge vom 11. September von einem Großteil der islamischen Religionsgelehrten als nicht mit dem Islam vereinbar zurückgewiesen, da die islamische Religion sowohl den Mord an unschuldigen Zivilisten als auch den Selbstmord verbietet. Vgl. Hanspeter Mattes: Ein Jahr danach. Der islamistische Terrorismus und seine Bekämpfung. In: Herder Korrespondenz 56, 9/2002, S. 444 - 448.

Attentaten und Anschlägen zum Ausdruck kam. Die Gewaltbereitschaft der MB stand seinerzeit der zunehmenden Repression des ägyptischen Staates gegenüber, die ihren Höhepunkt 1966 in der Hinrichtung ihres Chefideologen Sayyid QUTB fand. Als nicht mehr gewaltorientiert gilt die ägyptische MB erst nach Abspaltung der militanten Kräfte in den späten 70er Jahren (Entstehen der terroristischen Gruppen „Takfir wa'l-Hijra“³⁴⁶ und „al-Jihad al-Islami“), auf die eine Phase der Integrationsbereitschaft in das politische System folgte. Der Entschluss der MB, sich im politischen System Ägyptens auch an Wahlen zu beteiligen und im Parlament mitzuarbeiten, wird teils als ein „Marsch durch die Institutionen“ gewertet.

Ideologisch präsentiert sich die MB mit sehr heterogenen Vorstellungen. Aus den 30er Jahren stammt der Anspruch der MB, dass es eine „Ordnung des Islams“ gebe. Dieser relativ unkonkrete Anspruch definiert die islamische Religion als ein „System“, das „zu jeder Zeit und an jedem Ort“ anwendbar sein soll und das den Koran und die Sunna zur Richtschnur politischen Handelns erhebt. Zeitgenössische Vorstellungen zu Staat und Gesellschaft vertritt die MB mit der Forderung nach „Anwendung der Scharia“, des islamischen Rechts, und Schaffung eines „islamischen Staates“. Da hierin Legislative, Judikative und Exekutive der Scharia untergeordnet sein sollen, wäre das von der MB favorisierte Staatsmodell bereits in dieser Hinsicht ein Staat, der westlichen Demokratievorstellungen zuwider läuft.

In der ägyptischen MB kam es während der vergangenen eineinhalb Jahre zu einem mehrfachen Führungswechsel. Nachdem Mitte November 2002 der fünfte so genannte „Oberste Führer“ Mustafa MASHHUR (Jahrgang 1919), der zwischen 1981 - 1986 von Deutschland aus die internationalen Aktivitäten der Organisation koordiniert haben soll,³⁴⁷ verstorben war, wurde am 27. November 2002 der Jurist Ma'mun al-HUDAIBI zu seinem Nachfolger und damit zum sechsten „Obersten Führer“ der ägyptischen MB ernannt. Ma'mun al-HUDAIBI (Jahrgang 1921), Sohn des zwischen 1951 - 1972 amtierenden zweiten „Obersten Führers“ der MB, Hassan al-HUDAIBI, war 1965 unter Präsident NASSER inhaftiert worden. Später fungierte er vor allem als Sprecher und stellvertretender Fraktionsvorsitzender des - 1987 in das ägyptische Parlament eingezogenen - Oppositionsblocks „Islamische Allianz“, in welchem die MB 40 von 60 Abgeordneten stellte. Ma'mun al-HUDAIBI verstarb am 8. Januar 2004 nach nur 13 Monaten Amtszeit. Sein Nachfolger wurde der 75-

³⁴⁶ Wörtlich "Exkommunizierung [des bestehenden Gesellschaftssystems] und [innere] Emigration". Das Wort „Hijra“ (wörtlich „Auswanderung“) bezieht sich gleichzeitig auf die 622 a. D. erfolgte „Auswanderung“ des Propheten Muhammad von Mekka nach Medina, wo er die Grundlagen des islamischen Gemeinwesens schuf.

³⁴⁷ Vgl. „al-Hayat“, 31.10.2002.

jährige Mohammad Mahdi AKIF, der der „alten Garde“ zugezählt wird. Als dessen Stellvertreter wurde der 65-jährige Professor für Ingenieurwissenschaften Muhammed HABIB bestimmt.

In Deutschland werden die Interessen der MB von der 1960 gegründeten „Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e. V.“ (IGD) vertreten, die unter dem Einfluss der ägyptischen MB steht. Der IGD gehören mehrere Islamische Zentren in Deutschland an. Ihre Hauptaktivitäten sind gegenwärtig auf die Erziehung (tarbiya) und Mission (da'wa) der in Deutschland lebenden Muslime im Sinne der Ideologie der MB gerichtet. In Einrichtungen der IGD wird zum Teil offen dem Staat Israel das Existenzrecht abgesprochen. Als Berliner Treffpunkt für Anhänger der MB gilt das „Islamische Kultur- und Erziehungszentrum Berlin e. V.“.

Vom 19. bis zum 21. September hielt die IGD ihren Jahreskongress ab, der am 21. September auch in Berlin stattfand. Auf der Veranstaltung, an der ca. 4 000 Personen teilnahmen, traten mehrere prominente Redner auf, so auch der ägyptische Prediger Omar Abdel KAFI. KAFI sprach sich gegen eine zu weit gehende Integration von Muslimen in Deutschland aus und bezeichnete es als die wichtigste Aufgabe, die Welt zum Islam zu bekehren.

4.2 Iraner

4.2.1 „Arbeiterkommunistische Partei Irans“ (API)

Organisationsstruktur:	parteiähnliche Bewegung
Entstehung/Gründung:	1991 in Deutschland gegründet
Mitgliederzahl:	400 bundesweit (2002: 400), 20 in Berlin (2002: 40)
Sitz in Deutschland:	Köln

Bei der „Arbeiterkommunistischen Partei Irans“ (API) handelt es sich um eine marxistisch ausgerichtete Partei, die das politische System der Iranischen Republik Iran auch mit terroristischen Mitteln bekämpft. Ziel der API ist die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung im Iran, die durch die „soziale Revolutionierung der Arbeiterklasse“ zustande kommen soll. Zur Bekämpfung der Islamischen Republik Iran bejaht sie ausdrücklich die Anwendung von Gewalt.

Die API vertritt eine stark anti-westliche, aber auch anti-islamistische Haltung. Nach den Terroranschlägen in den USA schrieb beispielsweise Mansoor HEKMAT, Chefideologe der API, in seiner Analyse „The world after September 11“,³⁴⁸ dass sich die Welt in einer neuen und zerstörerischen Phase des

³⁴⁸ Internetauftritt der API.

„internationalen Krieges der Terroristen“ befände. Hierbei spricht HEKMAT von „zwei Formen von Terrorismus“: Bei der ersten Form handele es sich um „Staatsterrorismus“, der der API zufolge von den USA und westlichen Staaten ausgeübt werde. Die zweite Form stelle der „islamistische Terrorismus“ dar, der für die Völkermorde in Iran, Afghanistan und Algerien verantwortlich sei.

In Deutschland führt die API schwerpunktmäßig Demonstrationen durch, mit denen die Öffentlichkeit auf Menschenrechtsverletzungen der iranischen Regierung aufmerksam gemacht werden soll. Diese Kundgebungen werden meist von einer Nebenorganisation der API, der „Föderation der iranischen Flüchtlings- und Immigrantenträte e. V.“ (IFIR), organisiert. Hierbei kam es in der Vergangenheit wiederholt zu gewaltsamen Übergriffen der IFIR auf hochrangige regimetreue Iraner.

4.2.2 „Volksmodjahedin Iran-Organisation“ (MEK) / „Nationaler Widerstandsrat“ (NWRI)



Organisationsstruktur:	seit 1985 die dominierende Gruppierung im „Nationalen Widerstandsrat Iran“ (NWRI), dem Exilparlament der iranischen Opposition
Entstehung/Gründung:	1965 im Iran (MEK); NWRI seit 1994 in Berlin vertreten
Mitgliederzahl:	900 bundesweit (2002: 900), 20 in Berlin (2002: 20)
Sitz in Deutschland:	Köln
Sitz im Ausland:	Bagdad / Irak
Publikationen:	„Modjahed“ (erscheint wöchentlich; englischsprachige Homepage)

Nachdem die linksextremistische „Volksmodjahedin Iran-Organisation“ (MEK) seit 1965 bereits für den Sturz des Schah-Regimes gekämpft hatte, gehört die Beseitigung des politischen Systems der Islamischen Republik Iran zu ihren erklärten Zielen. Zu diesem Zweck verübte die MEK über ihren – im iranisch-irakischen Grenzgebiet stationierten – bewaffneten Arm, die „Nationale Befreiungsarmee“ (NLA) bis April 2003 terroristische Anschläge im Iran. Die NLA genoss bis zu diesem Zeitpunkt die politische und militärische Unterstützung des mit dem Iran verfeindeten Irak und bildete eine 5 000 Personen umfassende Armee, in der Soldatinnen als Kämpfer dominierten.

Während des Irak-Krieges im März/April 2003 flüchteten Mitglieder der Organisation nach Europa. Dies geschah unmittelbar vor den Angriffen der US-Luftwaffe auf ihre Militärlager im Irak. Im Mai schlossen die Alliierten einen Waffenstillstand mit der MEK und begannen mit der Entwaffnung der NLA.

In Deutschland wird die MEK durch ihren international agierenden politischen Arm, den „Nationalen Widerstandsrat Iran“ (NWRI), vertreten. Dessen Aktivitäten konzentrieren sich vor allem auf die Beschaffung von Spendengeldern,

die auch Erpressungen umfassen. Staatsbesuche iranischer Politiker in Deutschland nutzt der NWRI regelmäßig für Kundgebungen und militante Aktionen mit dem Ziel, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Iran zu stören. Die Organisation bemüht sich ferner, ihre Anhänger in europäischen Staaten für einen zeitlich begrenzten Einsatz in der NLA zu rekrutieren.³⁴⁹

4.3 Kurden

4.3.1 „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistan“ (KADEK) / „Volkskongress Kurdistan“ (KONGRA-GEL)



Organisationsstruktur:	Selbstverständnis als politische Partei, in Deutschland Vereinsstrukturen (Tarn- und Nebenorganisationen)
Entstehung/Gründung:	1978 in der Türkei gegründet
Mitgliederzahl:	11 500 bundesweit (2002: 11 500), 1 050 in Berlin (2002: 1 100)
Sitz in Deutschland:	Die Organisation unterliegt seit 1993 in Deutschland einem vereinsrechtlichen Betätigungsverbot.
Publikationen:	„Serxwebun“ („Unabhängigkeit“), monatlich

Die PKK - Vorgängerorganisation von KADEK /KONGRA-GEL - wurde 1978 vor dem Hintergrund des jahrzehntelangen völkerrechtlichen Konflikts der im Ländereck Türkei, Iran, Irak und Syrien lebenden 25 Millionen Kurden im Südosten der Türkei gegründet. Erklärtes Ziel der Organisation war die Anerkennung der Kurden als Nation und die Erlangung der politischen Autonomie für die kurdische Minderheit innerhalb des türkischen Staatsgebiets. Von 1984 bis 1999 führte die PKK in der südöstlichen Türkei einen Guerillakrieg für ein unabhängiges „Kurdistan“.

1992 und 1993 verübten Anhänger der PKK zahlreiche Brandanschläge auf türkische Einrichtungen in Deutschland. Auch bei Demonstrationen kam es wiederholt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Am 24. Juni 1993 besetzten 13 Kurden das türkische Generalkonsulat in München und nahmen 20 Geiseln. Diese gewalttätigen Aktionen führten 1993 zum vereinsrechtlichen Betätigungsverbot in Deutschland.

Ab Mitte 1996 bis zur Festnahme des PKK-Führers Abdullah ÖCALAN im Jahre 1999 verliefen Kundgebungen der Anhänger der PKK in Deutschland in der Regel gewaltfrei. Die Festnahme und Auslieferung ÖCALANs an die Türkei führte dagegen zu weltweiten militanten Protesten. In Berlin erstürmten am 17. Februar 1999 PKK-Anhänger das israelische Generalkonsulat, wobei vier Kurden von israelischen Sicherheitskräften erschossen wurden.

³⁴⁹ Vgl. S. 122 f.

Seit 1999 verfolgt die Organisation einen strategischen Kurswechsel, mit dem Ziel, sich durch die Ankündigung von internen Reformen als politischer Gesprächspartner zu etablieren. Dieser Reformprozess wird nach außen sichtbar gemacht, indem auch die Teil- und Nebenorganisationen der deutschen PKK umbenannt werden. Allerdings blieben die bisherigen Hierarchie- und Befehlsstrukturen erhalten.

Auf dem 8. Parteikongress der PKK vom 4. bis 10. April 2002 wurde der „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK) gegründet, nachdem zuvor die Einstellung aller Tätigkeiten unter dem Namen „PKK“ ab 4. April 2002 beschlossen worden war. Der Bundesminister des Innern hatte diesbezüglich festgestellt, dass sich das gegen die PKK 1993 erlassene vereinsrechtliche Betätigungsverbot auch auf den KADEK erstrecke, da zwischen beiden Organisationen Identität bestehe.

Im August 2003 präsentierte der KADEK einen 3-Phasen-Plan (so genannte Roadmap)³⁵⁰ zur Lösung der kurdischen Frage bis September 2004. Darüber hinaus kündigte der KADEK Schritte zur Demokratisierung der Organisation und eine Abkehr von den bisherigen leninistischen Parteistrukturen an. Im August wurde von jungen Anhängern des KADEK die „Bewegung der freien Jugend Kurdistans“ (TECAK) gegründet und die bisherige Jugendorganisation des KADEK, die „Union der Jugendlichen aus Kurdistan“ (YCK), aufgelöst. Der KADEK beschloss auf einem Kongress im Oktober ebenfalls seine Auflösung. Es kam zur Gründung des „Volkskongresses Kurdistans“ (KONGRA-GEL).³⁵¹

³⁵⁰ „Fahrplan für eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage in der Türkei“.

³⁵¹ Vgl. S. 124 f.

4.4 Türken



4.4.1 „Islamische Gemeinschaft Milli Görüş e. V.“ (IGMG)

Organisationsstruktur:	Vereine
Entstehung/Gründung:	1985 in Köln als „Vereinigung der Neuen Weltsicht in Europa e. V.“ (AMGT)
Mitgliederzahl:	26 500 bundesweit (2002: 26 500), 2 900 in Berlin (2002: 2 900)
Sitz in Deutschland:	Köln, vereinsrechtlich Bonn
Publikationen:	„Milli Görüş & Perspektive“ (erscheint unregelmäßig)

Der Vorläufer dieser islamistischen Organisation wurde 1985 unter der Bezeichnung „Vereinigung der Neuen Weltsicht in Europa e. V.“ („Avrupa Milli Görüş Teşkilatları“ - AMGT) in Köln gegründet. 1995 gingen daraus die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüş e. V.“ (IGMG) und die „Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e. V.“ (EMUG) hervor. Die EMUG ist für die Verwaltung des Immobilienbesitzes der Vereinigung verantwortlich.

Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüş e. V.“ vertritt eine islamistische Ideologie, die auf das politische Konzept von Necmettin ERBAKAN zurückgeht, das dieser 1973 in dem gleichnamigen Buch „Milli Görüş“ (Nationale Sicht) veröffentlichte. ERBAKANs Ziel ist es, die türkischen Bürger unter dem Dach von Nationalismus und Islamismus zu einen und in der Türkei eine „Islamische Republik“ zu errichten. Als politisches und gesellschaftliches Ordnungsmodell propagiert er eine ‚gerechte Ordnung‘ („Adil Düzen“), in welcher die Scharia gilt und politisches Handeln sich an den Prinzipien von Koran und Sunna orientiert. ERBAKAN lehnt wesentliche rechtsstaatliche Prinzipien wie Volkssouveränität oder Parteienpluralismus als unvereinbar mit der ‚gerechten Ordnung‘ ab und fordert einen Systemwechsel nicht allein für die Türkei, sondern auch für die Bundesrepublik Deutschland. So war noch im Juli 2002 ein Videomitschnitt von ERBAKAN im Internet zu sehen:

„Du willst dich von diesen Sorgen befreien? Um dich von diesen Sorgen befreien zu können, muss aus der Staatsordnung in Deutschland eine ‚gerechte Ordnung‘ werden. Bevor hier keine ‚gerechte Ordnung‘ herrscht, wirst du nicht zu deinem Recht kommen. Alles hängt letztlich davon ab, ob aus der hiesigen Staatsordnung eine gerechte Ordnung wird.“³⁵²

1970 hatte Necmettin ERBAKAN – auf der Grundlage der Milli-Görüş-Ideologie – seine erste islamistische Partei in der Türkei gegründet. Im Gegensatz zu Parteiführern des linken und rechten Spektrums konnte er trotz mehrmaliger Parteiverbote und anschließender Neugründungen eine Spaltung

³⁵² Rede von Necmettin Erbakan, „Adil Düzen“ („Gerechte Ordnung“, 1990).

seiner Anhängerschaft bis 2001 verhindern. Interne Flügelkämpfe zwischen den so genannten Traditionalisten und den Erneuerern in der „Fazilet Partisi“ (FP – „Tugendpartei“) führten nach ihrem Verbot im Juni 2001 jedoch zur Gründung von zwei Nachfolgeparteien. Hierzu gehört die im Juli 2001 vom ehemaligen Vorsitzenden der „Tugendpartei“, Recai KUTAN, gegründete „Saadet Partisi“ (SP – „Partei der Glückseligkeit“), in der sich die „Traditionalisten“ wiederfinden, die sich zur Milli-Görüş-Ideologie und deren Begründer ERBAKAN bekennen. Die zweite Nachfolgepartei stellt die – im August 2001 vom ehemaligen Istanbuler Oberbürgermeister und früheren Anhänger der FP, Recep Tayyip ERDOĞAN gegründete – „Adalet ve Kalkınma Partisi“ (AKP – „Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei“) dar, die als politisches Lager der „Erneuerer“ gilt.

Zwischen IGMG, Necmettin ERBAKAN und der SP bestehen, wie bei den anderen früher von ERBAKAN geführten Parteien, enge inhaltliche und personelle Verbindungen. In einem Interview mit dem damaligen IGMG-Generalsekretär, Mehmet Sabri ERBAKAN, einem Neffen von Necmettin ERBAKAN, erwiderte dieser auf die Bemerkung eines Journalisten, N. ERBAKAN werde regelmäßig in der „Milli Gazete“ als „Führer“ von Milli Görüş bezeichnet und sei anlässlich der IGMG-Jahreshauptversammlung als solcher gefeiert worden, sein Onkel sei der „Führer dieser geistigen Bewegung“.³⁵³

Necmettin ERBAKAN sowie Abgeordnete der SP und ihrer Vorgänger nehmen häufig an Veranstaltungen der IGMG in Europa teil. So traten an dem „Tag der Freundschaft und Solidarität“, den die IGMG 2002 in Arnheim / Niederlande veranstaltete, nicht nur Necmettin ERBAKAN, sondern auch die ehemalige Istanbuler Abgeordnete der „Tugendpartei“, Merve Safa KAVAKÇI, und der SP-Abgeordnete Temel KARAMOLLAOĞLU als Redner auf.³⁵⁴ Darüber hinaus sind Funktionäre der IGMG in Ämter der islamistischen Parteien ERBAKANs in Ankara gewählt worden. 1995 kandidierten 33 Mitglieder der damaligen AMGT für ein Mandat der Wohlfahrtspartei. Drei von ihnen gelang der Einzug ins Parlament: Şevket YILMAZ, ehemaliges Mitglied des Exekutiv-Komitees der AMGT, Abdullah GENCER, früher stellvertretender Vorsitzender der AMGT sowie Osman YUMAKOĞULLARI, der bis 1995 langjähriger Vorsitzender der Milli Görüş in Deutschland war und gleichzeitig als Verantwortlicher der Deutschlandausgabe der Milli Gazete fungierte.³⁵⁵

³⁵³ „die tageszeitung“, 3.8.2000.

³⁵⁴ „Milli Görüş & Perspektive“, 7/8/2002, S. 17.

³⁵⁵ Vgl. dazu Günter Seufert, Die Milli-Görüş-Bewegung (AMGT/IGMG). Zwischen Integration und Isolation, in: Günter Seufert und Jacques Waardenburg, Turkish Islam and Europe – Türkischer Islam und Europa, Stuttgart/Istanbul 1999, S. 296.

Osman YUMAKOĞULLARI kandidierte bei den Wahlen zum türkischen Parlament am 3. November 2002 auf der Liste der SP.

Die IGMG präsentiert sich – insbesondere seit den Terroranschlägen in den USA vom 11. September 2001 - in ihren offiziellen Verlautbarungen als eine auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehende Organisation, die sich für den Dialog zwischen türkischen Muslimen und der deutschen Gesellschaft einsetzt. Von der islamistischen „Milli Görüş“-Ideologie ERBAKANs hat sie sich bislang nicht distanziert. Die IGMG ist die größte islamistische Organisation in Deutschland, die durch Mitgliedsbeiträge und Spenden über erhebliche finanzielle Mittel verfügt. Dies ermöglicht es ihr, eine Vielzahl von Aktivitäten anzubieten. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt in der Erziehungs- und Bildungsarbeit für Kinder und Jugendliche. Sefer AHMEDOĞLU, ein für die IGMG tätiger Imam führte hierzu in der „Milli Gazete“ aus:

„Einige unserer Brüder erwerben Häuser und Wohnungen, die weit von den Moscheen entfernt sind. Auf diese Weise vernachlässigen sie den Besuch der Gemeinde. [...] Sie selbst verlieren langsam das Interesse an der Gemeinde. Weil sie in weiter Entfernung zu den Moscheen wohnen, müssen ihre Töchter und Söhne muslimische Freunde und das muslimische Umfeld entbehren. [...] Sie sind gezwungen, Freundschaften mit Personen einzugehen, die nicht zu ihrem Glauben und zu ihrer Mentalität passen. Deswegen mache ich eindringlich darauf aufmerksam, dass Muslime unbedingt in der Nähe von Moscheen wohnen sollten. Sie sollten sich in einem islamischen Umfeld aufhalten und sich nicht von den Moscheen und Gemeinden entfernen. Wir haben damit viel Erfahrung. Wenn wir dieser Situation keine besondere Aufmerksamkeit schenken, stehen wir der großen Gefahr gegenüber, unsere [junge] Generation und unseren Glauben zu verlieren. [...]“³⁵⁶

Die zahlreichen Angebote sowie die Mitarbeit in islamischen Dachverbänden nutzt die IGMG auch für ihr Bestreben, hinsichtlich der Interessenvertretung der in Deutschland lebenden türkischen Muslime eine Vorrangstellung einzunehmen.

Im Oktober 2002 trat der Vorsitzende des IGMG-Hauptverbandes, Mehmet Sabri ERBAKAN, von seinem Amt zurück. Dieser Schritt, die deutliche Niederlage der SP von Necmettin ERBAKAN bei den türkischen Parlamentswahlen vom 3. November 2002 sowie der Wahlsieg der Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) von Recep Tayyip ERDOĞAN³⁵⁷ lösten in der IGMG in Deutschland eine Krise aus. Dies wird deutlich an vermehrt auftretenden Berichten über einen Mitgliederrückgang sowie die abnehmende Bereitschaft der IGMG-Mitglieder, weiterhin große Geldbeträge für den Verband bzw. vor

³⁵⁶ „Milli Gazete“, 27.12.2002. S. 15.

³⁵⁷ Von ehemals 15,4 % vor der Spaltung der islamistischen Partei sank das Ergebnis der SP auf 2,5 %. Die AKP erhielt dagegen 34,2 % der Wählerstimmen.

allem für Necmettin ERBAKAN in der Türkei zu spenden.³⁵⁸ In Beiträgen des Diskussionsforums der IGMG im Internet kritisieren Anhänger die Organisationsstruktur des Vereins als hierarchisch und wenig transparent. Die Führungsebenen würden die Bedürfnisse der Basis nicht kennen und sich auch nicht für sie interessieren. Mit Yavuz Celik KARAHAN³⁵⁹ wurde zwar inzwischen ein Nachfolger für das Amt des Vorsitzenden gefunden; die Krise des Verbandes ist damit jedoch nicht beendet.

Viele IGMG-Mitglieder zeigen derzeit große Sympathie für die AKP und Recep Tayyip ERDOĞAN, zumal sie als Regierungspartei über viele Ressourcen verfügt. Necmettin ERBAKAN ist deshalb bemüht, unter türkischen Islamisten sowohl in der Türkei als auch in Deutschland für sich und die SP wieder Terrain zurückzugewinnen. Dies geschieht in Deutschland über in der „Milli Gazete“ angekündigte große Veranstaltungen der IGMG, zu denen hohe Funktionäre der Partei Necmettin ERBAKANs gesandt werden. Die Veranstaltungen nutzen sie als Forum, um über die Erfolge des Führers der „Milli Görüş“ und seine SP zu referieren.

4.4.2 „Kalifatsstaat“ („Hilafet Devleti“)



Organisationsstruktur:	Vereine
Entstehung/Gründung:	1984
Mitgliederzahl:	800 bundesweit (2002: 1 100), Berlin keine gesicherten Zahlen
Sitz in Deutschland:	Köln; die Organisation wurde am 12. Dezember 2001 vom Bundesminister des Innern verboten
Publikationen:	„Beklenen ASR-I SAADET“ („Das erwartete Zeitalter der Glückseligkeit“), „Der Islam als Alternative“

Der „Kalifatsstaat“ ist eine islamistische Organisation, die sich 1984 unter der Leitung von Cemaleddin KAPLAN zunächst mit der Bezeichnung „Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V. Köln“ (ICCB) von der „Vereinigung der Neuen Weltsicht in Europa e. V.“ (AMGT)³⁶⁰ abgespalten hat.

Sowohl der damalige ICCB als auch AMGT strebten für die Türkei eine Staatsordnung auf Grundlage der Scharia an. Grundlegender Unterschied zwischen beiden Organisationen und gleichzeitiger Anlass für die Abspaltung der so genannten „Kaplancılar“ (Kaplan-Anhänger) war hierbei die Frage, auf welchem Weg die Gründung eines „islamischen Staates“ zu realisieren sei.

³⁵⁸ Vgl. dazu z. B. folgende Artikel in der „Hürriyet“: „Milli Görüş in Tayyip Panik“ vom 15.9.2002, „IGMG löst sich auf“ vom 22.9.2002 und „Ihr müsst Geld schicken“ vom 11.4.2003.

³⁵⁹ Der Vorsitzende der IGMG firmiert in der Öffentlichkeit unter Yavuz Celik Karahan. Im Vereinsregister ist er unter dem Namen Osman Döring eingetragen.

³⁶⁰ Heute IGMG.

Während die AMGT den gewaltfreien, parlamentarischen Weg einschlug, sprach sich KAPLAN ausdrücklich für eine „islamische Revolution“ nach dem Vorbild des Iran aus. Im Zuge einer „islamischen Revolution“ sollte das – 1924 in der neu gegründeten türkischen Republik abgeschaffte – Kalifat, das Amt des weltlichen Oberhauptes der Muslime, wieder eingeführt werden. Den legalen Weg zur Macht über demokratische Wahlen lehnte KAPLAN hierbei entschieden ab, da westliche Demokratiemodelle nicht mit der Scharia vereinbar seien. Seinen Vorstellungen zufolge sollte sich der zu gründende islamische Staat zunächst auf das Gebiet der heutigen Türkei beschränken, später aber alle muslimischen Länder unter der Herrschaft eines türkischen Kalifen vereinen.

Als selbsternannter „Emir der Gläubigen und stellvertretender Kalif“ rief Cemaleddin KAPLAN 1992 den „Föderativen Islamstaat Anatolien“ aus. 1994 ließ er sich von seinen Anhängern zum Kalifen wählen, worauf die Umbenennung der Organisation in „Hilafet Devleti“ („Kalifatsstaat“) erfolgte. Nach dem Tod Cemaleddin KAPLANs im Jahr 1995 trat sein Sohn Metin die Nachfolge im Amt des „Kalifen“ an.

Kurze Zeit danach wurde die Rechtmäßigkeit des neuen „Kalifen“ von einigen Anhängern der Gemeinde in Frage gestellt. 1996 kam es zur Spaltung der Organisation, als der Berliner Arzt und frühere Vertraute von Cemaleddin KAPLAN, Dr. Halil Ibrahim SOFU, von seiner Anhängerschaft zum „Gegenkalifen“ ausgerufen wurde. Im Mai 1997 wurde SOFU in seiner Wohnung in Wedding von Unbekannten erschossen. In diesem Zusammenhang wurde Metin KAPLAN am 15. November 2000 vom Oberlandesgericht Düsseldorf wegen zweifacher öffentlicher Aufforderung zur Ermordung SOFUs zu vier Jahren Haft verurteilt. Nach der Verhaftung von Metin KAPLAN übernahm Harun AYDIN die Leitung des Verbandes, wobei das ideologische Konzept Cemaleddin KAPLANs beibehalten und die aggressive, demokratiefeindliche und antisemitische Agitation fortgeführt wurden.

Am 12. Dezember 2001 hat der Bundesminister des Innern den „Kalifatsstaat“ verboten. Das Verbot wurde durch die Streichung des Religionsprivilegs im Vereinsgesetz möglich.³⁶¹ Begründet wurde das Verbot damit, dass sich der „Kalifatsstaat“ offen gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland sowie den Gedanken der Völkerverständigung richtet und die innere Sicherheit sowie außenpolitische Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährdet.³⁶² Das Verbot betraf den Gesamtverband und 19 bun-

³⁶¹ Erstes Gesetz zur Änderung des Vereinsgesetzes, BGBl. I, Nr. 64, 2001, S. 3319.

³⁶² Vgl. Senatsverwaltung für Inneres: Verfassungsschutzbericht 2001. Berlin 2002, S. 79 ff.

desweit vorhandene Teilorganisationen sowie die zum Verband gehörende, in den Niederlanden registrierte Stiftung „Diener des Islam“. In Berlin war u. a. die Muhacirin-Moschee in Friedrichshain-Kreuzberg von den Maßnahmen betroffen.

Nach der Verbotsverfügung gab es Hinweise, dass Mitglieder der Gruppierung weiterhin aktiv seien und ihr organisatorischer Zusammenhalt aufrechterhalten werde. Anlass zu dieser Annahme gaben weitere Veröffentlichungen der Zeitung „Ümmet-i Muhammed“ („Die Gemeinde Muhammads“) und die Fortsetzung der Sendungen des Fernsehkanals HAKK-TV nach dem 8. Dezember 2001.³⁶³ Aus diesem Grund leitete der Generalbundesanwalt am 8. April 2002 ein Ermittlungsverfahren gegen unbekannte Angehörige des „Kalifatsstaats“ wegen des Verdachts der Zuwiderhandlung gegen das Vereinsverbot ein. Im Zuge dieses Verfahrens wurden am 19. September 2002 16 weitere Teilorganisationen dieser Gruppierung in Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen verboten.

Der Hauptverband sowie fünf Teilorganisationen hatten Klage gegen das Vereinsverbot erhoben, das daraufhin vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt wurde.³⁶⁴ Die Beschwerde des „Kalifatsstaats“ gegen dieses Urteil wurde vom Bundesverfassungsgericht abgewiesen.³⁶⁵ Metin KAPLAN selbst wurde nach Ablauf seiner 4-jährigen Haftstrafe Ende März 2003 in Auslieferungshaft genommen. Grundlage hierfür waren zwei Haftbefehle, die von der türkischen Justiz vorgelegt worden waren. Darin wird KAPLAN vorgeworfen, 1998 während der Feierlichkeiten zum 75-jährigen Bestehen der Republik Türkei einen Anschlag auf die am Atatürk-Mausoleum in Ankara versammelte Staatsspitze geplant zu haben. Darüber hinaus wird ihm zur Last gelegt, im Mai 1998 in einer Kölner Sporthalle zum Jihad und zum Umsturz der türkischen Regierung aufgerufen zu haben. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat die Auslieferung von KAPLAN für unzulässig erklärt, da die Verwertung polizeilich erpresster Aussagen zu befürchten und ein rechtsstaatliches Verfahren in der Türkei nicht gesichert sei.³⁶⁶ KAPLAN wurde daraufhin am gleichen Tag aus der Auslieferungshaft entlassen. Das Bundesinnenministerium verhandelt seitdem mit der türkischen Regierung über zusätzliche Vereinbarungen, um eine Abschiebung Metin KAPLANs zu ermöglichen.

³⁶³ In beiden Fällen handelt es sich um die vormaligen Verlautbarungsorgane des „Kalifatsstaats“.

³⁶⁴ BVerwG 6 A 4.02 vom 27.11.2002.

³⁶⁵ BVerfG 1 BvR 536/03 vom 2.10.2003.

³⁶⁶ OLG Düsseldorf 4 Ausl (A) 308/02 – 147, 203-204/03 III vom 27.5.2003.

Trotz der - durch die Ereignisse der letzten Jahre bedingten - Verunsicherung der Mitglieder des „Kalifatsstaats“ sind Teile der Anhängerschaft weiterhin aktiv. Am 17. Juli durchsuchte die Polizei auf Beschluss des Amtsgerichts Köln Räumlichkeiten, die von Anhängern des „Kalifatsstaats“ genutzt wurden. Das Weltbild und die politischen Ziele dieser islamistischen Gruppierung haben sich nicht geändert. Aufschluss hierüber geben das deutschsprachige Monatsmagazin „Der Islam als Alternative“ (DIA)³⁶⁷ und insbesondere die wöchentlich publizierte „Beklenen Asr-ı Saadet“³⁶⁸ („Das erwartete Zeitalter der Glückseligkeit“). Diese nach dem Vereinsverbot gegründeten Zeitschriften werden in den Niederlanden hergestellt und von dort aus auch nach Deutschland versandt.³⁶⁹

4.4.3 „Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP)



Organisationsstruktur:	Funktionärsgruppe
Entstehung/Gründung:	1994 (in der Türkei)
Mitgliederzahl:	600 bundesweit (2002: 600), 25 in Berlin (2002: 25)
Publikationen:	„Yeniden Atılım“ („Neuer Vorstoß“), erscheint wöchentlich „Partinin Sesi“ („Stimme der Partei“), erscheint zweimonatlich

Ziel der „Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei“ (MLKP) ist die Errichtung eines kommunistischen Gesellschaftssystems in der Türkei auf der Basis der Ideologie des Marxismus-Leninismus. Hierbei versteht sich die Organisation als die authentische Stimme des Proletariats einer gemeinsamen türkisch-kurdischen Nation sowie als Vertreterin nationaler Minderheiten.

In der Türkei versucht die MLKP, ihre politischen Ziele auch mit terroristischen Mitteln durchzusetzen. Hierzu bedient sie sich ihres militärischen Arms, der so genannten „Bewaffneten Streitkräfte der Armen und Unterdrückten“ (FESK). Am 2. August kam es in Ankara beim Entschärfen einer Bombe zu einer Explosion, bei der 17 Polizisten teils schwer verletzt wurden. Nach Angaben der türkischen Presse bekannte die MLKP sich zu diesem Attentat.³⁷⁰

³⁶⁷ Die DIA gibt sich im Vergleich zu früheren Publikationen des Verbandes gemäßigter, um damit ein breiteres, auch deutsches Publikum zu erreichen. Trotzdem ist die Nähe zum „Kalifatsstaat“ unübersehbar. Regelmäßig abgedruckte Beiträge des verstorbenen Cemaleddin Kaplan sowie seines Sohnes Metin Kaplan und die Berichterstattung über den Verband sind deutliche Hinweise darauf.

³⁶⁸ Die oben erwähnte Zeitung „Ümmet-i Muhammed“ erscheint seit Beginn des Jahres 2002 nicht mehr. Statt ihrer wird seitdem wöchentlich die Zeitung „Beklenen Asr-ı Saadet“ publiziert. Sowohl in Anbetracht ihres Inhalts als auch nach ihrem Layout ist davon auszugehen, dass mit der Herausgabe der Zeitung „Beklenen Asr-ı Saadet“ die Zeitung „Ümmet-i Muhammed“ fortgeführt wird.

³⁶⁹ Vgl. S. 120.

³⁷⁰ „Hürriyet“, 2.8.2003, S. 1 und 8.

In Deutschland liegt der Agitationsschwerpunkt der MLKP auf öffentlichen Veranstaltungen, die sich thematisch hauptsächlich auf aktuelle Ereignisse in der Türkei beziehen. Auf Spruchbändern und Flugblättern wird dabei anstelle der Bezeichnung MLKP meist der Begriff „Föderation der ArbeitsimmigrantInnen aus der Türkei in Deutschland“ (AGİF) verwendet. Bei der AGİF handelt es sich um einen Dachverband MLKP-orientierter Vereine in Deutschland, dessen Programmatik sich gegen „Imperialismus“ und „Globalisierung“ richtet.

Auch in Berlin agierte die MLKP im Jahr 2003 auf zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen, die ohne Störungen verliefen. Hierzu gehört unter anderem die Teilnahme an der „Luxemburg-Liebknecht-Demonstration“ am 12. Januar und an einer Demonstration zum „Revolutionären 1. Mai“.³⁷¹

4.4.4 „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C)



Organisationsstruktur:	konspirativ arbeitende Kaderorganisation, in Deutschland seit 1998 verboten
Entstehung/Gründung:	1994
Mitgliederzahl:	850 bundesweit (2002: 850), 70 in Berlin (2002: 70)
Publikationen:	„Devrimci Sol“ („Revolutionäre Linke“), erscheint unregelmäßig „Ekmek ve Adalet“ („Brot und Gerechtigkeit“), erscheint wöchentlich

Die miteinander rivalisierenden Organisationen „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C) und „Türkische Volksbefreiungspartei / -Front – Revolutionäre Linke“ (THKP/-C – Devrimci Sol) sind aus der 1978 in der Türkei gegründeten Organisation „Devrimci Sol“ („Revolutionäre Linke“) hervorgegangen, die 1983 in Deutschland verboten wurde. Beide Organisationen sind in der Türkei terroristisch aktiv und streben die Beseitigung des türkischen Staatsgefüges und die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Ideologie an.³⁷²

Die DHKP-C ist auch unter den Namen „Revolutionäre Volksbefreiungspartei“ (DHKP) bzw. „Revolutionäre Volksbefreiungsfront“ (DHKC) aktiv. Obwohl die DHKC gelegentlich als „bewaffneter Arm“ der Organisation bezeichnet wird, ist oft nicht klar zu erkennen, nach welchem Prinzip die jeweilige Bezeichnung verwendet wird.

Laut Parteiprogramm kämpft die DHKP-C für die „Befreiung der türkischen und kurdischen Nation und aller anderen Nationen“. Die DHKP-C geht davon

³⁷¹ Vgl. S. 87 ff.

³⁷² Vgl. S. 130 ff.

aus, dass es in einem vom „Imperialismus“ abhängigen und vom „Faschismus“ regierten Land wie der Türkei unmöglich sei, die Machtverhältnisse durch Wahlen zu verändern. Daher plädiert sie für einen radikalen Umsturz des dortigen politischen Systems in Form einer „Revolution“ und des „bewaffneten Volkskampfes“. Personen, deren Aktivitäten gegen die „Revolution“ gerichtet seien, droht die DHKP-C eine „gnadenlose Bestrafung“ an.

Nachdem 2002 keine terroristischen Aktionen türkischer Linksextremisten zu verzeichnen waren, verübte die DHKC in der Türkei allein zwischen April und August 2003 sechs Bombenattentate. Diesbezügliche Selbstbezeichnungen der Organisation erscheinen jeweils zeitnah im Internet und sind sogar in deutscher Übersetzung verfügbar.

In Deutschland engagiert sich die DHKP-C seit November 2000 in Form von öffentlichen Solidaritätskundgebungen für die Hungerstreikenden in den türkischen Gefängnissen.³⁷³ In diesem Zusammenhang führte die Organisation 2003 auch in Berlin Protestkundgebungen durch.

4.4.5 „Türkische Kommunistische Partei / Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML)



Organisationsstruktur:	konspirativ arbeitende Kaderorganisation
Entstehung/Gründung:	1972 in der Türkei, in Deutschland seit 1973/74
Mitgliederzahl:	1 500 bundesweit (2002: 1 500), 100 in Berlin (2002: 100)
Publikationen:	„Özgür Gelecek“ („Freie Zukunft“), erscheint zweiwöchentlich „İşçi Köylü Kurtuluşu“ („Arbeiter- und Bauernbefreiung“), erscheint zweimonatlich

Die „Türkische Kommunistische Partei / Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML) ist seit 1994 in zwei Flügel gespalten. Der „Partizan“-Flügel verfügt über bewaffnete Einheiten, die die Bezeichnung „Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee“ (TİKKO) tragen. Der zweite Flügel – bis Dezember 2002 unter dem Namen „Ostanatolisches Gebietskomitee“ (DABK) aktiv – ist die „Maoistische Kommunistische Partei“ (MKP), deren bewaffnete Einheiten heute als „Volksbefreiungsarmee“ (HKO) agieren. Beide Flügel sind marxistisch-leninistisch sowie maoistisch orientiert und streben die gewaltsame Beseitigung der staatlichen Ordnung in der Türkei an, um dort ein kommunistisches Gesellschaftssystem zu errichten.

³⁷³ Vgl. auch Verfassungsschutzberichte der letzten Jahre. Die DHKP-C ist die einzige türkische linksextremistische Organisation, deren Mitglieder weiterhin versuchen, ihre politischen Ziele durch Hungerstreikaktionen durchzusetzen.

Die Organisationen verüben unabhängig voneinander Anschläge gegen den türkischen Staat und führen einen Guerillakampf gegen die als „faschistisch“³⁷⁴ bezeichneten Streitkräfte der Türkei. Bei einem Gefecht am 26. Juni 2003 im türkischen Tokat wurden dabei zwei Mitglieder der HKO getötet.

Die TKP/ML arbeitet verdeckt und unterhält in Deutschland und in anderen europäischen Ländern mehrere Basisorganisationen. Zum Partizan-Flügel gehören die Organisationen „Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.“ (ATİF) und die „Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa“ (ATİK). Die MKP ist über die Dachorganisationen „Föderation für demokratische Rechte in Deutschland e. V.“ (ADHF) und „Konföderation für demokratische Rechte in Europa e. V.“ (ADHK) vertreten.

Auch in diesem Jahr war die TKP/ML in der deutschen Öffentlichkeit aktiv. Bei einem Kulturfestival der ADHF am 16. / 17. Mai 2003 in Frankfurt / Main kam es zu einer Massenschlägerei mit etwa 100 Beteiligten, bei der die Polizei einschreiten musste. In Berlin beteiligten sich wie schon in früheren Jahren beide Flügel der TKP/ML an einer Demonstration zum „Revolutionären 1. Mai“.³⁷⁵

³⁷⁴ Pressemitteilung der MKP Nr. 3, 28.6.2003.

³⁷⁵ Vgl. S. 87 ff.